

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7/2014

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe September-Oktober 2014

Redaktionsnotiz.....	3
Wider die Kriegspropaganda.....	4
<i>Irene Eckert:</i> Gaza – Ukraine - Nordirak – Russland - Syrien: Wider die verordneten wahrheitswidrigen Sprachregelungen.....	4
Zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR.....	10
<i>Gerhard Schiller:</i> - Selbstverständlich unvollständige - Chronik der DDR.....	10
<i>Horst Schneider:</i> „Chef-Stasijäger“ Roland Jahn im „Neuen Deutschland“.....	35

Disput über unsere Orientierung - Antwort auf Ingo Wagner.....	39
<i>Frank Flegel: Wege des Revisionismus</i>	39
Die Türkische Kommunistische Partei (TKP).....	61
<i>Deutschlandkomitee der Kommunistischen Partei (der Türkei):</i>	
Was ist in der TKP los?.....	61
Nachruf auf Wolfgang Leonhard.....	65
<i>Horst Schneider: Wolfgang Leonhards Schwanengesang</i>	65
Buchbesprechungen.....	68
<i>Heinz-W. Hammer: Antifaschistischer Widerstand – Lehren aus</i>	
<i>der Geschichte</i>	68
<i>Gerhard Feldbauer: Ralph Rudolf / Uwe Markus: Die verratene</i>	
<i>Armee. Eine neue Publikation über das Ende der Nationalen</i>	
<i>Volksarmee der DDR</i>	76
<i>Erich Buchholz: Brigitte Queck: Die Ukraine im Focus der</i>	
<i>NATO; Russland das eigentliche Ziel</i>	81
Leserinnen-Brief.....	84
<i>Gudrun Elisabeth Huhn: Ich würde doch ganz gerne wissen,</i>	
<i>was andere dazu meinen</i>	84
In letzter Minute:	
<i>Red. offen-siv: Ein Beispiel für die aktuelle Kriegshetze</i>	86

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Es ist Krieg, und die Propagandamaschinerien der Herrschenden rollen. Sie verdrehen die Wirklichkeit in einem Maße, wie man es vor kurzem noch kaum für möglich gehalten hätte. Deshalb beginnen wir dieses Heft mit einem Artikel von Irene Eckert über die Bedeutung von Manipulation durch Sprache.

Als es die DDR noch gab, war Frieden in Europa, es gab zwar den Kalten Krieg, aber der Sozialismus war so stark, dass die Imperialisten sich eine militärische Operation gegen das sozialistische Lager selbst nicht zutrauten, d.h. es sprachen keine Waffen, es starben keine Menschen durch Bomben, Granaten und Maschinengewehre. Das ist seit 25 Jahren vorbei. Am 7. Oktober jährt sich der Jahrestag der Gründung der DDR zu 65. Mal. Aus diesem Grund bringen wir eine Chronik der DDR von Gerhard Schiller, die natürlich unvollständig, weil subjektiv ausgesucht ist, aber trotzdem Aufstieg und Niedergang sehr gut darstellt.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Heftes ist das Revisionismusproblem. Ingo Wagner hatte in der Mai-Juni-Ausgabe seine Vorstellungen über eine neue „massenwirksame marxistische Partei“ dargelegt. Das hat zu Diskussionen und Vorwürfen geführt. In der Juli-August-Ausgabe hat die Diskussion darüber bereits begonnen, in diesem Heft nehmen wir selbst ausführlich Stellung.

Zu dieser Thematik passen auch die Informationen, die uns die Genossen des Deutschlandkomitees der Kommunistischen Partei (der Türkei), ehemals TKP, über die schwerwiegenden Auseinandersetzungen in ihrer Partei zusandten.

Artikel zum aktuellen „Stasi-Jäger“ Roland Jahn und zum Tode Wolfgang Leonhards sowie einige sehr interessante Buchbesprechungen rundes das Heft ab.

Wir haben es Dank Eurer finanziellen Unterstützung geschafft, ein zweites Heft mit neuen Forschungsergebnissen von Grover Furr zur Geschichte der Sowjetunion herauszubringen (nach dem ersten Heft zu dieser Thematik: „Stalin und der Kampf um demokratische Reformen“.) Es liegt der Zusendung dieses Heftes bei. Und wir wollen versuchen, ein drittes Heft zu diesem Themenkreis herauszubringen.

Dafür und für den „Normalbetrieb“ der offen-siv brauchen wir Eure Spenden!

Spendenkonto Offensiv:

**In- und Ausland: Konto Frank Flegel,
(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
(BIC): SPKHDE2HXXX;
Kennwort: „offen-siv“.**

Wider die Kriegspropaganda

Irene Eckert: Gaza – Ukraine - Nordirak – Russland - Syrien: Wider die verordneten wahrheitswidrigen Sprachregelungen

Über die Bedeutung von Manipulation durch Sprache und die Notwendigkeit, die Dinge bei ihren wahren Namen zu nennen

Ein Beitrag zum Antikriegstag 2014 - 75 Jahre nach Beginn des II. Großen Völkermordens

Bereits im alten China wusste Konfutse, dass die Richtigstellung der Begriffe eine der ersten Voraussetzungen für gutes Regieren ist. Das Wirken des antiken Philosophen der Alten Welt zielte auf „good governance“, auf Balance und Harmonie im Staate. Der Herrscher möge nicht dulden, dass in den Worten etwas in Unordnung kommt, das sei es, worauf alles ankäme, meinte der große Denker und Staatsberater der Antike.

In einer modernen Demokratie sollte laut klassischer Lehre das Volk herrschen. Demos das Volk, kratein die Herrschaft, so wollten es die alten Griechen, wengleich auf Basis eines verengten Volksbegriffes. Folgt man dem Ansinnen des weisen chinesischen Staatstheoretikers Konfutse, so bestünde die erste Pflicht der Bürger einer Demokratie heutzutage nach wie vor darin, für Klarheit in den Begriffen zu sorgen. Die in öffentlicher Sprache verwendeten Worte müssten zum Ausdruck bringen, was sie zu sagen vorgeben. Das aber ist in unserem Lande schon lange nicht mehr der Fall. In allen sogenannten postmodernen Gesellschaften des Westens ist jederzeit alles möglich. Frei nach der Musical Komödie „anything goes“, tanzen wir alle nach der amerikanischen Melodie. Es herrscht demnach die 'Große Unordnung' und dies nicht nur in der Welt der Begriffe. Die überdimensionierte herrschende Unordnung trägt Sorge dafür, dass die Sprache stündlich weiter verunreinigt und die Begriffe bis zur Unkenntlichkeit verdreht werden, bis dass uns Hören und Sehen vergehen, bis dass wir Krieg für Frieden halten und die Ausführung von Massakern für menschenrechtlich gebotene „Sicherheitsvorkehrungen“.

Die „Große Hure Babylon“ hat uns im Griff. Sie verdreht uns sämtliche Sinne und das Verständnis dafür, was Recht und Unrecht ist. Der innovative Dramatiker Bert Brecht kennzeichnete mit diesem biblischen Bilde den neuzeitlichen Faschismus und den

Krieg, den dieser stets aufs Neue im Schoße trägt. Um die Falschheit der Zustände zu überwinden, bedürfte es nach Ansicht der alten Denker und Dichter, begrifflicher Klarheit. Die richtigen Namen müssten gefunden werden und die Lügen seien vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Besinnen wir uns auf die lange verpönte Erfahrung der Alten und benennen wir die Dinge mit ihren richtigen Namen. Fangen wir an mit dem Aktuellsten, den jüngsten Vorgängen in GAZA, in der OST-UKRAINE und im weiteren Nahen Osten. Es sind dies Gebiete, wo derzeit die schlimmst denkbare Unordnung menschliches Leben fast gänzlich zu verunmöglichen droht.

Unstrittig ist die dort zu beobachtende Verrohung der Sitten und Gebräuche. Die Vorgehensweise der Akteure stellt jedes bisher dagewesene Unrecht noch in den Schatten, spricht jeglichem Menschen- und Völkerrecht Hohn. Der zu erwartende Aufschrei des Menschengeschlechts, der die Henker bei ihrem wahren Namen nennt, bleibt aber aus, weil Ursache und Wirkung durcheinandergebracht, weil Täter und Opfer ausgetauscht oder doch gleichgesetzt, weil die Tatsachen mit falschen Namen versehen werden.

Bemühen wir uns also um Richtigstellung der Dinge, drehen wir die Sprachverwirrspiele der PR-Strategen um, entzerren wir deren Verwirbelungen, sagen wir, was ist:

Kein Kieg herrscht in GAZA. Die israelische Armee führt vielmehr einen Ausrottungsfeldzug gegen die überlebenden Opfer ihrer jahrzehntelangen Enteignungs- und Entwürdigungspolitik

Nur mühsam kaschiert mittels eines fadenscheinigen Vorwandes wurde 6 Wochen lang (vom 8. Juli - 23. August) ein Massaker an unbewaffneten, eingesperrten, lange schon depravierten Menschen im abgeriegelten, kasernierten GAZA exekutiert. Das verbrecherische Vorgehen erhielt die schönfärberische Kennzeichnung '*Protective Shield*' -'Fels in der Brandung'. *Schutzmaßnahmen* wurden vorgeschoben, *Sicherheitsinteressen* einer bis an die Zähne bewaffneten Besatzungsmacht geheuchelt.

Als '*Kollateralschaden*' zur Verteidigung westlicher 'Zivilisation' und ihrer 'Werte' werden wieder einmal die *Menschenopfer*, diesmal 2.122 an der Zahl und 10.621 Verletzte geführt. Gar nicht zu reden von der schrecklichen Bilanz an materiellen Schäden.

Eine solche Sprache muss als zutiefst inhuman zurückgewiesen werden.

Es gibt im GAZA-'KONFLIKT' keine zwei Seiten, die da gegen einander angetreten sind im Kampfe. Was jenseits des Mittelmeeres zum wiederholten Mal vor sich ging, über anderthalb Monate lang, das ist kein kriegerisch ausgetragener 'Konflikt', das ist vielmehr ein großangelegtes *Pogrom*, ausgeführt mit modernster Kampftechnik gegen

eine mehr oder weniger wehrlose, seit Jahren von der Außenwelt abgeschnittene Bevölkerung. Im einst wunderbaren, vom Handelsvolk der Philister bevölkerten Küstenstreifen am Mittelmeer werden seit 7 Jahren seine 1,8 Millionen Bewohner in einem **Freiluft-KZ** festgehalten. Die dort hausenden, bereits schon einmal heimatlos gemachten Flüchtlinge werden von einer vom WESTEN hochgerüsteten Besatzungsmacht systematisch daran gehindert, sich mit Hilfe eigener Möglichkeiten am Leben zu halten. Sie dürfen weder die Erde bestellen, noch etwas produzieren, noch Handel treiben, noch fischen, noch sich gefahrlos am Strand aufhalten, noch sollen ihre Kinder zur Schule gehen. Selbst die heuchlerisch von der internationalen Gemeinschaft der UNO dafür bereit gestellten Institutionen wurden wieder und wieder feige aus der Luft bombardiert. Der Sprache und Bewusstsein regulierende Vorwand:

„Die radikal-islamische Hamas nutze Schulen, Krankenhäuser und Moscheen und heimatlose Flüchtlinge, die dort campieren als lebende Schutzschilder und als Waffenlager.“

Derartige, jegliches Völkerrecht ignorierende Klischees und jedes Rechtsbewusstsein aushebelnden Formulierungen sind zurückzuweisen und zwar ohne jedes Wenn und Aber.

Der ganze Landstrich musste schon vor dem Einsetzen des dritten israelischen Vernichtungsfeldzuges mit steter Regelmäßigkeit als Versuchsfeld für moderne Waffentechnik aus der Luft erhalten. Ausprobiert wurden Drohnen zur gezielten Tötung unerwünschter Personen, Phosphorbomben, Dime-Munition und so manches mehr.

Die immer fadenscheiniger werdenden, völkerrechtlich unhaltbaren Vorwände für derlei menschenverachtendes Vorgehen verweisen gebetsmühlenartig auf „Raketenangriffe der **radikal-islamischen Hamas**“. Weggewischt wird mit dieser **verordneten Sprachregelung** vieles.

Die Sprache soll vergessen machen, dass die Hamas a) von Israel einst als Gegenkraft zur PLO ins Leben gerufen wurde b) dass sie heute die gewählte Vertreterin des palästinensischen Volkes ist und bis vor kurzem einzig verbliebene, funktionierende Ordnungsmacht im hermetisch abgeriegelten GAZA-Streifen, c) dass dem unter Besatzung gezwungenen GAZA-Landstrich und seinen Vertretern ein völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungs- und Widerstandsrecht zusteht und last not least, dass die überwiegend selbstgebastelten Raketen der GAZA-Bewohner so gut wie keinen Schaden auf Seiten der Besatzungsmacht anzurichten vermögen, falls deren Daten zu trauen ist.

Zu bedenken ist bei der obigen Wortwahl auch, dass die jüngste „Entführung“ dreier israelischer Talmud-Schüler im Westjordanland nicht in GAZA stattfand, sondern eben im Westjordanland, das nicht von der HAMAS verwaltet wird. Die für den Tod

der jungen Siedlerburschen Verantwortlichen sind bis heute nicht ausgemacht. Ganz zu schweigen von dem unerhörten Lynchmord an einem unschuldigen palästinensischen Kind, das israelische Fanatiker bei lebendigem Leibe zu verbrennen entschieden haben.

Die Vorwände, unter denen sich der angeblich demokratische Staat Israel auf sein heiliges „Selbstverteidigungsrecht“ beruft, sind also haltlos, an den Haaren herbeigezogen und möglicherweise sogar inszeniert. Ungeachtet der noch zu klärenden wirklichen Abläufe gilt das Völkerrecht für alle Nationen groß und klein, ebenso das Recht auf Selbstverteidigung.

So weit zur angemessenen Kennzeichnung der humanitären Tragödie in Gaza, von deren ökologischen, ökonomischen, geopolitischen und völkerrechtlichen Folgen in naher Zukunft noch zu reden sein wird.

Die langanhaltende Tragödie in Nahost wird aber im zurückliegenden Sommer fast noch in den Schatten gestellt durch zwei weitere asymmetrische Kriegsfronten, die mit falschen Namen und Zuschreibungen gekennzeichnet werden und die das Potenzial eines III. Großen Krieges in sich bergen.

In der Ost-Ukraine findet kein „Bürgerkrieg“ statt: Es gibt keine „Separatisten“, „Rebellen“ oder gar „Terroristen“, die die Zentralregierung in Kiew herausfordern.

Eher wird umgekehrt ein Schuh draus. Die von außerhalb inthronisierten Rebellen, die Putschisten, die Terroristen bilden in Kiew die nicht demokratisch legitimierte Regierung. Diese ist beauftragt und gar selbst daran interessiert, gegen einen unerwünschten, weil originär russischen Teil der Bevölkerung im reicheren, industriellen Osten vorzugehen und diesen sogar physisch zu eliminieren. Der so ins Visier genommene Teil der Nation wehrt sich gegen die Übergriffe, fordert ihm verfassungsmäßig zustehende Rechte ein, bildet Selbstverteidigungskräfte.

Wenngleich die Ost-Ukrainer noch nicht so lange leiden wie das palästinensische Volk, so ist doch gleichwohl ihr Schicksal nach dem Niedergang der Sowjetunion beklagenswert. Der ehemals konstitutive Teil der föderalen Sowjetunion, die Ukraine, war schon vor dem Maidan-Putsch zu einem der ärmsten Länder der Welt herabgesunken.

Die vom Westen, ganz besonders von den USA, ausgehaltenen Putschisten aber, haben kurz nach ihrer Machtübernahme im Februar damit begonnen, ethnische Säuberungen an einem Teil ihrer Bevölkerung vorzunehmen. Was einst als Verbrechen gegen die Menschlichkeit galt (und im Falle Jugoslawiens gar als geheuchelte Kriegsursache herhalten musste), scheint in den Augen der Macher von US-Gnaden in der

Ukraine noch nicht einmal mehr ein Kavaliersdelikt. Die Schuld für ihr teuflisches Vorgehen (Abfackeln des Gewerkschaftshauses in Odessa, Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine MH17) schieben sie in Orwellscher Manier auf die von ihren Machenschaften betroffenen Bevölkerungsteile, die sich begreiflicherweise ihrer Haut zu wehren suchen, beziehungsweise auf die mit ihnen verwandten und mit ihnen sympathisierenden Russen. Man versucht, die russischsprachigen Bewohner ihrer Sprache und alles anderen zu berauben (!), man versucht ihnen dazu auch noch den Beistand ihrer natürlichen Verbündeten zu entziehen. Die sonst so eifertig zitierte „Responsibility to Protect“ gilt nicht für die russischstämmigen Ostukrainer, selbst humanitärer Beistand soll ihnen vorenthalten werden, denn man schiebt ihnen eines der perfidesten Verbrechen überhaupt in die Schuhe, den Abschuss einer zivilen Verkehrsmaschine und den Tod von 298 unschuldigen Passagieren.

Man schimpft Bürger, die ihre nackte Haut verteidigen als „Separatisten und Terroristen“. Man zwingt friedliche Menschen, zu Waffen zu greifen, man reagiert mit modernster Kriegsmaschinerie, die von Söldnern bedient werden muss, da die Eigenen desertieren oder den Gestellungsbefehl verweigern. Da ist es naheliegend, dass der gewünschte Erfolg ausbleiben muss.

Das gerechte Anliegen der Bürger der Ost-Ukraine, die von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht haben, die Kiewer nicht zu wählen, das Anliegen Bürger, die von Anfang an nur eine föderalistische Lösung, Gesprächsbeteiligung und Mitbestimmung gefordert haben, wird am Ende siegen. Jene aber, von denen in Wirklichkeit der Terror ausgeht und die noch als Biedermänner und Legalisten auftreten, obwohl sie das gesamte Land ruinieren und ihren Geldgebern in der EU und der NATO zum Fraße vorwerfen, werden von der Bühne der Geschichte abtreten müssen.

Noch aber gilt die Ukraine als der weiche Unterbauch des russischen Bären, an dessen unermessliche Rohstoffe der Westen umsonst heran will. Vor dem GAZA-Streifen lagern *nur* reiche Öl- und Gasvorräte auf die imperiale Interessen ihre Gier gerichtet haben. Auf das weite Russland und seine unermesslichen Bodenschätze aber sind diese schon lange scharf. Die Zerstörung des Sowjetreiches, im ersten Anlauf nicht gelungen, war nur ein Schritt näher heran an das Eingemachte.

Kein „Krieg gegen den islamistischen Terror“ im weiteren Nahen Osten, vielmehr zielen islamistische Marionetten auf Beseitigung unliebsamer Regime: „Regime Change“

Wollte man wirklich dem menschenverachtenden Söldner-Terror, perverser Weise im Gewande des Islam agierend, in Syrien und im Nord-Irak ein Ende setzen, dann dürfte man in Vergangenheit und Gegenwart nicht gerade jene säkularen Regime schwächen, die nichts, aber auch gar nichts mit den „Islamisten“ gemein haben. Statt die

demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Golf-Monarchien zu hätscheln, den Herd des islamistischen Terrors, müsste man diese Lieblingskinder des Imperiums an den Pranger stellen. Diese mittelalterlich strukturierten Zwergstaaten haben so wenig mit dem Islam gemein, wie Israel und seine Zionisten mit dem Wesen des Judentums oder die Kreuzzügler mit der Botschaft Jesu Christi. Islam und Shalom sind ursprünglich Vokabeln, die für Frieden stehen. Unter dem Einfluss des Islam sind einst großartige reiche Kulturen bis weit nach Asien hin und bis tief in den afrikanischen Kontinent entstanden. Im Zeichen des seiner Natur nach toleranten Islam wurden wertvolle humanistische Werte geschaffen. Heute aber gilt die Formel Islam = Terror, so weit ist die Begriffsverwirrung gediehen. Die vor den EU/SA-NATO - Militärinterventionen säkularen Regime in Afghanistan (1979/2001), Irak (2003) Libyen (2011), Yemen, Sudan, Mali, Pakistan mussten künstlich im Sinne des Fundamentalismus 'islamisiert' werden, bevor man dann in den selbst gezeugten islamistischen „Zauberlehrlingen“ von den Taliban in Afghanistan, über Osama bin Laden allerorten oder Boko Haram in Nigeria bis zu Isis oder Isil im Nord-Irak und in den Kurdengebieten Syriens und unter weiteren Namen überall in der Welt einen Grund für verschärfte Waffenlieferungen und die „Ausweitung der Kampfzone“ fand.

Vorbei scheint der Menschheitstraum vom Frieden, vergessen scheinen des Aufklärers Lessing großartige Literaturfiguren, der Jude Nathan und der syrische Muslimherrscher Saladin, die über Unrechts-Gräben hinweg Frieden zu schaffen verstanden.

Regime wie das von Bashar al Assad, der sogar den USA gegenüber die offene Hand zum gemeinsamen Kampf gegen die islamistischen Banden ausstreckt, werden als unwürdig ignoriert. Gelten doch sie als die eigentlich bösen Buben, weil sie genau wie etwa Russland und der Iran ihre nationalen Reichtümer und Errungenschaften nicht umsonst herausrücken. Syrien birgt Gasvorräte und gilt als Durchgangsrouten für Energietransporte und mehr. Syrien ist Einfallstor gen Iran, gen Russland und am Ende natürlich gen China. Syrien soll von Marionetten des Westens vom Schlage Poroschenko regiert werden und nicht von einem Fähnlein Aufrechter unter Assads Leitung. Solch ehrlicher Vaterlandsverteidiger von Lumumba über Milosevic bis Gaddhafi wusste man sich schon immer zu entledigen.

Die Sprachregelungen mit Hilfe derer unbötige Staatsschefs dämonisiert wurden, bevor man sie schließlich hinrichtete, gleichen jenen, die jetzt massenmedial auf den Präsidenten des großen Russlands angewandt werden. Geführt wird zunächst die sattsam bekannte Sprache des Hasses, jenseits jeglicher Diplomatie. Die großen Medien befinden sich ja in der Hand jener Mächtigen, die glauben, ihre Interessen so am besten sichern zu können.

Die Medienmietlinge und ihre Macher¹ sitzen allerdings allesamt einem entscheidenden Irrtum auf: Sie halten sich für unüberwindbar. Sie denken kurzfristig, undialektisch und unhistorisch. Wir, die wir darüber hinaus zu sehen vermögen, sind gefordert, ihnen das deutlich zu machen.

Lassen wir nicht zu, dass die menschliche Erinnerung ausgelöscht wird.

Irene Eckert

Zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR

Gerhard Schiller: - Selbstverständlich unvollständige - Chronik der DDR

Jahr 1945

25.04.-- Sowjets und Amerikaner treffen sich in Torgau an der Elbe. Hitler-Deutschland ist endgültig besiegt, die Kämpfe um die Nachkriegsordnung beginnen.

08.05.-- Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht unterschreibt die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

19.05.-- Bildung des einheitlichen Magistrates in Berlin.

09.06.-- SMAD² bezieht in Berlin-Karlshorst ihr Hauptquartier.

10.06.-- SMAD lässt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Parteien und Gewerkschaft zu.

11.06.-- Aufruf des ZK der KPD: „Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend“. In dem Aufruf wird der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung gefordert.

26.06.-- Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen durch 50 Nationen. Die Gründung der UNO wird am 24. Oktober 1945 vollzogen.

01.07.-- Erste Einheiten der Volkspolizei gebildet.

¹ Zur Abhängigkeit führender Meinungsmacher: Uwe Krügers wichtige Doktorarbeit „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse“, Köln 2013

² SMAD = Sowjetische Militäradministration in Deutschland

- 10.07.-- Bildung des Blocks der antifaschistischen Parteien.
- 17.07.-- Beginn der Verhandlungen über das Potsdamer Abkommen.
- 23.07.-- SMAD Befehl: Verstaatlichung von Banken und Versicherungen in der SBZ.
- 02.08.-- Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens.
- 06. und 09. 08.-- US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.
- 03.09.-- Verordnung über die Bodenreform in der SBZ.
- 15.10.-- Uni Jena öffnet als erste Hochschule in der SBZ.
- 30.10.-- SMAD Befehl: Enteignung der Betriebe von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern und Überführung dieser in Volkseigentum.

Jahr 1946

- 05.03. -- Fulton-Rede Churchills, Abkehr von der Anti-Hitler-Koalition und Beginn des Kalten Krieges.
- 07.03.-- Gründung der FDJ.
- 21./22.04.-- Vereinigungsparteitag SPD und KPD zur SED.
- 23.04.-- Zum ersten Mal erscheint das „Neue Deutschland“ als Zentralorgan der SED.
- 08.05.-- Die Leipziger Messe eröffnet wieder.
- 21.05.-- SMAD Befehl: Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, realisiert
 - 30.06.-- in Sachsen,
 - 24.07.-- in Thüringen,
 - 30.07.-- in Sachsen-Anhalt,
 - 05.08.-- in Brandenburg,
 - 20.08.-- in Mecklenburg,
 - 13.07.1947 in Berlin.
- 10.10.-- ADN wird als erste deutsche Nachrichtenagentur gegründet.
- 16.11.-- Verfassungsentwurf einer deutschen demokratischen Republik in ihrer Einheit zur öffentlichen Diskussion vorgelegt.
- 05.12.-- SED fordert Volksabstimmung in Gesamtdeutschland für Einheit u. Frieden.

Jahr 1947

- 30.01.-07.02.-- Erste SED Delegation in Moskau.
- 08.03.-- Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)
- 12.03.-- USA-Präsident Truman lehnt in einer Botschaft an den Kongress jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit oder einer friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ab.
- 03.04.-- Streik von 320.000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet gegen die Politik der britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden, die die Entnazifizierung verschleppen und keine Maßnahmen gegen Hunger und Sabotage ergreifen. Für eine demokra-

tische Bodenreform, Enteignung der Grubenbesitzer und Verstaatlichung der Grundstoffindustrien.

06./07.06.-- Gesamtdeutsche Konferenz der Ministerpräsidenten in München, die ostdeutschen Ministerpräsidenten verlassen sie nach Ablehnung des Tagesordnungspunktes über die Bildung einer Zentralregierung zur Schaffung eines Einheitsstaates

06.06.-- Der Marshallplan wird angekündigt, auch für UdSSR und SBZ; Molotow lehnt für SBZ und die übrigen osteuropäischen Länder ab.

06.06.-- Erster gesamtdeutscher Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden in Berlin.

20.09.-- Zweiter Parteitag der SED (bis 24.09.) fordert politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

27.09.-- Gründung des „Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien“.

Jahr 1948

08.03.-19.03.-- Zweiter Volkskongress in Berlin fordert Volksbegehren in Gesamtdeutschland.

16.03.-- Verbot der Volkskongressbewegung in Westberlin und in den Westzonen.

26.03.-- Die USA verhängen eine Wirtschaftsblockade gegen die volksdemokratischen Staaten.

17.04.-- Bildung der VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) und Abschluss der Enteignung von Betrieben der Nazi- und Kriegsverbrecher.

23.05.-13.6.-- Volksbegehren für die unteilbare deutsche demokratische Republik in der SBZ

08.06.-23.06.-- Separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen, wenige Tage später Einführung in Berlin; Geldumtausch in der SBZ zum Schutze vor wertloser Reichsmark aus den westlichen Besatzungszonen und aus Westberlin.

24.06.-- Die Blockade Westberlins beginnt durch Unterbrechung des Schienenverkehrs, damit die wertlose Reichsmark nicht eingeführt werden kann.

30.06.-- Erster Zweijahrsplan in der SBZ.

15.10.-- Am Postplatz in Dresden eröffnet die erste HO-Filiale (HO wurde gegründet gegen den Schwarzmarkt).

23.10.-- Deutscher Volksrat fordert Friedensvertrag für ganz Deutschland.

12.11.-- 24-stündiger Generalstreik von 9 Millionen Werktätigen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands - gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik und für eine Demokratisierung und Planung der Wirtschaft sowie die Mitbestimmung der Gewerkschaften.

13.12.-- Die Kinderorganisation „Junge Pioniere“ wird gegründet

Jahr 1949

- 01.01.-- Der FDGB wird in den Weltgewerkschaftsbund aufgenommen.
- 05.-08.01.-- Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
- 08.02.-- In Berlin wird die Uni in Humboldt Uni umbenannt.
- 08.03.-- Einweihung des Ehrenmales in Berlin Treptow.
- 04.04.-- Gründung der NATO in Washington.
- 04.04.-- 1000 sowjetische Traktoren werden für SBZ geliefert.
- 23.05.-- Verkündung des Grundgesetzes der BRD durch die Ländervertreter.
- 29./30.05.-- Der dritte Volkskongress in Berlin nimmt eine Verfassung für eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik an.
- 13.07.-- Dekret des Vatikans: Verbot für Katholiken, Mitglied einer kommunistischen Partei zu sein oder eine solche zu fördern, deren Presseerzeugnisse herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen. Androhung der Exkommunikation.
- 14.08.-- In Westdeutschland wird der 1. Bundestag gewählt, Adenauer wird Kanzler.
- 29.08.-- Erfolgreiche Erprobung einer Atombombe durch die UdSSR. Das Atomwaffenmonopol der USA ist gebrochen.
- 07.09.-- Gründung der BRD.
- 01.10.-- Proklamierung der Volksrepublik China.
- 07.10.-- Gründung der DDR, der Volksrat setzt die Verfassung in Kraft, Pieck wird Präsident.
- 21.10.-- Adenauer erklärt im Bundestag, die BRD sei allein befugt, für alle Deutschen zu sprechen.
- 30.05.-- Der Deutsche Volksrat wählt in Berlin 330 Abgeordnete aus Parteien und Massenorganisationen sowie Einzelpersonen für die provisorische Volkskammer.
- 15.10.-- Die UdSSR nimmt als erster Staat weltweit diplomatische Beziehungen zur DDR auf, bis zum 25.10. folgen Albanien, Bulgarien, China, Nordkorea, Polen, Rumänien, die CSR und Ungarn.
- 01.12.-- Das FDJ Abzeichen „für Gutes Wissen“ wird erstmals verliehen.

Jahr 1950

- 07.01.-- Aus der Volkskongressbewegung konstituiert sich die Nationale Front.
- 22.03.-- Die BRD schlägt auf Anregung der USA die Wiedervereinigung durch freie Wahlen vor.
- 24.03.-- Gründung der Deutschen Akademie der Künste in Berlin.
- 15.04.-- Einführung einer warmen Mahlzeit täglich in DDR-Schulen.
- 29.05.-- Die DDR tritt dem RGW bei.
- 27.-30.05.-- Erstes Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin.

- 15.04.-- Die UdSSR setzt Reparationen zu 50 % herab.
06.06.-- Unterzeichnung des Abkommens zur Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen.
20.07.-- Das Stahlwerk Brandenburg liefert den ersten Stahl.
03.09.-- Wiederöffnung des Jenaer Planetariums.
01.10.-- Eröffnung der Hochschule für Musik in Berlin.
15.10.-- Die Volkskammer beschließt das Gesetz zum Schutze des Friedens.
22.10.-- Die Deutsche Hochschule für Sport und Körperkultur (DHfK) wird in Leipzig eröffnet.
31.10.-- Der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, schlägt Adenauer paritätischen Rat für die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung vor. Ablehnung seitens Adenauer.

Jahr 1951

- 28.01.-- Kongress gegen die Remilitarisierung der BRD in Essen. Beschluss einer Volksbefragung zu diesem Thema. Am 24. April verbietet die Regierung der BRD diese Volksbefragung. In der DDR findet sie im Juni statt: 96 Prozent aller Befragten sind gegen eine Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages.
22.04.-- Das NOK der DDR wird in Berlin gegründet.
26.05.-- Gründung der Sektion Schiffbau an der Uni Rostock.
26.06.-- Die BRD verbietet die FDJ.
12.07.-- In der DDR werden die Arbeitsämter abgeschafft.
05.-19.08.-- Die III. Weltfestspiele der Jugend finden in Ostberlin statt (mit zwei Millionen Teilnehmern).
20.09.-- Das Abkommen zwischen der BRD und der DDR über den „Interzonenhandel“ wird unterzeichnet.
08.10.-- Die Rationierungen bis auf Fleisch, Fett und Zucker werden aufgehoben.
11.11.-- Die DDR-Regierungsdelegation fordert auf der UNO-Vollversammlung gesamtdeutsche Wahlen unter UNO Aufsicht

Jahr 1952

- 13.02.-- Die Regierung der DDR bittet die vier Großmächte um beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland, die UdSSR signalisiert am 20.02. Bereitschaft dazu.
01.03.-- Die „junge Welt“ erscheint als Tageszeitung.
08.03.-- Die DDR kündigt den Aufbau nationaler Streitkräfte an.

10.03.-- Die UdSSR veröffentlicht den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland als Vorschlag an die USA, Großbritannien und Frankreich.

10.03.-- Stalin Note (Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands als neutraler Staat), Ablehnung durch den Westen.

08.04.-- Erste LPG in Merxleben bei Langensalza gegründet.

29.04.-- Erstes Hochseehandelsschiff der DDR läuft vom Stapel.

April-Juni:-- Protestbewegung Hunderttausender Werktätiger in der BRD gegen die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

14.06.-- In Lauchhammer nimmt die erste Braunkohle-Großkokerei der Welt den Betrieb auf.

23.07.-- Die aus der Kaiserzeit stammende Staatsgliederung in Länder wird in Bezirke verändert mit dem Ziel weiterer Demokratisierung und bessere Nähe der Staatsorgane zur Bevölkerung.

02.10.-- DDR-Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte ehemaliger Offiziere und Mitglieder der NSDAP.

Jahr 1953

07.01.-- In der Stalinallee in Berlin wurden die ersten 70 Wohnungen übergeben.

10.03.-- Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl Marx Stadt.

28.05.-- Das ZK der SED beschließt eine Erhöhung der Arbeitsnormen.

16.06.-- Aus Protest gegen die geplante Normenerhöhung legen Bauarbeiter in Berlin teilweise die Arbeit nieder.

17.06.-- Aus den Bauarbeiterstreiks wird ein Aufstands- und Putschversuch unter massiver Einmischung westlicher Kräfte.

21.06.-- Die Normenerhöhungen werden zurück genommen.

24.10.-- Größte Preissenkung in der DDR.

Herbst:-- Gründung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

01.12.-- Übergabe von 33 SAG-Betrieben („Sowjetische Aktiengesellschaft“ in der sowjetischen Besatzungszone) an DDR zu Volkseigentum, Verzicht auf weitere Reparationen durch die UdSSR.

Jahr 1954

Ab Januar: -- Internationale Proteste gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrages, vor allem in Belgien, der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden. Am 30. August lehnt die französische Nationalversammlung unter dem Druck einer

mächtigen Volksbewegung den EVG-Vertrag ab. Das EVG-Projekt der Imperialisten ist gescheitert.

23.01.-- Der Nationalrat der Nationalen Front übergibt an die Außenminister der vier Mächte 8.540.886 Unterschriften für einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

24.01.-- Die Regierung der DDR schlägt den vier Mächten und der BRD Beratungen zur deutschen Frage vor.

21.04.-- Wiedereröffnung der im Krieg stark zerstörten Berliner Volksbühne.

01.05.-- Kampfgruppen der Arbeiterklasse nehmen an der Demonstration zum 1. Mai erstmals teil.

09.06.-- DDR-Außenminister Dertinger (CDU) wird zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt (er war tatsächlich Spion des Westens).

07.-11.07.-- Erster evangelischer Kirchentag in Leipzig.

19.-22.08.-- Erstes Deutsches Turn- und Sportfest in Leipzig mit Sportlern aus Westberlin und der BRD (Insgesamt 25.000 Teilnehmer).

03.09.-- Umfangreiche Preissenkung für Lebensmittel und Gebrauchswaren.

Jahr 1955

01.03.-- Neue Stipendienordnung: Jeder Student in DDR erhält 130 Mark pro Monat vom Staat.

17.03.-- PKW P 70 läuft in Zwickau vom Band (erster duroplastbeschichteter PKW der Welt).

01.04.-- Die UdSSR gibt Kunstwerke zurück an Dresdner Nationalgalerie.

02.-17.05.-- Festung Königstein eröffnet für den Tourismus.

09.05.-- Aufnahme der BRD in die NATO.

02.07.-- Berliner Tierpark eröffnet.

27.08.-- DDR und BRD entsenden gemeinsames Sportlerteam zu Olympischen Spielen nach Melbourne.

31.08.-- Erster Spatenstich zum Gas-Kombinat Schwarze Pumpe.

04.09.-- Staatsoper Unter den Linden nach Aufbau wieder eröffnet.

20.09.-- Die UdSSR gibt der DDR die volle Souveränität zurück.

27.11.-- Berliner Nationalgalerie öffnet mit 500 von UdSSR zurück gegebenen Kunstwerken.

Jahr 1956

03.01.-- DDR Fernsehfunk nimmt offizielles Programm auf.

14.01.-- Stapellauf des 10.000 t Frachters „Frieden“.

- 18.01.-- Die Volkskammer beschließt die Schaffung der NVA.
28.01.-- Die DDR unterstellt die NVA dem Oberkommando des Warschauer Vertrages.
04.02.-- Die Fluggesellschaft „Interflug“ geht an den Start.
01.03.-- Tag der NVA.
05.06.-- In Halle wird der erste Selbstbedienungsladen eröffnet.
29.07.-- Die Leipziger Zentralstation wird nach einjähriger Bauzeit eingeweiht.
17.08.-- Verbot der KPD in der BRD.
23.10.-04.11.-- Konterrevolutionärer Aufstand gegen die Arbeiter- und Bauernmacht in Ungarn – zum Teil aus dem Zentrum der Partei heraus. Sowjetische Truppen und linientreue Teile der ungarischen Armee schlagen den Aufstand nieder.

Jahr 1957

- 09.03.-- Das Amt des Staatssekretärs für Kirchenfragen wird eingeführt.
25.03.-- Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wird von Belgien, der BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründet .
14.04.-- Wissenschaftler aus der DDR und der BRD fordern Verzicht auf Atomwaffen.
28.04.-- Gründung des DTSB.
30.05.-- Im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf wird die erste vollautomatische Schnellwalzstraße in Betrieb genommen.
04.09.-- Die UdSSR startet den „Sputnik“.
13.10.-- 2. Währungsreform mit Ausgabe neuer Geldscheine zwecks Währungsstabilität.
15.10.-- Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien (die BRD praktiziert die Hallstein Doktrin und bricht die Beziehungen zu Jugoslawien ab).
07.09.-- Die Produktion des Trabant wird aufgenommen (P 50).
16.11.-- In Rossendorf bei Dresden wird der erste Atomreaktor in Betrieb genommen.

Jahr 1958

- 11.02.-- Die Staatlicher Plankommission ersetzt den bisherigen Wirtschaftsrat.
08.03.-- Kommunistische und Arbeiterparteien aus 20 Ländern beschließen in Prag, eine monatlich erscheinende theoretische Zeitschrift mit dem Titel „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ in mehreren Sprachen herauszugeben.
07.-19.03.-- Die UdSSR schlägt Adenauer eine „Österreich-Lösung“ für Deutschland vor, abgelehnt.
08/1958-- Aufhebung aller restlicher Rationalisierungen.

- 07.09.-- Erste vollelektrifizierte Bahnstrecke zwischen Leipzig und Halle.
04.10.-- Erste Zentrale Messe der Meister von morgen in Leipzig eröffnet.
18.10.-- Einführung des polytechnischen Unterrichts in den Schulen.

Jahr 1959

- 05.01.-- Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie.
10.01.-- Die UdSSR legt wieder einen Vorschlag für einen deutschen Friedensvertrag vor.
07.03.-- Weiterer Aufbau des Flughafens Berlin-Schönefeld als FDJ Objekt.
24.03.-- Bitterfelder Konferenz: „Greif zur Feder Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich“.
03.09.-- Rappbode-Talsperre eingeweiht.
04.09.-- Berliner Pergamonmuseum wiedereröffnet.
01.10.-- Das Staatswappen der DDR ziert auch die Nationalflagge.
01.10.-- Richter werden nicht mehr vom Justizministerium ernannt, sondern von den örtlichen Volksvertretungen gewählt.
18.10.-- Beschluss: Erdöl-Pipeline aus der Sowjetunion bis Schwedt.
22.10.-- Im Fernsehen erscheint erstmals das Sandmännchen

Jahr 1960

- 01.01.-- Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens gegründet.
10.01.-- Nationaler Verteidigungsrat per Gesetz gegründet.
23.01.-- Ulbricht Brief an Adenauer, in ganz Deutschland eine Volksabstimmung über Abrüstung, Friedensvertrag und deutsche Konföderation durchzuführen. Der Brief kommt ungeöffnet zurück.
30.01.-- „Intervision“ als Fernsehgemeinschaft von Polen, Ungarn, CSSR und DDR gegründet.
21.03.-- „Der Schwarze Kanal“ von Eduard v. Schnitzler hat Premiere.
07.05.-- Bau des Chemiefaserwerkes in Guben.
08.05.-- Einweihung der Neuen Wache in Berlin.
19.05.-- 345 LPG sind offiziell registriert, sie bewirtschaften 836 ha Agrarflächen.
11.08.-- Gesellschaft für Weltraumforschung und Raumfahrt der DDR gegründet.
07.09.-- Wilhelm Pieck stirbt, das Präsidentenamt wird durch den Staatsrat ersetzt.
06.12.-- Einweihung des Dresdner Fernsehturms.

Jahr 1961

- 12.04.-- Juri Gagarin als erster Mensch im All.
- 01.05.-- Jungfernfahrt der „Fritz Heckert“, Urlauberschiff des FDGB.
- 29.07.-- Der Haushaltstag wird für berufstätige Frauen je Monat eingeführt.
- 13.08.-- Der Mauerbau beginnt, Brandenburger Tor geschlossen.
- 15.09.-- Die Grenzpolizei wird Teil der NVA.
- 02.10.-- Fidel Castro erklärt nach der erfolgreichen Aktion gegen die versuchte Invasion in der Schweinebucht Kuba zur sozialistischen Republik.
- 13.10.-- Stalinstadt wird in Eisenhüttenstadt umbenannt, die Stalinallee in Berlin wird zur Frankfurter Allee.

Jahr 1962

- 01.01.-- Die Pflichtimpfung gegen Keuchhusten wird eingeführt.
- 24.01.-- Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht.
- 16.06.-- Beginn der großen Polemik über die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung zwischen der KPdSU und der Kommunistischen Partei Chinas. In ihrem Ergebnis kommt es zur Spaltung.
- 12.09.-- Wirtschaftsdaten: Der Konsum technischer Gebrauchsgüter steigt in der DDR.
- 21.-23.09.-- Erste Gehörlosen-Spartakiade in Leipzig.
- 15.10.-- Produktionsbeginn des Trabant P 60
- 25.10.-- 250.000 Menschen demonstrieren in Ostberlin gegen die Kuba-Politik der USA.

Jahr 1963

- 01.01.-- Die Zeitung „Sportecho“ erscheint.
- 16.-19.06.-- Erste Frau im All: Valentina Tereschkova.
- 24.-25.06.-- Die Wirtschaftskonferenz des ZK der SED beschließt: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird als Experiment eingeführt.
- 27.08.-- Abschluss des Wiederaufbaus des Dresdner Zwingers.
- 27.10.-- Erdölleitung „Freundschaft“ bis Schwedt in Betrieb genommen.
- 14.11.-- Margot Honecker wird Ministerin für Volksbildung.

Jahr 1964

- 01.01.-- Kleinroller „Schwalbe“ geht in Serie.
02.02.-- Gesetz über Staatsbürgerschaft: Vermerk „Bürger der DDR“ in Ausweis.
09.03.-- Über dem Thüringer Wald wird ein US-Militärflugzeug abgeschossen.
12.04.-- Vertrag DDR-UdSSR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit.
08.05.-- Drittes und letztes Deutschlandtreffen der Jugend (500.000 Teilnehmer, davon 240.000 aus der BRD).
18.05.-- Jugendsender „DT 64“ geht auf Sendung.
01.07.-- Martin Luther King predigt in der Sophienkirche in Ostberlin.
01.07.-- Neue Geldscheine in der DDR zur Währungsstabilisierung.
15.07.-- Grundsteinlegung für Halle-Neustadt (Chemiearbeiterstadt).
03.09.-- Einweihung des neuen Staatsratsgebäudes in Berlin.
07.09.-- Einführung von Bausoldaten.
06.10.-- Einweihung des Hauses des Lehrers und der Kongresshalle in Berlin.

Jahr 1965

- 01.01.-- Das Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED nimmt die Arbeit auf.
05.01.-- Grundsteinlegung für die Prager Straße in Dresden.
24.02.-- Ägypten empfängt als erstes nichtsozialistisches Land Walter Ulbricht mit allen Ehren eines Staatsoberhauptes.
25.02.-- Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wird von der Volkskammer beschlossen. Von der Vorschulerziehung bis zum Studium sind nun alle organisatorischen Fragen geregelt.
20.03.-- Louis Armstrong als erster großer US-Star in Berlin.
08.-13.06.-- Jugoslawiens Staatschef Tito besucht die DDR.
14.06.-- Abkommen mit der UdSSR über den künftigen Bau von Atomkraftwerken in der DDR.
04.08.-- Am Alexanderplatz in Berlin beginnt der Bau des Fernsehturmes.
11.08.-- Carl Zeiß Jena liefert Spiegelteleskope für Sternwarten der UdSSR und der CSSR.
04.09.-- Der Wiederaufbau des Leipziger Hauptbahnhofes ist abgeschlossen.
20.09.-- Die Galerie „Neue Meister“ in Dresden wird eröffnet.
25.09.-- 800. Messe-Jubiläum in Leipzig.
15.10.-- Die Antibabypille von Jena-Pharm wird zugelassen.
16.-22.10.-- Herbstmanöver „Oktobersturm“ aller Warschauer Vertragsstaaten im Thüringer Wald.

21.10.-- Neues Familiengesetzbuch der DDR, eheliche und uneheliche Kinder werden rechtlich gleichgestellt.

21.10.-- Einführung der 45-Stunden-Woche.

27.-29.11.-- Breshnew besucht die DDR.

Jahr 1966

13.02.-- Der Rat für gesamtdeutsche Fragen wird gegründet.

15.02.-- Der Oktoberclub entsteht und bringt der Singebewegung, neue Impulse.

28.02.-- Die DDR beantragt Aufnahme in die UNO, der Sicherheitsrat lehnt ab, weil die befragte BRD dagegen war.

09.04.-- Der arbeitsfreier Samstag wird eingeführt.

09.05.-- Das erste Atomkraftwerk der DDR in Rheinsberg geht in Betrieb.

10.08.-- Der Bau für die Wohnsiedlung Jena-Lobeda beginnt.

15.10.-- Die DDR-Sportler verlassen die vorolympischen Spiele in Mexiko, weil ihnen das IOC untersagte, unter der Bezeichnung „DDR“ aufzutreten.

04.12.-- Einweihung der Komischen Oper in Berlin.

Jahr 1967

20.02.-- Die Volkskammer proklamiert die DDR-Staatsnation.

17.03.-- Grundsteinlegung für das Heizkraftwerk Winzerla.

31.03.-- 10 Grundsätze der sozialistischen Jugendpolitik und ihre Verwirklichung werden beschlossen.

03.05.-- Der Ministerrat beschließt die Senkung der Wochenarbeitszeit auf 43,5 Stunden.

18.08.-- Prozesse in Berlin gegen 37 Fluchthelfer.

12./13.09.-- Internationale wissenschaftliche Konferenz in Berlin: 100 Jahre „Das Kapital“ von Karl Marx.

01.10.-- Die Volkskammer beschließt, eine neue sozialistische Verfassung auszuarbeiten.

01.10.-- Umbenennung der Mark der Deutschen Notenbank in Mark der DDR.

15.10.-- Auf Einladung des DGB gastiert das Berliner Ensemble erstmals in Westberlin.

15.10.-- Die SED verkündet ein Wohnungsbauprogramm und eine Verordnung zur Lenkung des Wohnraumes.

29.10.-- 50. Jahrestag der Oktoberrevolution

Jahr 1968

12.01.-- Die Volkskammer beschließt ein neues Strafgesetzbuch.

06.04.-- Erster Volksentscheid in DDR: 94,95 % der Bürger sprechen sich für die neue sozialistische Verfassung aus (in geheimer Wahl).

29.04.-- Erster Containerzug auf der Strecke Dresden, Berlin, Rostock eingesetzt.

31.05.-- Sowjetische Truppen rücken in die CSSR ein (wegen der konterrevolutionären Entwicklungen des so genannten „Prager Frühlings“).

13.-15.06.-- Der 10. Bauernkongress berät über den Übergang zur industriellen Organisation und Leitung der Landwirtschaft.

01.07.-- Beitritt der DDR zum Atomwaffensperrvertrag.

01.07.-- Freiwillige Zusatzrenten-Versicherung (FZR) eingeführt.

22.08.-- „konsument“-Warenhaus in Leipzig eröffnet nach dreijähriger Bauzeit.

25.09.-- Konstituierung der DKP als legale kommunistische Partei in der BRD.

Jahr 1969

23.01.-- In Halle treffen sich 700 Teilnehmer zur Konferenz für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität

08.02.-- Krise in Berlin: DDR untersagt den Mitgliedern der BRD-Bundesversammlung, die in Westberlin den Bundespräsidenten wählen wollen, die Einreise. Westberlin war kein Land der BRD, also durften dort keine BRD-hoheitlichen Maßnahmen durchgeführt werden.

08.05.-- Kambodscha nimmt als erstes nichtsozialistisches Land diplomatische Beziehungen zur DDR auf, es folgen Sudan und Irak.

11.-13.06.-- Zweiter Frauenkongress der DDR.

22.07.-- Die BRD beschließt, das Hissen der Flagge der DDR und Abspielen der DDR-Nationalhymne bei sportlichen Anlässen nicht mehr zu behindern.

03.09.-- Einweihung des Fernsehturms am Alexanderplatz in Berlin.

03.09.-- Zweites Programm des DDR-Fernsehens startet, erste Farbfernsehsendung.

07.09.-- Eröffnung des Kulturpalastes in Dresden.

19.11.-- Erstes Konzert der Puhdys.

28.11.-- Abkommen DDR-UdSSR über visafreien Reiseverkehr.

Jahr 1970

13.01.-- Grundsteinlegung für die Neue Leipziger Straße in Berlin.

23.01.-- Ulbrichts Losung: „Überholen ohne einzuholen“.

15.-21.02.-- Erstes Festival des politischen Liedes in Berlin auf Initiative der FDJ.

19.03.-- Bundeskanzler Brandt trifft sich mit Ministerpräsident Stoph zu Gesprächen in Erfurt. Erste Begegnung eines Regierungschefs der BRD mit einem DDR-Funktionär.

19.03.-- In Berlin wird am Friedrichshain das Lenin Denkmal eingeweiht.

22.03.-- Überall in der DDR wird mit vielen Veranstaltungen der 100. Geburtstag Lenins gewürdigt.

07.03.-- DDR eröffnet ihr Außenhandelszentrum in Paris.

21.03.-- Gegenbesuch von Willi Stoph in Kassel zu weiteren Verhandlungen mit der BRD-Regierung.

12.-18.10.-- Militärmanöver „Waffenbrüderschaft“ unter Teilnahme von Armeeeinheiten der Staaten des Warschauer Paktes in DDR.

25.09.-- Auf dem Alexanderplatz in Berlin eröffnet das größte Kaufhaus der DDR, das Centrum-Warenhaus.

25.09.-- Beginn der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD (Egon Bahr u. Michael Kohl)

Jahr 1971

01.01.-- Dritte Volkszählung der DDR: 17.053.699 Einwohner.

31.01.-- Der seit 1952 unterbrochene Telefonverkehr zwischen Ost und West wird wieder aufgenommen.

16.03.-- Chile nimmt diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

03.05.-- Walter Ulbricht erklärt seinen Rücktritt, sein Nachfolger wird Erich Honecker.

18.05.-- Erste Auslandsreise Honeckers nach Moskau.

30.05.-- Erstes Dixieland-Festival in Dresden, organisiert vom Berliner Rundfunk.

27.06.-- Die Fernsehserie „Polizeiruf 110“ entsteht (bis 1989 = 153 Folgen).

03.07.-- Einweihung der ersten nach Kriegsende gebauten Elbbrücke in Dresden.

09.10.-- Marx-Denkmal in Karl-Marx-Stadt feierlich enthüllt.

15.11.-- Deutschlandsender und Berliner Welle fusionieren zur „Stimme der DDR“.

26.11.-- Die Volkskammer wählt Ulbricht wieder als Vorsitzenden des Staatsrates.

Jahr 1972

01.01.-- Pass- und visafreier Verkehr mit Polen.

06.01.-- Honecker bezeichnet die BRD als Ausland.

29.01.-- Premiere der Fernseh-Unterhaltungssendung „Ein Kessel Buntes“.

11.02.-- Der Deutsche Fernsehfunk wird in Fernsehen der DDR umbenannt.

09.03.-- Das Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung wird mit 14 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen in der Volkskammer angenommen.

28.04.-- Gesetz: zur Geburt eines Kindes gibt es 1000 Mark, Ehepaare erhalten 5000 Mark als zinsloses Darlehen.

18.05.-- Die letzten rund 11.000 Privatbetriebe werden verstaatlicht.

24.06.-- Telefongespräche von Westberlin in die DDR sind ab jetzt ohne Anmeldung im Selbstwählverkehr möglich.

10.09.-- Angela Davis in Berlin (sie war in den USA zum Tode verurteilt worden und wurde durch weltweite Proteste freigeschleppt).

15.09.-- Auf der Strecke Saßnitz-Trelleborg geht die DDR-Fähre „Rügen“ in Betrieb.

15.09.-- Austausch Ständiger Vertretungen zwischen der BRD und der DDR.

21.11.-- Die DDR wird 131. Mitgliedstaat der UNESCO.

21.11.-- Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR unterzeichnet (Unverletzlichkeit der Grenzen, Anerkennung des Viermächteabkommens und der Viermächteverantwortung).

Jahr 1973

01.01.-- Die Grenztruppen der DDR werden selbstständig und von der NVA losgelöst.

05.01.-09.02.-- Weitere 17 Staaten, darunter Frankreich und England, nehmen diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

07.01.-- Die DDR akkreditiert westdeutsche Korrespondenten von ARD, ZDF und einigen Zeitungen.

20.02.-- Zeitlich unbefristetes Rahmenabkommen DDR-UdSSR über Erdöllieferungen.

27.03.-- Das Politbüro beschließt den Bau eines „Palastes der Republik“.

01.05.-- Tod Walter Ulbrichts.

16.05.-- Staatsbesuch Brezhnev in Berlin.

16.-31.05.-- Besuch des SPD-Bundestagsfraktionschefs Wehner bei Honecker.

01.06.-- Neue (und letzte) Geldscheine kommen in Umlauf mit Aufdruck „Mark der DDR“.

01.09.-- Uni Hochhaus in Leipzig eröffnet.

02.10.-- Laut Wohnungsbauprogramm sollen drei Millionen Wohnungen bis 1990 entstehen.

02.10.-- Grundsteinlegung für den Palast der Republik.

19.11.-- DDR Bürger dürfen im Intershops einkaufen. (Vorher waren die Intershops den Transitreisenden und den Besuchern aus dem kapitalistischen Ausland vorbehalten.)

Jahr 1974

01.01.-- Einführung des Kfz.- Zeichens DDR statt D = Deutschland.

28.01.-- Das 3. Jugendgesetz wird verabschiedet.³

24.04.-- Günter Guillaume, persönlicher Referent Willi Brandts und Offizier im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, wird in der BRD verhaftet. Es ist einer der größten Spionagefälle der BRD.

02.05.-- Die Ständigen Vertretungen der BRD und der DDR nehmen in Berlin und Bonn ihre Arbeit auf.

04.09.-- Die USA nehmen als letzter der westlichen Staaten der Antihitlerkoalition diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

08.10.-- Zu den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der DDR reist eine Delegation aus der UdSSR mit Breschnew an.

19.10.-- Der Grundurlaub der Werktätigen wird von 15 auf 18 Tagen erhöht, für Schichtarbeiter auf 21 Tage.

18.11.-- Festveranstaltung zum Richtfest des Palastes der Republik.

22.11.-- Die Nachrichtenagenturen ADN (DDR) und dpa (BRD) schließen einen Vertrag über Nachrichtenaustausch ab.

11.12.-- Abschluss eines Vertrages über die Verbringung von Müll aus Westberlin in die DDR.

Jahr 1975

01.01.-- Das Reisebüro Jugendtourist - speziell für junge Leute - wird eingerichtet.

31.01.-- Neues Protokoll über den Warenaustausch mit der UdSSR unterzeichnet, die Sowjetunion steigert die Preise für Erdöl.

³ Das Jugendgesetz bestand aus neun Kapiteln:

- I. Die Entwicklung der Jugend zu sozialistischen Persönlichkeiten
- II. Die Förderung der Initiative der werktätigen Jugend
- III. Die Förderung der Initiative der lernenden und studierenden Jugend
- IV. Das Recht und die Ehrenpflicht der Jugend zum Schutz des Sozialismus
- V. Die Entfaltung eines kulturvollen Lebens der Jugend
- VI. Die Entwicklung von Körperkultur und Sport unter der Jugend
- VII. Die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend
- VIII. Die Feriengestaltung und Touristik der Jugend
- IX. Die Leitung der staatlichen Aufgaben sozialistischer Jugendpolitik.

02.02.-- Die DDR erhält von Japan einen Kredit zum Bau eines internationalen Handelszentrums in Berlin.

25.02.-- Die DDR unterzeichnet ein Rahmenabkommen mit der Hoechst-AG, das die Lieferung von drei schlüsselfertigen Chemiewerken vorsieht.

15.03.-- Übergabe der Bauernkriegsgedenkstätte auf dem Mühlhausener Kornmarkt. (Mühlhausen wurde durch das Wirken Thomas Müntzers zu einem der Mittelpunkte des deutschen Bauernkrieges.)

14.04.-- Rahmenvereinbarung für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Essener Konzern „Krupp“.

27.03.-- Die erste Baukolonne der DDR reist zum Bau der Drushba-Trasse⁴ ab.

06.05.-- Banken aus Italien und Frankreich errichten Filialen in Berlin, der Hauptstadt der DDR.

01.05.-- KSZE-Schlussakte wird unterschrieben, Treffen Honecker mit Schmidt in Helsinki.

27.08.-- Stapellauf des größten DDR Fährschiffs „Mukran“.

07.09.-- Unterzeichnung des Zweiten Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand DDR-UdSSR.

Jahr 1976

01.01.-- Das Zivilgesetzbuch der DDR tritt in Kraft und löst damit das überkommene BGB ab.

27.02.-- Post und Fernmeldewesen werden in einem Regierungsabkommen zwischen der BRD und der DDR endgültig geregelt.

14.03.-- Auf der Leipziger Messe ist nicht mehr die UdSSR, sondern die BRD zweitgrößter Aussteller.

14.03.-- Der Palast der Republik wird mit einem Festprogramm eröffnet.

18.-22.05.-- Der IX. Parteitag der SED erklärt das Wohnungsbauprogramm zum Kernstück der Sozialpolitik.

27.05.-- Neue Arbeitszeit: 42 Stundenwoche für Schichtarbeiter, 43,3/4 für alle anderen.

06.07.-- Als erstes Mitglied einer DDR-Regierung trifft Außenminister Fischer zu einem Besuch in Großbritannien ein.

30.07.-- Die Mindestlöhne werden von 350 auf 400 Mark erhöht.

⁴ Die Drushba-Trasse war ein etwa 550 km langer Abschnitt der 2760 km umfassenden Erdgasleitung „Sojus“, die die Erdgasvorkommen im Osten der Sowjetunion für die sozialistischen Staaten Osteuropas nutzbar machen sollte. Dementsprechend beteiligten sich diese Staaten an ihrem Aufbau. In der DDR war es ein zentrales Projekt der FDJ.

11.11.-- Für Transport von Getreide dürfen DDR-Schiffe erstmals in USA-Häfen festmachen.

16.11.-- Der Liedermacher und Konterrevolutionär Biermann wird ausgewiesen.

22.11.-- Der ARD-Korrespondent Löwe wird ausgewiesen: Er meinte über die Grenztruppen der DDR: „Sie schießen auf Menschen wie auf Hasen.“

Jahr 1977

01.01.-- Die Visapflicht für Ausländer und Staatenlose bei Reisen nach Ostberlin tritt in Kraft.

17.02.-- Honecker bestätigt, dass 10.000 DDR Bürger Ausreiseanträge gestellt haben. Er fordert gegenüber der Saarländer Zeitung die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR als Grundlage geregelter Aus- und Einreisen.

23./24.06.-- Das ZK der SED fasst Beschlüsse zur Entwicklung von Elektrik und Elektronik. Ab 1978 sollen weitere Kombinate gebildet werden.

25.06.-- Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Dresdner Semperoper.

03.09.-- Schlüsselübergabe für erste Wohnungen in Leipzig-Grünau.

21.09.-- Die Beschränkungen im Reiseverkehr für Einfuhren werden aufgehoben.

22.11.-- Die UdSSR und die DDR unterzeichnen ein Abkommen über den gegenseitigen Transfer für 1978.

30.11.-- VW liefert 10.000 PKW-Golf in die DDR.

Jahr 1978

01.01.-- Das neue Arbeitsgesetzbuch tritt in Kraft.

01.01.-- Robotron Dresden wird durch Umstrukturierungen das größte Kombinat der DDR.

10.01.-- Das Büro des BRD-Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ in Berlin wird geschlossen wegen der Veröffentlichung eines „Manifestes des Bundes Demokratischer Kommunisten“ in der DDR.

18.01.-- Planungen zur langfristigen Entwicklung der sozialistischen Kultur und ihrer materiell-technischen Basis (es sollen mehr Bücher, 7200 statt bisher 5900 erscheinen).

20.02.-- Als erster westlicher Regierungschef trifft Österreichs Kanzler Kreisky in der DDR ein.

06.03.-- Honecker trifft sich mit dem Vorstand der evangelischen Kirchenleitung in der DDR. Motto: „Kirche im Sozialismus“.

01.05.-- Das Thüringer Röhrenwerk Mühlhausen stellt erstmals 100.000 Taschenrechner her.

01.05.-- In den Schulen der DDR wird für die Klassen 9 und 10 Wehrkundeunterricht eingeführt.

26.08.-- Siegmund Jähn startet in Sojus 21 als erster Deutscher ins All.

03.09.-- Eine offizielle Regierungsdelegation unter Leitung von Gerald Götting nimmt an der Amtseinführung von Papst Johannes Paul I in Rom teil.

04.10.-- Die Autobahn Berlin-Rostock ist fertiggestellt.

16.10.-- Die BRD und die DDR beschließen den Bau der Autobahn von Hamburg nach Berlin.

Jahr 1979

30.01.-- Das Politbüro stimmt dem Bau der Müll-Großdeponie bei Schönberg für Westmüll zu.

05.03.-- Der Generalsekretär der UNO, Waldheim, trifft zu einem Besuch in der DDR ein.

16.04.-- Alle DDR-Bürger dürfen in Intershops, bei Interbank und Genex nur noch mit Forumschecks bezahlen, die man vorher gegen „Valuta“ einlösen muss.

01.-03.06.-- Jugendfestival der FDJ (700.000 Teilnehmer) in Berlin.

01.10.-- Alters- und Invalidenrenten werden um 40 Mark pro Monat erhöht.

06.10.-- Breshnew kündigt den Abzug von 20.000 Soldaten und 1.000 Panzern aus der DDR an.

13.10.-- Das ZK der SED wendet sich gegen den NATO-Doppelbeschluss bei der Raketenstationierung.

14.10.-- Durch Amnestie aus Anlass des 30. Jahrestages der DDR werden 12.928 Häftlinge entlassen

Jahr 1980

01.01.-- Die DDR wird für 2 Jahre nichtständiges Mitglied im UN Sicherheitsrat.

01.01.-- Der Vorsitzende der Plankommission, Schürer, vereinbart, dass Vietnam Kaffeeplantagen für DDR anlegt.

02.01.-- Ein Reiterstandbild Friedrich II wird in Berlin Unter den Linden aufgestellt.

20.01.-- Letzte Vorstellung im alten Friedrichsstadtpalast, 1985 erfolgt der Abriss.

30.01.-- Bundeskanzler Schmidt sagt wegen der militärischen Hilfe der UdSSR für das sich auf dem Weg zum Sozialismus befindende und von imperialistischen Kräften destabilisierte Afghanistan einen geplanten Besuch bei Honecker ab.

04.02.-- Mozambique will für die DDR Südfrüchte anbauen, das wird durch den Bürgerkrieg verhindert.

19.03.-- Die UdSSR kürzt die Erdöllieferungen, die DDR muss mehr Erdöl teuer und für Devisen auf den Weltmärkten einkaufen.

12.04.-- Der Bau eines Atomkraftwerkes in Arneburg bei Stendal wird beschlossen.

12.-14.09.-- Manöver „Waffenbrüderschaft 80“ der Warschauer Vertragsstaaten.

05.12.-- Krisengipfel der Warschauer Vertragsstaaten zur Lage in Polen.

Jahr 1981

20.03.-- Das Albert-Einstein-Museum in Caputh bei Potsdam wird eröffnet.

21.03.-- In Berlin eröffnet das Sport- und Erholungszentrum SEZ mit Wellenbad und Schwimmhalle.

25.-31.05.-- Während des Staatsbesuches Honeckers in Japan wird die Lieferung von 1.000 Mazda-PKW vereinbart.

20.06.-- Das Salzbergwerk Morsleben wird als Endlagerstätte für radioaktive Abfälle bestimmt.

13.08.-- Zum 20. Jahrestag des Mauerbaus kritisiert Honecker, dass Reagan die Neutronenbombe zulässt.

11.-13.12.-- Treffen Honeckers mit Schmidt am Werbellinsee.

13.10.-- In Polen wird das Kriegsrecht verhängt.

Jahr 1982

14.01.-- In der Kreuzkirche in Dresden findet vor 5.000 Teilnehmern ein Friedensforum statt.

25.01.-- Auf Initiative des Pfarrers Rainer Eppelmann wird der Appell „Frieden schaffen ohne Waffen“ verfasst.

20.02.-- In Berlin treffen erstmals Abgeordnete der Volkskammer mit solchen des Bundestages zusammen.

20.02.-- Während der Leipziger Messe trifft Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit der Wirtschaftskommission der DDR unter Leitung Günter Mittags zusammen.

09.03.-- Yasir Arafat, PLO Chef, wird in Berlin mit allen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen.

16.03.-- Das neue Hochhaus der Charite mit 23 Stockwerken wird eingeweiht.

29.03.-- Der polnische Partei- und Regierungschef Jaruzelski trifft zu Gesprächen in Berlin ein.

15.04.-- Sowjetische Streitkräfte stationieren SS-20-Raketen in der DDR (Honecker: „Das Teufelszeug muss weg.“)

20.09.-- Die Autobahn Hamburg-Berlin wird nach vier-jähriger Bauzeit freigegeben. Die BRD beteiligt sich mit 1.2 Milliarden DM.

Jahr 1983

04.-05.01.-- Die Parteichefs der Warschauer Vertragsstaaten bieten der NATO einen gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt an (die Initiative bleibt ohne Reaktion).

07.03.-- Honecker erhält den Lenin Orden und den Goldenen Stern der UdSSR.

21-03.-- Die Wartburg wird anlässlich des 500. Geburtstages Martin Luthers wieder eröffnet.

29.04.-- Die Bundesregierung übernimmt die Bürgschaft für den von Franz Josef Strauß ausgehandelten Kredit: 1 Milliarde DM für die DDR.

24.06.-- 10.000 Kampfgruppenmitglieder marschieren in Berlin anlässlich des 30-jährigen Bestehens der DDR auf.

15.07.-- Erstmals wird mit v. Weizsäcker ein regierender Bürgermeister Westberlins von Honecker empfangen.

15.09.-- Honecker kündigt den Abriss von Selbstschussanlagen an der Grenze an.

13.12.-- Außenminister Fischer weiht das Kulturzentrum in Paris ein.

Jahr 1984

01.01.-- Je 100 Haushalte in der DDR sind ausgestattet mit PKW: 42; mit Waschmaschinen: 96; mit Fernsehern: 121.

09.01.-- Die Deutsche Reichsbahn (DDR) übergibt die von ihr betriebene S-Bahn Westberlin unentgeltlich dem Westberliner Senat.

09.01.-- Die zweitmillionste Wohnung seit Beschluss des Wohnungsbauprogramms von 1971 wird von Honecker in Berlin übergeben.

19.02.-- Die Außenarbeiten an dem im Krieg stark zerstörten Berliner Dom sind abgeschlossen.

27.02.-- Der neue Friedrichsstadtpalast wird eingeweiht.

01.05.-- Die Mindestrenten werden um 30 Mark auf 300 erhöht, Frauen mit mehr als drei Kindern bekommen mehr.

02.05.-- Kim Il Sung ist auf Staatsbesuch in der DDR.

27.07.-- BRD-Minister Jenninger gibt die Gewährung eines Kredites von 950 Millionen DM bekannt.

04.09.-- Honecker muss seine geplante Reise in die BRD auf Druck Moskaus absagen.

12.09.-- Die DDR unterzeichnet mit VW einen Vertrag zur Lieferung von Motoren für Wartburg und Trabant.

01.10.-- Eröffnung des im Krieg völlig zerstörten Schauspielhauses in Berlin.

05.10.-- In der Charite werden die erste Retortenbabys des Ostblocks geboren.

Jahr 1985

07.01.-- Zur Vorbereitung der 750-Jahr-Feier Berlins gründet sich ein Festkomitee unter Vorsitz Erich Honeckers.

10.01.-- Gorbatschow wird zum Generalsekretär der KPdSU gewählt.

13.01.-- 150.000 Bürger nehmen an der Gedenkkundgebung zum 40 Jahrestag der Bombardierung Dresdens teil; Wiedereröffnung der Semperoper, Stück: Der Freischütz.

25.03.-- Friedensaufruf in Torgau von sowjetischen und amerikanischen Kriegsveteranen.

23.04.-- Honecker besucht Italien, Audienz beim Papst.

26.04.-- Der Warschauer Vertrag wird um 20 Jahre verlängert.

18.05.-- Honecker empfängt den damaligen Bundestagsabgeordneten Schröder.

15.09.-- Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands, besucht die DDR und vereinbart mit Honecker die Städtepartnerschaft Eisenhüttenstadt- Saarlouis.

01.10.-- Erstmals seit dem Fall Guillaume besucht Brandt wieder die DDR.

Jahr 1986

04.02.-- Das Marx-Engels-Forum wird in Berlin eröffnet.

09.02.-- Die Reisemöglichkeiten ins kapitalistische Ausland werden bei dringenden Familienfällen erweitert.

19.02.-- Der Volkskammerpräsident Sindermann trifft zu einem Besuch in Bonn ein.

16.03.-- Zum 100. Geburtstag Ernst Thälmanns wird ein Denkmal in Berlin eingeweiht.

16.03.-- Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD.

26.04.-- Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

02.10.-- Zwischen Mukran auf Rügen und Klaipeda in Litauen wird eine Fährverbindung eingeweiht.

Jahr 1987

- 09.01.-- Zur 750-Jahrfeier Berlins wird das Bode-Museum nach Renovierung wieder geöffnet.
- 18.01.-- ARD, ZDF und DDR Fernsehen schließen eine Kooperationsvereinbarung.
- 06.02.-- General Markus Wolf erhält den Karl-Marx-Orden beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst.
- 02.-05.03.-- Udo Jürgens im Friedrichsstadtpalast.
- 25.03.-- Bundeswehroffiziere sind erstmals Beobachter bei einem DDR Manöver.
- 26.04.-- Honecker empfängt Udo Lindenberg.
- 01.05.-- Das Kindergeld wird erhöht.
- 30.05.-- Der Französische Dom in Berlin wird wieder eröffnet.
- 01.06.-- In Berlin Unter den Linden wird das Grand-Hotel eröffnet.
- 12.06.-- US-Präsident Reagan besucht Westberlin und fordert Gorbatschow auf, die Mauer niederzureißen.
- 17.06.-- Die DDR-Regierung beschließt die Abschaffung der Todesstrafe.
- 10.-12.07.-- Erster Katholikentag in der Geschichte der DDR.
- 01.11.-- Die Einfuhr von Zeitschriften, Schallplatten und Arzneimitteln aus der BRD ist ab sofort möglich
- 07.-09.11.-- Honecker besucht die BRD.

Jahr 1988

- 07.01.-- Honecker wird erstmals von einem westlichen Staatspräsidenten empfangen: In Paris trifft er Francois Mitterand.
- 07.01.-- Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche (rund 300 Teilnehmer).
- 17.01.-- Während einer Kundgebung zum Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden ca. 120 Gegendemonstranten verhaftet.
- 25.02.-- In Bischoffswerda und Waren beginnt der Abzug sowjetischer Mittelstreckenraketen.
- 12.09.-- Der erste Megabit-Chip aus dem Forschungszentrum Mikroelektronik Dresden wird Honecker übergeben.
- 12.09.-- Gorbatschow kündigt vor der UNO einseitige Abrüstungsschritte an.
- 10/1998-- Besuch Kohls in Moskau zu Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands - ohne Kenntnis DDR.
- 01.10.-- Honecker verleiht Rumäniens Staatschef Ceausescu bei dessen Besuch den Karl-Marx-Orden.
- 14.11.-- Eine neue Verordnung über Reisen ins Ausland wird veröffentlicht.

Jahr 1989

13.01.-- Der Freidenkerverband der DDR wird gegründet.

19.01.-- Honecker versichert, dass die Mauer noch hundert Jahre stehen wird, wenn bis dahin die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt worden sind.

Anfang 1989-- Vernon Waters wird Botschafter der USA in der BRD. Als ehemaliger stellvertretender Direktor der CIA war er u.a. an den konterrevolutionären Aktivitäten in Guatemala, Nicaragua und Afghanistan beteiligt, der Papst und die polnische Solidarnoc waren eine seiner Aufgaben. In die BRD wurde er als Botschafter der USA mit den Worten seines Präsidenten geschickt: „Dort wird es ums Ganze gehen“. Er arrangierte z.B. den geheimen Deal zwischen Ungarn und der BRD über die Grenzöffnung, weil das Land pleite und deshalb erpressbar war.

3/1989-- Ungarn betrachtet sich nicht mehr als sozialistisches Land.

02.05.-- Ungarn beginnt mit der Demontage der Grenzsicherungen zu Österreich.

27.06.-- Österreichs Außenminister Mock und Ungarns Regierungschef Horn durchschneiden den Drahtzaun. Wenige Minuten später nutzen hunderte DDR-Bürger diese Möglichkeit zum Grenzübertritt.

6/1989-- Horn landet in geheimer Mission auf einem USA-Flugplatz in der BRD und bespricht mit Kohl und Genscher Details. Kohl: „Das werden Ihnen die Deutschen nie vergessen.“

16.06.-- Die Ständige Vertretung der BRD in Berlin muss wegen Überfüllung geschlossen werden. 130 DDR Bürger wollen von hier aus die Ausreise erzwingen.

19.08.-- Bei einer Veranstaltung der „Paneuropa-Union“ (damaliger Präsident: Otto von Habsburg) an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich kommt es zum Übertritt vieler DDR-Bürger nach Österreich mit Weiterreise in die BRD. Der Maltheser-Orden hatte auf Campingplätzen mit Flugblättern DDR-Bürger aufgefordert, ihr Glück doch einmal in der BRD zu versuchen.

25.08.-- Treffen Kohl, Genscher, Nemeth, Horn im Schloss Gymnich bei Bonn: Weichenstellungen für die Wiedervereinigung Deutschlands werden vorgenommen, die Kohl-Regierung wünschte die Grenzöffnung am 11. 9. zum Beginn des CDU-Parteitages, was Ungarn erfüllte. Das ungarische Vorgehen war mit Gorbatschow abgestimmt.

07.09.-- Die Stoph-Regierung tritt zurück.

20.09.-- Nach der ersten Grenzöffnung am 11.09. öffnet Ungarn die Grenze zu Österreich nun offiziell und pauschal für DDR Bürger. 6.500 reisen aus. Ungarn erhält kurz danach die Meistbegünstigungsklausel des Internationalen Währungsfonds (IWF).

25.09.-- An den Leipziger Montagsdemonstrationen nehmen bereits über 5.000 Menschen teil.

30.09.-- Genscher verkündet vom Balkon der Prager BRD-Botschaft die Ausreise in die BRD für die vor allem aus der DDR gekommenen „Besetzer“ des Botschaftsgebietes.

7.-8.10.-- Im scharfen Gegensatz zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR demonstrieren in Leipzig, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Dresden und weiteren Orten mehr als 60.000 Menschen mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ - offiziell zur Verbesserung und Demokratisierung der DDR, tatsächlich zum Zweck ihrer Zerstörung.

18.10.-- Erich Honecker wird als Generalsekretär der SED gestürzt. Sein Nachfolger wird Egon Krenz.

19.10.-- Kohl tritt in Dresden für die Mauerbeseitigung ein und wird mit Rufen „gehört“: „Helmut, nimm uns an die Hand und führe uns ins Wirtschaftswunderland.“

04.11.-- 500.000 Menschen fordern auf dem Alexanderplatz in Berlin demokratische Reformen in der DDR. Aufgerufen hatten der Verband der Bildenden Künstler, der Verband der Film- und Fernsehschaffenden und das Komitee für Unterhaltungskunst.

09.11.-- Schabowski gibt die Öffnung der Grenze zu Westberlin bekannt.

09.11.-- Die BRD beschließt die „Währungsunion“ mit der DDR, d.h. die Einführung der DM in der DDR. Die Umsetzung dauert noch einige Monate.

13.11.-- Hans Modrow wird neuer Ministerpräsident der DDR.

17.11.-- Im Bundestag herrscht die Lüge: alle Parteien sprechen sich „gegen eine Einmischung in die DDR-Bewegungen“ aus.

03.12.-- Das Politbüro der SED mit Krenz an der Spitze tritt zurück.

8./9. und 16./17.12.-- Sonderparteitag SED/PDS, auch als „Putschparteitag“ bezeichnet. Die SED wird als marxistisch-leninistische Organisation zerstört, der Grundstein für eine sozialdemokratische Entwicklung gelegt. Gysi wird Vorsitzender.

12.12.-- Die Auflösung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse wird vom Ministerrat der DDR beschlossen. Ihre Entwaffnung war bereits am 6.12. angeordnet worden.

14.12.-- Anordnung zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit.

31.12.-- Waigel sagt zu den Kaukasusberatungen mit Ungarn: „Für 15 Milliarden DM haben wir das erreicht (gemeint ist das Ende der DDR). Das ist der große Vorteil von Angebot und Nachfrage.“

Jahr 1990

Ab Januar-- Auflösung der Basisorganisationen der SED (PDS) in den Betrieben, in den staatlichen Einrichtungen, in den wissenschaftlichen Einrichtungen und in den bewaffneten Organen. Übergang zum Territorialprinzip der Basisorganisationen (Wohnort).

10.01.-- Martin Ziegler, Ko-Autor des Runden Tisches, sagt, die Parole „Wir sind ein Volk“ sei „von außen“ in die Bürgerbewegung hineingetragen worden.

01.02.-- Zurück von seinem Moskau-Besuch gibt Modrow eine Pressekonferenz, auf der er unter der Parole "Deutschland, einig Vaterland" überraschend einen Vierstufenplan für die deutsche Einheit vorstellt. Als Reaktion auf Modrow unterbreitet BRD-Finanzminister Theo Waigel am 2. Februar den Vorschlag, die D-Mark direkt als offizielles Zahlungsmittel in der DDR einzuführen.

13.02.-- Besuch Modrows in Bonn. Es wird die Bildung einer Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft vereinbart.

23.02.-- Selbstauflösung der HVA (Auslandsaufklärung der DDR).

18.03.-- Volkskammerwahlen in der DDR, Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“. (Beobachter Bahr: Es seien die schmutzigsten Wahlen gewesen, die er je beobachtet habe.) Ministerpräsident der DDR ab jetzt de Maiziere.

18.05.-- de Maiziere unterzeichnet in Bonn den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

17.06.-- Kohl und Gorbatschow einigen sich im Kaukasus darüber, dass das künftige vereinte Deutschland „frei und selbst“ über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden soll. Damit wurde das Territorium der DDR der Nato übergeben. Der Ministerpräsident der noch existierenden DDR, de Maiziere, war zu dieser Verhandlung nicht eingeladen.

01.07.-- Einführung der DM als Zahlungsmittel in der DDR.

12.09.-- Die „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen in Moskau sind abgeschlossen. Die Außenminister der vier Mächte unterzeichnen und erklären den Verzicht auf ihre bisherigen Vorbehalts- und Besatzungsrechte aus der Nachkriegszeit in Bezug auf Deutschland als Ganzes. Damit sind die äußeren Aspekte der Einheit geregelt und das neue imperialistische Gesamt-Deutschland hat alle Einschränkungen, die mit seiner imperialistisch/faschistischen Vergangenheit zu tun hatten, abgeschüttelt.

21.09.-- Volkskammer und Bundestag ratifizieren den Einigungsvertrag.

03.10.-- Die DDR tritt nach Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes der BRD bei und hört auf zu existieren.

Aufgeschrieben im Jahr 2003, Gerhard Schiller. Redaktionell bearbeitet von der Redaktion offen-siv.

Horst Schneider: „Chef-Stasijäger“ Roland Jahn im „Neuen Deutschland“

Wenn Roland Jahn, der dritte Chef-Stasijäger nach Joachim Gauck und Marianne Birthler, im „Neuen Deutschland (ND, 14./15. Juni 2014) für ein Interview zwei Seiten erhielt, dürfte mancher vermutet haben, dass Feuer und Wasser aufeinander prallen. Aber es zischte und es brodelte in den Medien kaum. Es gab wohl Interessen und

Aufträge, die beide Seiten, die Interviewer Gabriele Oertel und Tom Strohschneider, wie auch Roland Jahn bedachten.

Roland Jahn zog sich für die Zeit des Interviews den Schafspelz an.

Roland Jahn hat eine besondere Geschichte als DDR-„Dissident“ und eine in der Welt einmalige Mission, die ihm der Bundestag übertragen hat: die Geschichte der DDR als Ausgeburt einer totalitären Diktatur der „Stasi“ zu erklären.

Das schloss nicht aus, dass es nach der Bemerkung eines der beiden Interviewer „Da war auch Gutes“ aus Jahn herausprudelte: „Na klar, die Menschen, mit denen wir dort gelebt haben. Ich hatte viele Freunde in der DDR, mit denen wir es uns schön gemacht haben. Ich hatte viel Spaß, gerade in Jena – wir zogen mit Hunderten von Jugendlichen über die Berge; wir lebten ein schönes Leben. Selbst in extremen Situationen im Gefängnis in Cottbus habe ich dieses Gefühl nicht verloren: Dort gibt es viele gute Menschen mit Werten, Häftlinge, die die Menschenrechte hochhielten, die sich einsetzten für andere, das war gut zu erfahren.“

Erstaunlich! Auch Joachim Gauck und Marianne Birthler haben von ihrer Jugend in der DDR geschwärmt. Aber im „ND“ ging Jahn einen Schritt weiter. „Ich verstehe Menschen, die die DDR nicht nur auf Repression und Staatssicherheit reduzieren wollen, sondern die sagen: „Wir haben einen Alltag erlebt, der sah anders aus.“

Wem hilft Jahns „Verständnis“, wenn seine Institution, die - aus Steuergeldern finanziert – den Alltag der DDR in eine „totalitäre“ Hölle verwandelt?

Ergibt sich Jahns Rolle automatisch aus seinem „Widerstand“ in der DDR? Wenden wir uns dem Interview zu.

Die erste Frage galt den Gefühlen Roland Jahns im Herbst 1989. Sein erster Satz: „Mir schien es schon 1987 so, dass es bald wieder möglich sein werde, sich wieder mit Freunden auf dem Alexanderplatz in Berlin zutreffen.“ Für wie viele Menschen war das 1961 und 1989 eine Selbstverständlichkeit und Gewohnheit. Die Weltzeituhr war damals der beliebteste Treffpunkt für Berlin-Besucher.

Aber Jahns Tränen flossen erst im Herbst 1989: „1989 habe ich beim Fernsehmagazin ‚Kontraste‘ des Senders Freies Berlin (SFB) gearbeitet. Freunde von mir haben in der DDR mit Videokameras die Demonstrationen gefilmt, vor allem die in Leipzig am 9. Oktober. Die Aufnahmen wurden über die Grenzen geschmuggelt und als ich dann diese Bilder für die Sendung bearbeitet habe, flossen die Tränen. Das war der Moment, an dem ich wusste: Das ist das Ende der DDR.“

Lassen wir Jahns Tränen und bleiben wir bei den Fakten: Jahn peitsche über die BRD-Medien die „Spontanen“ Demonstrationen in Leipzig, die „unter dem Dach der

Kirche“ organisiert und von Kirchtürmen aus gefilmt wurden, mit Losungen und Stimmungsberichten an. Darf vermutet werden, dass sich hier unter veränderten Bedingungen wiederholte, was Egon Bahr über die Rolle des RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) am 17. Juni 1953 gesagt hat? Ohne uns hätte der 17. Juni so nicht stattgefunden. Aber 1989 galten zwischen beiden deutschen Staaten das Nichteinmischungsgebot der UNO-Charta und die Helsinki-Prinzipien. Wussten Jahn und seine Auftraggeber das nicht?

Der zweite Fragenkomplex betraf die Sorgen und Ängste Jahns im Herbst 1989, es könnte in der DDR so etwas wie in Peking geschehen: „Gerade im Oktober 1989 waren diese Sorgen sehr groß.“ Jahn dankte 2014 den Demonstranten, die friedlich geblieben waren, fügte aber hinzu: „Aber man (?) sollte auch denen dankbar sein, die Waffen in der Hand hatten und sie nicht benutzt haben.“ Der Satz verlangt Aufmerksamkeit. Wer ist „man“? Wie hat denn die neue Obrigkeit Egon Krenz gedankt, dass er, wie in seinem Gerichtsurteil bestätigt, den Waffeneinsatz verboten hat? Ist Moabit eine Kathedrale des Dankes geworden?

Wer hat in Dresden Generalmajor Horst Böhm und andere in den Tod gehetzt?

Könnte es sein, das Jahn nur in die Tonga des Pontius Pilatus schlüpfen möchte?

Er tadelte, dass es bei der „Aufarbeitung der Geschichte“ (die Richard von Weizsäcker von Anfang an für unmöglich hielt) eine „Fixierung auf die Staatssicherheit gegeben“ habe. „Da hat man es sich zu oft zu leicht gemacht, es sind Menschen in die Ecke gestellt worden.“ „In die Ecke gestellt“? Ist *man* jetzt Subjekt der Geschichte? Hat Jahn die hasserfüllten Reden Kohls, Waigels, Kinkels und Gaucks nicht in seinem Bücherschrank?

Und nun fordert er, auch solche Zeitzeugen zu hören, - „auch solche, die bei der Stasi waren. Das ist noch ein mühsamer Weg.“ 25 Jahre nach der so genannten „Wende“!

Wir lesen bei Jahn 2014: „Der Blick auf die DDR-Geschichte sollte vielfältig sein. Jeder hat seine Erfahrungen gehabt und jeder hat das Recht, auch diese Erfahrungen zu schildern und seine Sicht auf die Dinge zu erzählen. ... Ich bin gegen offizielle Bilder. Es gibt keine staatliche Geschichtspolitik.“ Das klingt wie „Ich wasche meine Hände in Unschuld“. Aber so einfach ist das Problem nicht aus der Welt.

Zum ersten Satz: Hat Jahn ihn bei Egon Krenz abgeschrieben? Bei Krenz endet der Exkurs über die Einmaligkeit jeder Biographie: „Vielleicht versuchen wir es mal mit der Wahrheit? Wir reden die Bundesrepublik nicht mehr schöner als sie ist, und wir machen die DDR nicht schlechter, als sie tatsächlich war.“ (Gefängnis-Notizen, S. 230)

Zum letzten Satz: Die Behauptung Jahns, es gäbe kein „verordnetes“ Geschichtsbild, ist eine grobe Unwahrheit. Oder ist das Gedenkstättengesetz vom Bundestag klammheimlich aufgehoben worden? Wurde das Hannah-Arendt-Institut (und andere ähnliche Institute) aufgelöst, ohne dass BILD es merkte?

Roland Jahn ist selbst Zeuge seiner Lügen. Am 9. Mai 2014 nahm er an der „feierlichen Eröffnung“ der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden teil. Hat er sich mit „Zeitzeugen“ getroffen, wie er das im ND fordert? Welcher frühere Mitarbeiter des MfS ist je von Dr. Wagner, dem Initiator des Gedenkens, und seinen Mitarbeitern gefragt worden?

An zwei Stellen des Interviews äußert sich Jahn auch zum „Wesen der Demokratie“. Ein Beispiel ist für ihn, dass das Parlament selbst entscheidet, wann es Beratungsbedarf hat. Aber wer bestimmt den „Bedarf“, z.B. den „Bedarf an Aufarbeitung“ von Geschichte (die vergangen und unabänderlich ist)?

Geradezu genial ist, wie Jahn den Unterschied von Abhörpraktiken in der DDR und in der BRD erklärt: „In der Demokratie wird geprüft, wie viel Freiheit eingeschränkt werden darf, um die Freiheit zu schützen.“ *Wessen* und *welche* Freiheit. *Wer prüft?* Auch Jahns Behörde? Dann hätte sie eine Aufgabe, die Jahns Job auch in alle Zukunft sichert.

Nun bleibt noch die Stelle in Jahns Antworten, die das ND zur Überschrift machte: „Es war auch eine Befreiung derer, die das System getragen haben.“ Wovon sind sie denn „befreit“ worden? Von ihrer Arbeit zum Schutz des ersten deutschen Friedensstaates? Das löst Freude aus?

Könnte es sein, dass Jahn hier Richard von Weizsäcker kopieren wollte? Der hat vor fast zwanzig Jahren verkündet: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Will Jahn Gleichheitszeichen setzen zwischen der Befreiung Deutschlands vom Faschismus 1945 und der „Befreiung“ der DDR-Bürger von Frieden und Volkseigentum 1989?

Soll ich hier aufzählen, welche sächsischen Spitzenpolitiker das schon getan haben?

Der Streit um die (relative) Wahrheit verlangt, Lügen und Lügner zu widersprechen, unabhängig davon, wer sie druckt.

Horst Schneider

Disput über unsere Orientierung - Antwort auf Ingo Wagner

Frank Flegel: Wege des Revisionismus

1-- Warum die Debatte?

Es gibt schon länger und anlässlich des Mai-Juni-Heftes der offen-siv mit dem Beitrag von Ingo Wagner „Der Weg für die abermalige Herausbildung einer einflussreichen Partei in Deutschland“ einige Diskussionen und nach meiner Auffassungen auch Missverständnisse, was den Umgang mit antileninistischen, revisionistischen Theoretikern und ihren Beiträgen angeht: Uns wird z.B. vorgeworfen, „Revisionisten wie Ingo Wagner in der offen-siv eine Plattform zu bieten“ und wir werden dort auch gleich den prinzipienlosen Zentristen zugerechnet (Internet-Seite der KI) oder Genossen teilen mit, dass sie ihren Namen nicht neben dem Ingo Wagners sehen wollen.

Ich halte diese Herangehensweise an das Problem für falsch, denn tuschweigen nützt nichts, der Revisionismus ist zu bekämpfen, und zwar konkret. D.h., dass wir die jeweiligen Argumentationen analysieren müssen – schließlich kommt der Revisionismus in immer neuem Gewande daher, obwohl er am Ende fast immer bei den gleichen Formen der Abweichung landet. Aber die „Verpackung“ wechselt je nach Situation. Das Dechiffrieren dieser „Verpackungen“, das Aufdecken der Verdrehungen, das Lüften der Nebelvorhänge muss unsere Aufgabe sein, nur so helfen wir den Genossinnen und Genossen in ihren Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus. Den Bannstrahl halte ich für weniger geeignet und das Motto: wer sich mit Ingo Wagner oder anderen Revisionisten beschäftigt ist selbst einer ist schon fast absurd.

Für die kommunistischen Kräfte ist die Aufgabe in einer nichtrevolutionären Situation – unsere heutige ist zudem noch immer zutiefst konterrevolutionär – die Reihen zu schließen, Bildungsarbeit zu organisieren, einen festen Kader zu schmieden. Davon ist die kommunistische Bewegung in Deutschland zugegebener Maßen ziemlich weit entfernt. Die Ursache dafür liegt in der Spaltung und Zersplitterung. Und diese hat eine ihrer wichtigsten Ursachen in der mangelnden theoretischen Klarheit, die immer wieder dazu führt, alles Mögliche an Abweichung zu akzeptieren, z.B. keine Klarheit zu haben über den Imperialismus, so dass solche „Theorien“ wie die vom „kollektiven Imperialismus“ tatsächlich hoffähig sind, z.B. keine Klarheit zu haben über den Unterschied zwischen einer kommunistischen Organisation und einem politischen Bündnis, so dass man an eine mögliche kommunistische Einheit ähnlich vielschichtig herangeht wie an ein Bündnis, z.B. keine Klarheit zu haben über das Ziel der kommunistischen Bewegung, die Diktatur des Proletariats und die Ersetzung der kapitalistischen Ökonomie durch die Planwirtschaft (siehe Kommunistisches Manifest!) so dass man die unterschiedlichsten Konzepte von sozialistischer Marktwirtschaft und Sozialismus

des 21. Jahrhunderts nicht als revisionistische Aufweichung, sondern als moderne Weiterentwicklung des Marxismus bezeichnet, vor allem aber – nach 25 Jahren! – noch immer keine theoretische Klarheit über die Ursachen der Niederlage des Sozialismus und den Sieg der Konterrevolution in Europa zu haben. Hier stehen sich zwei sich gegenseitig ausschließende Begründungen diametral gegenüber: der revisionistische Flügel der kommunistischen Bewegung in Deutschland hängt der These an, dass Stalin die Ursache für die Niederlage sei, die marxistisch-leninistischen Teile haben demgegenüber ausführlich begründet, warum es der Revisionismus war, der in den Abgrund führte. Und bei den sich zentristisch verhaltenden Teilen der hiesigen kommunistischen Bewegung „in der Mitte“ herrschen noch immer Ausflüchte vor wie: „das muss noch genauer analysiert werden“, „das hatte innere und äußere Ursachen“, „wir sehen Licht und Schatten“ und Ähnliches.

2-- Der Revisionismus und seine Folgen

Damit die Dimension deutlich wird, um die es geht, sei hier kurz umrissen, was der Revisionismus bisher weltgeschichtlich bewirkt hat (man könnte auch sagen, welches scheinheilige, in Wahrheit aber blutriefende Monster er ist).

Der erste große Einschnitt war der Verrat der meisten sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale 1914. Sie gingen fast alle auf Positionen ihrer je nationalen Bourgeoisien über und ließen damit die revolutionären, in scharfem Widerspruch zur Kriegstreiberei ihrer Bourgeoisien stehenden Teile des Proletariats führungs- und orientierungslos, ja führten sie in den Krieg. Das ist jetzt 100 Jahre her – und hatte natürlich einen Vorlauf, am Beispiel Deutschlands dargestellt: den Zentrismus der SPD-Führung seit Ende des 19. Jahrhunderts, wonach die Einheit der Partei wichtiger war als der Kampf gegen die Rechtsabweichung. Die Folgen waren das Auseinanderbrechen der II. Internationale und die ungebremste Entfesselung des Ersten Weltkrieges.

Der zweite große Einschnitt ereignete sich nur wenige Jahre später: 1918/19. Die Sozialdemokratie in den Kernländern Europas verriet und bekämpfte die revolutionären Anläufe des Proletariats nach dem Krieg, Ebert hasste die Revolution, Noske spielte den Bluthund und richtete unter den Revolutionären ein Blutbad an, ähnlich verlief es in Österreich. Hier sei nochmals Otto Bauer zitiert: *„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefährlichen Konflikten in Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: die bewaffnete Macht war kein*

Instrument gegen die von revolutionärer Leidenschaft erfüllten Proletariermassen. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufuhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten“ (Zitiert nach Schmetterlinge, Proletenpassion). Diese Niederlage der revolutionären Kräfte, wesentlich ausgelöst durch die Politik der Sozialdemokratie, ermöglichte es der deutschen Bourgeoisie, die Macht zu behaupten und später die Weimarer Republik durch den Hitlerfaschismus zu ersetzen. Insofern war die Sozialdemokratie damals tatsächlich der Steigbügelhalter des Faschismus und insofern hat der Revisionismus zwar nicht direkt den Zweiten Weltkrieg auf dem Gewissen, aber er hat die Möglichkeiten geschaffen, dass dieser Krieg von der deutschen Bourgeoisie vom Zaun gebrochen werden konnte.

Eine Partei hatte sich 1917 anders verhalten: die russische, also die Parte Lenins. Und diese Partei sollte es auch sein, die in der Sowjetunion die Möglichkeiten geschaffen hatte, knapp 30 Jahre später den Hitlerfaschismus niederzuringen (während die deutsche SPD Anfang 1933 ihren Vorstand „judenfrei“ machte, um einem möglichen Verbot zu entgehen).

Was der Revisionismus 1914 und 1918/19 angerichtet hat, sind unglaubliche Verbrechen, die millionenfaches Sterben und ebenso millionenfaches Elend hervorbrachten und zu einer grundlegenden Spaltung der Arbeiterbewegung – und damit ihrer strategischen Schwächung – führten.

Aber das war noch längst nicht alles, was der Revisionismus hervorgebracht hat. Nach 1945 gab es in Westeuropa einige Volksfrontregierungen, also Regierungen unter Beteiligung der kommunistischen Parteien. Chruschtschows „parlamentarischer Weg“ erwies sich allerdings als wenig erfolgreich: es wurden wenige soziale Verbesserungen erreicht, die kommunistischen Parteien verloren aber an Ansehen und Einfluss. In den 70er Jahren entwickelte sich aus dieser Linie der so genannte „Eurokommunismus“, der eine Abkehr vom Ziel der kommunistischen Parteien, nämlich der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Planwirtschaft und langfristig dem Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft bedeutete und selbstverständlich auch Lenins Revolutions- und Parteitheorie über Bord warf. Die Parteien, die sich mit dieser Linie ganz oder teilweise anfreundeten wie die spanische, die französische und die italienische (die letztgenannte hat in diesem Zusammenhang z.B. einmal formuliert, dass die NATO der Garant für einen italienischen Weg zum Sozialismus sein könnte!), sind heute entweder nicht mehr existent oder ausgesprochen unbedeutend.

Weitere revisionistische Gewächse waren Imre Nagy, der 1956 in Ungarn die parlamentarische Demokratie und ein Mehrparteiensystem einführen wollte und einen Sonderstatus für sein Land innerhalb der RGW- und Warschauer-Pakt-Staaten forderte sowie Ota Sik und Alexander Dubcek in der Tschechoslowakei, wo schon seit 1963 so genannte „Reformbestrebungen“ zunächst wirtschaftlicher Art (mehr Markt, mehr Privateigentum, weniger Staat, also das Übliche) innerhalb der Partei entstanden und sie in zwei Flügel spalteten, und 1968 dann auch politische „Reformen“ von Dubcek durchgeführt wurden. Beides waren konterrevolutionäre Anläufe, die durch den Revisionismus vorbereitet wurden – wobei sich die Führer durchaus auch westlicher Gelder und Agenten bedienten. Diese beiden Anläufe mussten von der sowjetischen Armee niedergeschlagen werden. Nachträglich kann man sagen, dass das, was in diesen beiden Ländern versucht wurde, dann in der Sowjetunion mit Gorbatschow gelang.

Womit wir bei der größten Katastrophe sind, die der Revisionismus zu verantworten hat. Sie bahnte sich ab Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts an und vollendete sich 1989/90/91: das Ende des Sozialismus in Europa. In der SED hatten sich sozialdemokratische Tendenzen entwickelt („demokratischer Sozialismus“), die ungarische Partei war schon fast vollständig zerfressen, die tschechoslowakische hatte sich sowieso nur sehr mühsam und nie richtig vom so genannten „Prager Frühling“ unter Dubcek erholt und in der KPdSU waren die revisionistischen, offiziell: reformorientierten Kräfte seit Chruschtschow aktiv. Einen Rückbau sozialistischer Produktionsverhältnisse gab es seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre, es folgten die wirtschaftliche Rechnungsführung der Einzelbetriebe, die teilweise Einbehaltung des Gewinns in den Betrieben, die eigenständige Investitionstätigkeit usw., d.h. die systematische Schwächung der gesellschaftlichen Planung zugunsten der Individualisierung des Wirtschaftsgeschehens, der Stärkung der Warenzirkulation und die Ausweitung der Geltung des Wertgesetzes. Die Macht der Betriebsleiter wuchs, der Einfluss der Plankommission sank. Die KPdSU war nach dem Tod Breschnews innerlich gespalten. Man wählte zunächst zwei „Übergangs-Generalsekretäre“, beide relativ alt und krank: Andropow (von 1982-1984), und Tschernenko (von 1984-1985), letzterer relativ hilflos zwischen den Flügeln der KPdSU lavierend. 1985 setzte sich dann der rechte Flügel (die „Reformer“) durch, Gorbatschow wurde Generalsekretär – und damit war der Revisionismus direkt an der Macht.

Gorbatschow hatte über sich selbst gesagt: *„Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus, der eine unerträgliche Diktatur über das Volk ist.“* (Universität Ankara, 1999). Nun hat er selbstverständlich nicht den Kommunismus zerschlagen, aber die KPdSU und die Sowjetunion. 1987 schon verhandelte er mit der BRD über die Aufgabe der DDR, 1989 siegte die Konterrevolution in der DDR, ebenfalls 1989 gab Gorbatschow die sozialistische Regierung Afghanistans der Konterrevolution preis (die sich dort 1992 blutig vollzog) und 1991 wurde zunächst der Warschauer

Pakt und dann die Sowjetunion aufgelöst – was das Ende des Sozialismus in Europa auch staatlich besiegelte. Dies Zerstörungswerk erfasste selbstverständlich auch die davon betroffenen marxistisch-leninistischen Parteien, sie wurden entweder verboten oder in sozialdemokratische Parteien umgewandelt, siehe die Entwicklung der SED zur PDS.

Aber zurück zu Gorbatschows Agieren. Interessant ist, mit welchen Worthülsen und Vernebelungsstrategien vorgegangen wurde:

z.B.: „Das gemeinsame Haus Europa“ – eine Parole, die Klassenunterschiede und gegensätzliche Gesellschaftsordnungen ausblendet;

z.B.: „Das neue Denken“ – als ginge es nicht um Gesellschaftsordnungen, sondern allein um Ideen, - übrigens eine sehr typische Front des Revisionismus, das Aufweichen der philosophischen Grundlagen des Materialismus;

z.B.: Als nicht alle in den neuen Kurs einschwenkten, nannte er diejenigen, die am Marxismus-Leninismus festhalten wollten, die „Rechten“, während er sich und seinen gleichem als „links“ bezeichnete – eine Begriffsverwirrung ohne Ende, die immensen Druck aufbaute, denn wer will schon „rechts“ sein;

z.B.: „Menschheitsinteressen vor Klasseninteressen“ – eine Parole, die eine Art Großzügigkeit der Kommunisten vorgaukelt, die für das Überleben der Menschheit die Interessen der Arbeiterklasse zurückstellen, so als sei Klassenkampf zu gefährlich, es drohe nämlich der Atomkrieg, und ehe dann die Menschheit untergeht, gibt man lieber die eigenen Positionen auf. Die Parole klingt ausgesprochen verantwortungsvoll, sie ist es aber nicht, denn für den Erhalt des Friedens gilt nur der eine Satz: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“.

Und zu dieser verwirrenden Losung „Menschheitsinteressen vor Klasseninteressen“ passt zum Schluss dieser unvollständigen Aufzählung noch die folgende Lüge: Die Rede von der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ – diese Parole ist heute nur noch eine Lachnummer, denn Kriege verhindert hatte bis dahin allein die Stärke der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers. Ich komme später darauf zurück, was seit deren Ende geschehen ist.

Vorher aber noch einmal zu Gorbatschows Umgestaltungen. In welche Richtung diese Umgestaltungen gelenkt wurde und wie sie kaschiert wurde, zeigt folgendes Zitat aus einer Rede Gorbatschows auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 29. Juli 1988 (und man achte besonders auf den zweiten Teil, die Industrie betreffend):

„Das Wesen der Umgestaltung besteht darin, verschiedene Formen der Realisierung des sozialistischen Eigentums praktisch zu nutzen. Wir können diese Aufgabe lösen durch die umfassende Einführung der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsfüh-

rung und Selbstfinanzierung, des Leistungs- und Pachtvertrages allerorts, ... durch die Gründung von Familienfarmen und anderen Produktionsstätten, die auf Grund eines langfristigen Vertrages Boden in Pacht nehmen ... und durch die allseitige Förderung der persönlichen Hofwirtschaften.

Kurzum, wir müssen der Eigenständigkeit und dem Verantwortungsbewusstsein der Produzenten breiten Spielraum gewähren und den Agrarmarkt allseitig entwickeln. ...

Es gibt daran nichts, was nicht sozialistisch wäre. Das ist der richtige Sozialismus, denn er stellt den Menschen in den Vordergrund. Der Sozialismus muss vor allem mit der Entfremdung des Menschen von den Produktionsmitteln ... Schluss machen.

Im übrigen kann man sich nicht auf die Einführung der Wirtschaftlichen Rechnungs-führung auf der Ebene der Kolchosen und Sowchosen begrenzen, ihr muss durch den Pachtvertrag der zweite Atem verliehen werden. Dem Menschen muss man die Möglichkeit bieten, sein Talent als Landwirt zur Geltung zu bringen, auf dem Boden so zu arbeiten, wie er es für notwendig hält, und er weiß besser als wir, wie das zu machen ist. Und das darf Sie nicht in Verlegenheit bringen. Auf diesem Wege werden wir keine Niederlage erringen. ... Beim Pachtvertrag wird der Mensch zum wahren Herren des Bodens und daran interessiert, die gepachteten Bodenflächen und andere Produktionsmittel höchstmöglich effektiv zu nutzen und den höchstmöglichen Nutzef-fekt zu erzielen.

Und sehen Sie, was in der Industrie geschieht. Den Menschen gibt man schlecht ar-beitende Abteilungen und Werke in die Pacht, und das erste, was sie machen, ist die Verminderung der Zahl der Beschäftigten um ein Drittel und des leitenden Personals um die Hälfte oder gar ein Drittel, sie packen die Sache richtig an und machen den Betrieb in sieben bis acht Monaten oder höchstens einem Jahr rentabel. ... Die Pachtbeziehungen gestatten es, die Potenzen des sozialistischen Eigentums besser zu realisieren; mit ihrer Hilfe werden die Interessen der Gesellschaft und die Anreize für eine hochproduktive und effektive Arbeit sichergestellt;... Der Mensch erhält die Möglichkeit, seine Fähigkeiten in der Praxis zur Geltung zu bringen und zu realisie-ren, sein schöpferisches Potential aufzudecken und sich zu bewähren. Und das löst bei ihm eine immense Befriedigung aus.“⁵

Fazit: die Planwirtschaft wird aufgelöst, die Privatwirtschaft wird als „sozialistisch“ ausgegeben, die Landwirtschaft wird kleinbäuerlich, Marktbeziehungen werden zum entscheidenden Mechanismus, Industriebetriebe werden privatisiert, die gesellschaftliche Effizienz (Stalin) wird durch die betriebswirtschaftliche ersetzt, sprich: der Kapitalismus wird eingeführt – unter dem Deckmantel der Verbesserung und Demokra-

⁵ M. Gorbatschow, Glasnost. Das neue Denken, Ullstein-Verlag, Frankfurt/M, 1989, S. 59ff.

tisierung des Sozialismus, ja der Schaffung des „richtigen“ Sozialismus, und alles wird so menschlich...

Gerhard Schnehen schreibt in offen-siv 8-2014: „Schon 1987 ging die Regierung Gorbatschow dazu über, staatliches und kooperatives Eigentum zu reprivatisieren.

Die staatlichen und kooperativen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Sowchosen und Kolchosen) wurden zur Disposition gestellt. Es war die Geburtsstunde der späteren Oligarchen, darunter Chodorkowski.

Die Journalistin und Autorin Loretta Napoleoni beschreibt in ihrem Buch „Rogue Economics“ (Schurkenwirtschaft) wie man vorging, um das staatliche Eigentum in der Sowjetunion unter Gorbatschow ab 1987 zu beseitigen, wie die „ursprüngliche Akkumulation“ des Oligarchenkapitals konkret ablief, wie sich der einstige Moskauer Komsomolze und spätere Öl-Oligarch Chodorkowski sein Yukos-Vermögen unter der Regierung Gorbatschow, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen für diesen Diebstahl lieferte, zusammenstahl und welche Rolle Gorbatschow selbst und seine Umgebung als Geburtshelfer dabei spielten, wie sie es anstellten, Bucharins konterrevolutionäres, auf die volle Wiederherstellung des Kapitalismus gerichtetes Programm, dass er fünfzig Jahre vorher für die Sowjetunion unter Stalin schon geplant hatte, mit Verspätung in die Tat umzusetzen.“⁶

Ich hatte oben angekündigt, darauf zurückkommen zu wollen, was nach dem Ende der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in Europa geschah: Nach 1990 kam der Imperialismus wieder ungebremst zu sich selbst und die Parole von der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ zeigte ihre ganze Absurdität. Die folgende Aufzählung der Kriege erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1990/91: Erster Irak-Krieg

1991-1994: Jugoslawien-Krieg (in mehreren Etappen)

1994-1996: Erster Tschetschenien-Krieg

1999: Jugoslawien/Kosovo-Krieg

1999-2009: Zweiter Tschetschenien-Krieg

2001: Afghanistan-Krieg und Besetzung des Landes durch imperialistische Truppen

2003: Zweiter Irak-Krieg und Besetzung des Landes durch imperialistische Truppen

2006: Libanon-Krieg

2008: Kaukasus-Krieg (Georgien)

2008: Gaza-Krieg

Seit 2011: Syrien-Krieg

2011: Libyen-Krieg

⁶ Gerhard Schnehen: Nachwort, aus: offen-siv 8-2014, S. 68

2014: Gaza-Krieg

2014: Putsch und Krieg in der Ukraine

Das und noch vieles mehr verantwortet der Revisionismus, denn durch seine Zersetzungsarbeit konnte der Erste Weltkrieg nicht verhindert werden, wurden revolutionäre Aufstände am Ende des Ersten Weltkrieges niedergeschlagen, gingen die Sowjetunion und das sozialistische Lager in Europa unter, wurden mehrere vorher große Kommunistische Parteien zerstört und sind seit 1990 wieder imperialistische Kriege möglich, denen keine ebenbürtige militärische Macht mehr gegenübersteht und gegen die sich die jeweils betroffene Bevölkerung nicht oder nur mit militärisch unterlegenen Waffen wehren kann.

Der Revisionismus, ich sagte es eingangs bereits, ist ein bluttriefendes Monster, weil er die Gegenmächte gegen den Imperialismus schwächt bzw. zerstört, den welthistorischen menschlichen Fortschritt aufhält bzw. rückgängig macht, wo er nur kann, - und das immer unter der Maske von Menschlichkeit, Verbesserung, Humanisierung usw. So jemanden wie Gorbatschow kann man getrost als Massenmörder bezeichnen, natürlich mittelbar, nicht er selbst hat Massen von Menschen umgebracht, nein, er hat die Bedingungen dafür geschaffen, dass solche Massenmode des Imperialismus wieder möglich wurden. Der Revisionismus ist für die revolutionäre Bewegung ein gefährlicherer Feind als die Flugzeuge, Bomben und Kanonen der Bourgeoisie.

Und nun kommen wir zu Ingo Wagner.

Das eben geschilderte nennt er einen von Kurt Gossweiler erfundenen „Revisionismus-Golem“⁷.

Hören wir Wagner selbst: *„Ohne eine marxistische Analyse der Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus, die zugleich die Lehren, die aus der Niederlage zu ziehen sind, involviert und für die Wiedergeburt der sozialistisch/kommunistischen Bewegung nutzbar macht, wird es keinen kommunistischen Neuanfang geben. Eine solche Analyse kann allerdings nicht ohne klare Unterscheidung zwischen überprüfbaren Fakten, also historischen Behauptungen, die auf Quellenmaterial beruhen und sich beweisen lassen und Fiktionen, bei dem das nicht der Fall ist, die oft nur als „Funktionen“ bereits vorgegebener Kategorien und Probleme, die subjektive, imaginäre politische und ideologische Auffassungen widerspiegeln, auskommen. Mythen und Erfindungen an die Stelle von Geschichte zu setzen, ist vielleicht „wichtig für die*

⁷ Der **Golem** ist eine Figur der jüdischen Legende, die in Böhmen aber auch anderswo in Mitteleuropa verbreitet war. Dabei handelt es sich um ein in menschenähnlicher Gestalt aus Lehm gebildetes Wesen, das durch Magie zum Leben erweckt wurde. Der Golem besitzt besondere Kräfte, kann Befehlen folgen, aber nicht sprechen.

Politik der Identität, durch die Gruppen von Menschen ..., die in einer unsicheren und wankenden Welt eine gewisse Sicherheit finden wollen ... “ (Eric Hobsbaswm) Sie scheiden allerdings für eine solide Erforschung des Ursachengefüges der Niederlage des europäischen Sozialismus aus, wie ich dies nunmehr am Beispiel der Revisionismusdebatte anmerken möchte.

*Daß das Ursachengefüge ein kompliziertes ist, das man nicht mit wenigen Sätzen abhandeln kann, leuchtet ein. Ich selbst habe hierzu einen Beitrag geleistet, der die „Behauptung“, die Niederlage des Sozialismus in Europa sei „gesetzmäßig“ gewesen, widerlegt.⁸ Was im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Arbeit steht, ist der Fakt, daß Gossweiler den Revisionismus, den es in verschiedenen Konstellationen im Zusammenhang mit dem Dogmatismus **tatsächlich** gab, zu einem **Revisionismus-Golem** formiert, mit dem man „alles“ und „nichts“ beweisen kann. Mit diesem Zauberstab wird die wirklich wissenschaftlich konkrete Forschung an die Wand gefahren, indem die tatsächlichen Zusammenhänge in bestimmten historischen Konstellationen einem subjektiven Zweck untergeordnet werden. Vom tieferen inneren Dreh- und Angelpunkt der Niederlage des europäischen Sozialismus, dem Zerfall der kommunistischen Parteien, die Aufgabe ihres Leninschen Charakters, die bereits mit Stalin begann, wird so abgelenkt.“⁹*

Was sagt uns Ingo Wagner damit? Wer revisionistische Umgestaltungen der Parteien bzw. der Regierungen sozialistischer Länder beweisen kann (wie z.B. Kurt Gossweiler, Harpal Brar oder die offen-siv), fährt „die wirklich wissenschaftlich konkrete Forschung an die Wand, indem die tatsächlichen Zusammenhänge in bestimmten historischen Konstellationen einem subjektiven Zweck untergeordnet werden.“ Wer hingegen (wie Ingo Wagner) behauptet, dass die Ursache für den „Zerfall der kommunistischen Parteien“, nämlich die „Aufgabe ihres Leninschen Charakters“ nicht dem Revisionismus geschuldet ist, sondern „bereits mit Stalin begann“, hat den „tieferen inneren Dreh- und Angelpunkt der Niederlage des europäischen Sozialismus“ gefunden. Beweise für diese These? Keine.

Revisionismusanalysen werden von Ingo Wagner mit einem „Golem“ verglichen, so als würde der Revisionismus von denjenigen, die ihn erforschen (wie z.B. Kurt Gossweiler oder Harpal Brar) erstmal selbst erfunden als ein „durch Magie zum Leben

⁸ Ingo Wagner: War die Niederlage des Sozialismus in Europa gesetzmäßig? (Thesen), in: Zu Ursachen des Scheitern des europäischen Sozialismus, in: Marxistisches Forum, Heft 49; Vorarbeit in: offen-siv 14/98: War die Niederlage des europäischen Sozialismus gesetzmäßig?“ (S. 38 ff.) Viele Überlegungen hierzu befinden sich in meinen Publikationen. Sie bleiben hier außer Betracht.

⁹ Ingo Wagner: „Der Weg für die abermalige Herausbildung einer einflussreichen marxistischen Partei in Deutschland heute“; in: offen-siv 3-2014, Ausgabe Mai-Juni, S. 70f.

erwecktes“ Wesen, als ein „Zauberstab“, man könnte auch sagen als einen so genannten Pappkameraden, mit dem die „wirklich wissenschaftlich konkrete Forschung an die Wand gefahren“ wird. Belege darüber, wie, wo, wann und in welcher Weise das Geschehen sein soll? Keine. Welch unglaubliches Bild und welch unglaubliche Diffamierung!

Das heißt, trotz gegenteiliger Rhetorik¹⁰ werden an Fakten abgesicherte, historische Revisionismusanalysen wie sie von Kurt Gossweiler oder Harpal Brar vorgelegt wurden, abgelehnt, ja geradezu verhöhnt.

Wagner zu Harpal Brar:

„Daß die Perestrojka als vollständige Abweichung vom Leninismus zum Zusammenbruch der Sowjetunion führte, ist eine historische Tatsache. Ob sie aber den vollständigen Zusammenbruch des Revisionismus bedeutet, ist für mich fraglich.“¹¹ Das sei sein „Haupteinwand zu diesem Buch“.

Und Wagner zu Kurt Gossweiler:

„Wenn man Gossweiler zu Ende denkt, landet man bei B. = der Tod eines zeitgemäßen marxistischen Sozialismus; so kommt eine linke Sammlungsbewegung niemals zustande; keine wissenschaftliche Näherung; (methodologisch theoretisch) ein totales Fiasko; so ist eine marxistische Geschichte unmöglich.“¹² Und weiter: „Da er sich durch Stalinsche Parteilichkeit auszeichnet, habe ich mich schon seit langem entschlossen, keine Debatte mehr mit ihm zu führen“¹³, und in der angehängten Fußnote: „Er hat mich einige Male als „revisionistische“ Folie mißbraucht, um seine Niederglagenanalyse – zum wievielten Male? – als die einzig richtige der Öffentlichkeit zu präsentieren.“

Da wurde also von Ingo Wagner das Tischtuch zerschnitten.

Offensichtlich ist die Revisionismusforschung für Ingo Wagner gefährlich, deshalb muss sie von ihm abgelehnt und diffamiert werden. Zu welchem Zweck und mit welchen Folgen, darauf komme ich später zurück. Zunächst muss es um Grundsätzlicheres gehen.

¹⁰ Ingo Wagner erwähnt den „...Revisionismus, den es in verschiedenen Konstellationen im Zusammenhang mit dem Dogmatismus **tatsächlich** gab...“, begrenzt seine „Analyse“ aber auf die Behauptung, dass der Revisionismus im Zusammenhang mit dem Dogmatismus stehe, also, hier noch durch die Blume gesagt, auch von Stalin zu verantworten sei. Ich komme später auf diese „These“ zurück.

¹¹ Ingo Wagner: „Der Weg...“; offen-siv 3-2014, S. 69

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S. 71

3. Die wissenschaftliche Weltanschauung, der Wahrheitsbegriff und Ingo Wagners Rede vom Marxismus als „offenes System“

Marx und Engels haben den Sozialismus bekanntlich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt, d.h. zu einem System, das wissenschaftlich überprüfbar das Bild des Menschen, die Ursachen für den Gang der Geschichte, die Bewegung des Kapitalismus und die sich daraus ergebende Art seiner Überwindung darstellt. Das nennt man die wissenschaftliche Weltanschauung (im Gegensatz zu z. B. theologischen Weltanschauungen), und sie hat selbstverständlich einen Wahrheitsanspruch. Wer, wenn nicht wir, ausgestattet mit diesem Rüstzeug, könnte denn in der Lage sein, die verschlungenen Pfade der Geschichte und erst recht die komplizierte Realität des Kapitalismus/Imperialismus zu durchschauen, auf den Begriff zu bringen und damit erklärbar zu machen? Diesem Anspruch ist die kommunistische Bewegung und ihre Theorieproduktion sicherlich nicht immer gerecht geworden – auch die Zeitschrift *offen-siv* nicht. Trotzdem versuchen wir selbstverständlich, dem Anspruch unserer Theorie nachzukommen, also Arbeiten und Artikel zu bringen, die die gesellschaftliche Realität möglichst wahrhaftig aufarbeiten und darstellen, sich dabei nicht in Oberflächenphänomenen verlieren, sondern diese je neuen und aktuellen Oberflächenphänomene begrifflich durcharbeiten und auf die hinter ihnen liegenden grundlegenden Bewegungen des Kapitals, des Imperialismus usw. zurückführen.

Ingo Wagner hat damit Probleme: *„Allerdings habe ich zur ‘Generallinie’ von offensiv Bedenken, da sie mit dem Anspruch auftritt, im Besitz der absoluten Wahrheit bei der Interpretation des wissenschaftlichen Sozialismus zu sein. Und da offen-siv das ‘wahre Abbild der Wirklichkeit’ besitzt, wäre ja eigentlich nur ‘Nachvollzug’, also keine Diskussion notwendig.“*¹⁴ Die Diffamierung, man erhebe, wenn man den Marxismus-Leninismus verteidigt, den Anspruch, im Besitz der „absoluten Wahrheit“ zu sein, kenne ich. Es geht allerdings keineswegs darum, dass ich mich oder die *offen-siv* sich im Besitz der „absoluten Wahrheit“ wähnen, sondern allein darum, den Wahrheitsanspruch unserer Theorie zu behaupten und zu verteidigen. Deshalb werde ich und wird die Zeitschrift *offen-siv* den Anspruch nicht aufgeben, wie oben schon skizziert, die aktuelle Realität und die geschichtlichen Abläufe möglichst wahrhaftig darzustellen – denn nur so sind sie begreifbar und kritisierbar, nur so kann aus Wut und Empörung bewusste gesellschaftliche Praxis werden. Dass wir diesen Anspruch nicht immer erreichen, ist bei unseren bescheidenen Möglichkeiten selbstverständlich, aber das ändert doch nichts an der Notwendigkeit, diesem Ziel möglichst nahe zu kommen! Was Ingo Wagner angeht: Wie schon gesagt, die Bezeichnung, ein Verteidiger des Marxismus-Leninismus wähne sich im Alleinbesitz der absoluten Wahrheit, ist nicht neu, sondern annähernd so alt wie der Revisionismus selbst, weil der Revisi-

¹⁴ Ebenda, S. 60

onismus nur leben kann, wenn er den Wahrheitsbegriff auflöst und ihn durch genossenschaftliche Diskussionen, unterschiedliche Interpretationen, zeitgemäße Weiterentwicklungen, notwendigen Meinungsstreit¹⁵, schließlich auch Pluralismus unterschiedlicher Anschauungen und andere Floskeln mehr ersetzt, was nach außen natürlich geschönt daherkommt: als undogmatisch, offen, demokratisch, zukunftsorientiert, usw.usf. Meistens soll es auch noch um ein menschliches Antlitz gehen.

Aber sehen wir uns den oben zitierte Satz von Ingo Wagner nochmals und etwas genauer an: „*Allerdings habe ich zur `Generallinie` von offen-siv Bedenken, da sie mit dem Anspruch auftritt, im Besitz der absoluten Wahrheit bei der Interpretation des wissenschaftlichen Sozialismus zu sein.*“ Bei was? Bei der **Interpretation** des wissenschaftlichen Sozialismus. (Hervorhebung: F.F.) Diese Dialektik (Ingo Wagners Arbeit strotzt ja nur so von unterschiedlichen Dialektiken) wird voraussichtlich nur er verstehen können, denn wissenschaftliche Untersuchung und unterschiedliche Interpretationen einer Sache schließen sich gegenseitig aus. Wissenschaftlichkeit ist intersubjektiv angelegt, überprüfbar und der Wahrheit verpflichtet, Interpretationen sind subjektiv, individuell und oft emotional angelegt. Die Frage, ob es unterschiedliche Interpretationen des wissenschaftlichen Sozialismus geben kann, ist absurd. Der wissenschaftliche Sozialismus ist der wissenschaftliche Sozialismus, man kann ihn falsch verstehen, es kann sein, dass man ihn nicht vollständig begriffen hat (ein guter Marxismus dauert nach Brechts Aussage ja 10 Jahre), aber man kann ihn nicht je nach individueller Lage oder Gutdünken unterschiedlich interpretieren, es sei denn, man will ihn verfälschen und durch die Einführung eines prinzipienlosen Pluralismus zerstören.

Mit dieser durch Ingo Wagner vorgenommenen Relativierung des Wahrheitsanspruches unserer theoretischen Grundlagen korrespondiert seine Überzeugung von der „Offenheit“ des Marxismus: „*Diese Formierung des subjektiven Faktors (gemeint ist die „Herausbildung eines subjektiven Faktors für einen sozialistischen Neuanfang“; Red. offen-siv) kann aber nur auf der Grundlage eines weiterentwickelten Marxismus für das 21. Jahrhundert eine geschichtsmächtige Kraft werden, gestützt auf Lenins Denkmethode. Diese Position beruht darauf, daß sowohl die Marxsche Theorie als auch die gesellschaftliche Praxis, die sie einleitet, permanent im Werden begriffen sind. Insofern ist die marxistische Theorie immer unabgeschlossen und*

¹⁵ Der „Meinungsstreit“ ist ein fürchterliches Wort bzgl. der Probleme innerhalb der kommunistischen Bewegung. Als ginge es auch nur einmal innerhalb unserer Bewegung um „Meinungen“! Oder anders gesagt: wenn es bei uns um „Meinungen“ geht, können wir unsere Theorie, unsere Aufgabe und unsere Orientierung sofort begraben.

*offen. Sie verlangt nach ihrer eigenen dialektischen Erneuerung.*¹⁶ (Hervorhebung im Original)

An dieser Stelle muss man sich doch mal daran erinnern, was denn die Marxsche Theorie und unsere wissenschaftliche Weltanschauung eigentlich beinhalten:

Als philosophische Grundlage dient uns der dialektische Materialismus, aus dem sich die Art der gesellschaftlichen Analysen ergibt: zunächst ist das materielle Sein der Menschen zu beleuchten, also die Art der Produktion, darin die dortigen Besitzverhältnisse und damit die Klassen und die Art der Verteilung der Produkte und des Reichtums, bevor man die Rechtsverhältnisse, politischen Verhältnisse, (darin die Methoden der herrschenden Klasse und die Gegenwehr der unterdrückten Klassen, die Kriege, sie staatliche Unterdrückung usw.), die Familienverhältnisse (darin Stellung von Mann und Frau), schließlich Moral, Kunst, Kultur, Ästhetik verstehen kann. Gegenseitiges Beeinflussen und Rückwirkungen von oben nach unten sind nicht ausgeschlossen.

Daraus ergibt sich der historische Materialismus, der die einzige wahrhaftige Geschichtsschreibung ermöglicht, weil sie wie eben dargestellt vorgeht. Daraus ergibt sich der Marxsche Satz: Alle bisherige Geschichte war eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Auf die aktuelle Gesellschaftsform, den Kapitalismus, bezogen, zeigt uns die Marxsche Theorie die Analysen der Ware, des Geldes und des Kapitals, die Mehrwerttheorie (und damit die Dechiffrierung der Ausbeutung), die Analyse der Formen der Mehrwertproduktion, die allgemeine Theorie der kapitalistischen Akkumulation incl. der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, schließlich die Analyse der Krisentendenzen und der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die Erklärung der Extraprofite und die Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Die politischen Schlussfolgerungen aus dieser Analyse finden sich dann im „Manifest der Kommunistischen Partei“: Klassenkampf, Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse = Diktatur des Proletariats, Enteignung der Kapitalistenklasse, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Produktion nach einem gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Plan, allseitige Entwicklung des Menschen.

Lenin fügte dieser wissenschaftlichen Grundlage die Imperialismustheorie hinzu, (in Weiterentwicklung der Marxschen Akkumulationstheorie), womit das Finanzkapital, die ungleiche Entwicklung auf der Welt (Kolonien und abhängige bzw. unterentwickelte Länder) und die inner-imperialistische Konkurrenz fassbar wurden. Und in

¹⁶ Ingo Wagner: „Der Weg...“, offen-siv 3-2014, S. 63

diesem Zusammenhang gelang Lenin etwas für die kommunistische Bewegung sehr Wichtiges: Das Begreifen des Revisionismus als ein für den Imperialismus typisches Phänomen¹⁷, gegen das die kommunistische Bewegung so lange wird kämpfen müssen, wie es den Imperialismus gibt. Damit waren revisionistische Abweichungen nicht mehr als individuelle „Irrtümer“ einzelner Genossinnen oder Genossen zu begreifen, sondern als eine systematische Erscheinung, die es systematisch zu bekämpfen gilt. Zusätzlich konnte Lenin seine bahnbrechenden Arbeiten zur Partei- und Revolutionstheorie verfassen – und so konnte die nach seiner Theorie geschaffene Partei nicht nur die sozialistische Revolution durchführen, sondern sie erfolgreich verteidigen und den Aufbau des Sozialismus, ein völliges Neuland in der Menschheitsgeschichte, vollbringen und im Zweiten Weltkrieg gegen die faschistische Bestie verteidigen.

Das ist - sehr kurz umrissen - unser theoretisches Rüstzeug. Daran ist nichts „offen“. Gar nichts.¹⁸

Dass die „marxistische Theorie immer unabgeschlossen und offen“ sei und nach „ihrer eigenen dialektischen Erneuerung (verlangt)“, wie von Ingo Wagner behauptet, ist nichts anderes als ein Nebelschleier, hinter dem die Revision vorgenommen wird.

Das zeigt sich in seinem Aufsatz an zwei Punkten:

- beim Revisionismusproblem und
- bei der Niederlagenanalyse bzgl 1989/90.

¹⁷ ...weil es dem Imperialismus möglich ist, aus seinen Monopol- und Extraprofiten eine Arbeiteraristokratie heranzuziehen und auszuhalten, die gewillt ist, sich mit den Verhältnissen einzurichten und deren theoretisches Rüstzeug die Verflachung der revolutionären Theorie, die Befriedung der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse und ihre Überführung dieser Potenzen in den Kampf um kleine Reförmchen innerhalb des Kapitalismus ist.

¹⁸ Das einzige, was stets flexibel und an die jeweilige Situation angepasst sein muss, ist die Taktik der kommunistischen Bewegung, nicht aber die marxistische Theorie, wie von Ingo Wagner behauptet. Taktisch sind in der Vergangenheit einige Fehler gemacht worden, siehe z.B: Gerhard Feldbauer über Italien oder die Politik der kommunistischen Partei in Chile 1972/73. Taktische Entscheidungen sind sehr schwierige Entscheidungen. Werden sie nicht auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus getroffen, stehen Opportunismus und Reformismus die Türen offen. Und: Revisionisten benutzen häufig vorgebliche taktische Zwänge zur Aushebelung unserer revolutionären Theorie.

4-- Die Ursache der Entstehung des Revisionismus

Zunächst Lenin im Originaltext:

„Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus.“¹⁹

„Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten.“

Es muß bemerkt werden, daß in England die Tendenz des Imperialismus, die Arbeiter zu spalten, den Opportunismus unter ihnen zu stärken und eine zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung hervorzurufen, viel früher zum Vorschein kam als Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Denn zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus – riesiger Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt – traten in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Marx und Engels verfolgten jahrzehntelang systematisch diesen Zusammenhang des Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit den imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus. Engels schrieb z.B. am 7. Oktober 1858 an Marx, „... daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“ [Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd.29, S.358.] Fast ein Vierteljahrhundert später, in seinem Brief vom 11. August 1881, spricht er von Gewerkschaften, „welche nur mit jenen schlechtesten englischen vergleichbar sind, die es zulassen, sich von an die Bourgeoisie verkauften oder zumindest von ihr bezahlten Leuten führen zu lassen“. [Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd.35, S.20.] Und in einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 schreibt Engels: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken ... Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“ (Dasselbe sagt Engels auch im Vorwort zur zweiten Auflage der Lage der arbeitenden Klasse in England, 1892.)

Hier sind Ursachen und Wirkungen deutlich aufgezeigt. Ursachen: 1. Ausbeutung der ganzen Welt durch das betreffende Land; 2. seine Monopolstellung auf dem Welt-

¹⁹ Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke, Band 22, S. 286

markt; 3. sein Kolonialmonopol. Wirkungen: 1. Verbürgerung eines Teils des englischen Proletariats; 2. ein Teil des Proletariats läßt sich von Leuten führen, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest von ihr bezahlt werden. Der Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Aufteilung der Welt unter einige wenige Staaten zu Ende geführt, von denen jeder gegenwärtig einen nicht viel kleineren Teil der „ganzen Welt“ ausbeutet (im Sinne der Gewinnung von Extraprofit) als England im Jahre 1858; jeder nimmt eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt ein dank den Trusts, den Kartellen, dem Finanzkapital und dem Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner; ...

Das Merkmal der heutigen Lage besteht in ökonomischen und politischen Bedingungen, die zwangsläufig die Unversöhnlichkeit des Opportunismus mit den allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verstärken mußten: Der Imperialismus hat sich aus Ansätzen zum herrschenden System entwickelt; die kapitalistischen Monopole haben in der Volkswirtschaft und in der Politik den ersten Platz eingenommen; die Aufteilung der Welt ist beendet; und andererseits sehen wir an Stelle des ungeteilten englischen Monopols den Kampf einer kleinen Anzahl imperialistischer Mächte um die Beteiligung am Monopol, der den ganzen Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnet. Der Opportunismus kann jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine lange Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben, so wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England gesiegt hatte; in einer Reihe von Ländern ist der Opportunismus vielmehr reif, überreif geworden und in Fäulnis übergegangen, da er sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat.²⁰

Und nun erklärt uns Ingo Wagner seine Sicht auf die Entstehungsursache des Revisionismus:

„Thomas Metscher hat wohl Recht, daß eine Lösung des Revisionismusproblems mit Blick auf die zukünftige sozialistische Entwicklung nur möglich scheint, „wenn überall dort, wo über Revisionismus gesprochen wird, auch über Dogmatismus gesprochen wird. Meine Vermutung ist, daß Revisionismus und Dogmatismus zusammengehören wie die Henne und das Ei. Der Dogmatismus hat erst den Revisionismus hervorgebracht – und wird es immer so tun.“ (junge Welt, 17. Januar 2008, S. 14.) Daß die Gründung der Sowjetunion weder ein revisionistischer noch ein dogmatischer Akt war, versteht sich. Leider sind solche revolutionären und theoretischen Genies wie Lenin, die in einer marxistischen Partei das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, historische Ausnahmen; hiervon zeugen z.B. Lenins genialen Schriften wie „Staat und Revolution“ (Werke, 25, S. 392 ff.),

²⁰ Ebenda, S. 288f.

„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (Werke, Bd. 31, S. 5 ff.) u.a. *Überhaupt haben unsere Klassiker in Abgrenzung von solchen Abweichungen, die in Lücken des Erkenntnisprozesses selbst verankert sind, diese durch ihre permanente Forschungsarbeit ständig geschlossen. In meiner Sicht steht Stalin für den Dogmatismus, dem zugleich ein bestimmtes Maß an Revisionismus inhärent ist.*²¹

Der Dogmatismus und der Revisionismus sollen also zusammengehören wie das Ei und die Henne, allerdings soll hier - anders als beim Geflügel - klar sein, wer eher da war: „Der Dogmatismus hat erst den Revisionismus hervorgebracht.“²² Damit entsteht der Revisionismus nach Wagners Auffassung also nicht aus den ökonomischen Bedingungen und Möglichkeiten des Imperialismus, wie Lenin es bewiesen hat, sondern allein theorieimmanent, sozusagen geistesgeschichtlich, nämlich als Reaktion auf den Dogmatismus. Und wer den repräsentiert ist für Wagner selbstverständlich klar: „In meiner Sicht steht Stalin für den Dogmatismus, dem zugleich ein gewisses Maß an Revisionismus inhärent ist.“²³ Zwar führt Ingo Wagner in seinem Aufsatz die „Leninsche Methodologie“ und Lenin als „Genie“ immer wieder im Munde, wenn es konkret wird, erweist er sich allerdings als Anti-Leninist, wie seine der Leninschen Imperialismustheorie diametral entgegenstehenden Ausführungen zum Revisionismus zeigen. Anmerken möchte ich noch, dass diese Wagnersche Erklärung auch geschichtlich nicht haltbar ist, denn man kann für den Verrat der Sozialdemokratie 1914 und den Kampf derselben gegen die Revolution 1918/19 sicherlich nicht Stalin verantwortlich machen. Noch katastrophaler aber ist, dass er die Ursache für den Revisionismus, diese Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, die durch die Möglichkeiten des Imperialismus entsteht, in die kommunistische Bewegung selbst verlegt. Wir, die Kommunisten/innen, sollen also verantwortlich sein dafür, dass es den Revisionismus gibt. Etwas Unglaublicheres habe ich selten gelesen.

So muss man hier schon fragen, von wem denn *„tatsächliche Zusammenhänge in bestimmten historischen Konstellationen einem subjektiven Zweck untergeordnet werden“*²⁴.

Und völlig irrsinnig ist, was er Lenin unterschiebt: *„Leider sind solche revolutionären und theoretischen Genies wie Lenin, die in einer marxistischen Partei das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, histo-*

²¹ Ingo Wagner: „Der Weg...“, offen-siv 3-2014, S. 72

²² Ebenda

²³ Ebenda

²⁴ Ebenda, S. 71

rische Ausnahmen;...“²⁵ Dazu schrieb Fritz Dittmar in offen-siv Juli-August 2014 bereits: „Bei Lenin jedenfalls ist der Opportunismus das Bestreben, die Arbeiterklasse mit der Herrschaft des Kapitals zu versöhnen. Er ist ein Ergebnis der Privilegierung oder Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse mit Extraprofiten aus der Ausbeutung der Kolonien, also eine objektive Entwicklung. Der Revisionismus wiederum ist die theoretische Rechtfertigung dieser Entwicklung. Er entsteht notwendig und auch ohne dass er durch dogmatische Fehler der Revolutionäre begünstigt oder gar „hervorgebracht“ würde. Eine Perle ist auch Wagners nächster Satz: „Leider sind...Genies wie Lenin, die... das Spannungsverhältnis(?) zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, historische Ausnahmen“ (Vorwärts mit Lenin zur Einheit von Dogmatismus und Revisionismus!?) Ich habe Lenin so verstanden, dass er nicht „das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren“ wollte, was immer auch das bedeuten soll, sondern dass er beide kompromisslos bekämpft hat.“²⁶

Dem ist nichts hinzuzufügen.

5-- Die Ursachen der welthistorischen Niederlage des Sozialismus in Europa

Nachdem wir gesehen haben, in welcher Weise Ingo Wagner Lenin verfälscht und vom Revisionismus ablenkt (was kein Zufall ist: diejenigen, die die Revision unserer theoretischen Grundlagen betreiben, sehen sich natürlich ungern als Revisionisten bezeichnet und nehmen deshalb das gesamte Problem gern aus der Diskussion – und damit versuchen sie den inneren Kompass der kommunistischen Bewegung zu zerstören), will ich nun die von ihm angebotene Niederlagenanalyse näher betrachten.

Die Konterrevolution in Europa 1989/90/91 ist ein historisches Ereignis, bei dem es ausgesprochen kompliziert ist, die Rolle des Revisionismus zu leugnen oder zumindest abzuschwächen. Es gibt da unterschiedliche Versuche. Die beiden am weitesten verbreiteten sind a) die These vom individuellen Verrat Gorbatschows - damit kein systematischer Zusammenhang untersucht wird, nimmt man die absolute Personalisierung der Geschichte in Kauf, womit man sich selbstverständlich schon kilometerweit vom Marxismus entfernt hat, und b) die These, dass die „Fehlentwicklungen“ und

²⁵ Ebenda, S. 72

²⁶ Fritz Dittmar: Herrn Ingo Wagners Umwälzung des Leninismus, offen-siv 5-2014, Juli-August 2014, S. 52

„Entartungen“, die „Perversionen“ und der „große Terror“ unter Stalin den Sozialismus - 36 Jahre nach seinem Tod! – umgebracht hätten²⁷.

Dieser zweiten These hängt auch Ingo Wagner an. Hören wir ihn wieder im Original:

*„In meiner Sicht steht Stalin für den Dogmatismus, dem zugleich ein bestimmtes Maß an Revisionismus inhärent ist. Mit Blick auf den konterrevolutionären Untergang der Sowjetunion enthält der Voluntarismus und Subjektivismus Chruschtschows ein revisionistisches Moment sui generis, welches aber keinesfalls als eine durch den XX. Parteitag eingeleitete Wende zu bezeichnen ist. In der nachfolgenden Zeit gab es eine gewisse Symbiose von Dogmatismus und Revisionismus, die schließlich in Revisionismus und Konterrevolution mündete. Nicht der XX. Parteitag hat diese Tragödie ausgelöst, sondern sein **historisches** Scheitern. Die wesentlichste **innere** Ursache für das Scheitern einer neuen Entwicklungsrichtung lag am desolaten Zustand der Partei, in der sich nach Stalins Tod keine echte Negation der Negation vollzog, sondern nach wie vor die Kontinuität in historischer Tradition manifestierte. Chruschtschow brach zwar mit dem Stalinschen Terror. Es fehlte allerdings die strategische Klugheit, die programmatische Klarheit und die Voraussicht der Führung insgesamt, der es nicht gelang, den von Stalin geprägten Parteityp durch den originären Leninschen zu ersetzen. Die „Ersetzung“ erfolgte nur auf dem Papier. In praxi begann sich in der Folgezeit ein solcher Revisionismus breit zu machen, der in die Konterrevolution einmündete. Da es nach Stalins Tod nicht gelang, die durch ihn tradierte Kontinuität zu brechen, durch eine wirkliche leninistische Diskontinuität zu ersetzen, können diese negativen durch ihn gesetzten Ursachen in ihrer historischen **Fernwirkung** nicht aus dem Ursachengefüge²⁸ ausgeklammert werden. Sie sind ein wesentlicher Grund für die Niederlage des frühen europäischen Sozialismus. Die notwendige Analyse muß bis zu Stalin zurückgeführt werden, wenn diese Ursachen begriffen werden sollen.“²⁹*

Der 20. Parteitag der KPdSU sei also „keinesfalls“ als eine „Wende“ zu bezeichnen. Nun, es liegt reichlich Forschungsmaterial vor, welches das Gegenteil belegt. Wenn

²⁷ Der von Wagner zitierte Hans Kalt kriegt es wirklich fertig, nach der Behauptung von Fehlentwicklungen und Entartungen (wie immer ohne konkrete Begründung) zu formulieren: „Anders wäre der rasche Zusammenbruch eines nach außen politisch wie militärisch starken Machtblocks nicht möglich gewesen.“ (S. 61) Stalin starb 1953. Die UdSSR wurde von einem Alkoholiker und einem Pizza-Hut-Vertreter 1991 aufgelöst. Wenn das nicht rasch ist. Und ansonsten tun wir so, als wenn dazwischen nichts war. Sie lügen wirklich das Blaue vom Himmel herunter.

²⁸ Die Analyse dieses Ursachenkomplexes kann hier nicht erfolgen, da sie das Thema sprengen würde. In meinen Publikationen habe ich diese Frage ausgiebig behandelt.

²⁹ Ingo Wagner. „Der Weg...“, offen-siv 3-2014, S. 72

jemand so vehement das Gegenteil der Resultate dieser Forschungen behauptet, hätte man sich wenigstens den Ansatz einer Begründung dafür gewünscht. Aber hier, wie so oft bei Wagner, suchen wir vergeblich danach.

Und in der Zeit danach (also nach dem 20. Parteitag) soll es dann „*eine gewisse Symbiose von Dogmatismus und Revisionismus*“ gegeben haben, die dann (wie auch immer) in „*Revisionismus und Konterrevolution mündeten*“. Man muss sich darüber klar sein, dass Ingo Wagner in höchst professoraler Manier wissenschaftliche Standards für seine Aufsätze reklamiert.³⁰ Leider wird er diesem Anspruch in keinsten Weise gerecht, oder ist das Gerede von einer „gewissen Symbiose“, die dann in etwas anderes „mündet“ jetzt der neue wissenschaftliche Standard? Bei Revisionisten vielleicht, bei uns nicht.

Zusätzlich zu den bisher analysierten Unglaublichkeiten gibt es bei Wagner, so ganz nebenbei und fast schon versteckt, eine Äußerung, die zeigt, wohin die Reise gehen soll.

Wagner zitiert Hans Kalt: „*Natürlich spielt das Einwirken von persönlichen Auffassungen, Eigenschaften und Methoden eine bedeutende Rolle (gemeint sind hier diejenigen von Stalin; d.Red.). Auch als Ursache dafür, daß dieses Sozialismusmodell schließlich gescheitert ist.*“³¹

Es soll also ein „Sozialismusmodell“ gescheitert sein. Was stellte die Sowjetunion zu Zeiten ihrer Konsolidierung und ihres Aufschwunges dar? Diktatur des Proletariats, Planwirtschaft, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Bodens, Kollektivierung der Landwirtschaft, Industrialisierung, Klassenkampf gegen die Kulaken, Klassenkampf gegen die Diversion. Das ist Sozialismus. Wer von unterschiedlichen Sozialismus-Modellen redet, betreibt Aufweichung und Diversion (siehe „sozialistische Marktwirtschaft“, „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, „Glasnost und Perestrojka“ und was es Schönes noch mehr gab). Wer also das Sozialismus-„Modell“, welches die Vergesellschaftung der Produktionsmit-

³⁰ Z.B.: „...habe ich mich stets bemüht, von der Forderung Lenins auszugehen, „jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Standpunkt dieser ihrer Entwicklung zu untersuchen war, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist.“ (Werke 29, S. 463)

³¹ Ingo Wagner: „Der Weg...“, offen-siv 3-2014, S. 61. Dass Hans Kalt die These vom gescheiterten „Modell“ des Sozialismus vertritt, ist lange bekannt. Ingo Wagner übernimmt sie hier durch zustimmendes Zitieren. So wird es in diesem Zusammenhang notwendig sein, näher zu betrachten, was die Qualifizierung (oder soll ich sagen Disqualifizierung) des gewesenen Sozialismus als ein „Modell“ - eines unter vielen? - bedeutet.

tel, die Planwirtschaft, die Kollektivierung der Landwirtschaft, den Aufbau einer eigenen Industrie, die Diktatur des Proletariats und die Klarheit über den Klassenkampf beinhaltet, als gescheitert erklärt, will keinen Sozialismus.

Und nebenbei gesagt (das ist ja der Streit um alles): nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern er ist schrittweise zurückgebaut worden, bis er nicht mehr lebensfähig war, wie sich historisch-konkret nachweisen lässt (u.a. zu finden in: Harpal Brar: „Perestrojka“, in: Kurt Gossweiler: „Taubenfußchronik“ oder in dem von uns herausgegebenen und verlegten Buch „Niederlagenanalyse“. Aber damit führt Ingo Wagner ja „keine Debatte“ mehr. Sie wäre auch gefährlich für ihn.

6-- Über den Umgangston

Der Revisionismus ist die Agentur der Bourgeoisie im Proletariat. Insofern wird der Ton zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten nie besonders warmherzig sein. Ingo Wagner behauptet, eine „genossenschaftliche“ Diskussion zu wollen, allerdings um Themen, die er vorgibt: „Weiterentwicklung des Marxismus“, „weitergedachtes Bild des Sozialismus“, aber hören wir ihn wieder selbst:

„Da es keine Zukunftsfähigkeit ohne diese kommunistische Perspektive mit Blick auf die erste, die sozialistische Phase dieser Entwicklung gibt, rückt in dieser Sicht die Theorie des Kommunismus als Weiterentwicklung des Marxismus (vor allem in Form der materialistischen dialektischen Geschichtsauffassung) ins theoretische Blickfeld. In dieser Sicht gilt es, ein weitergedachtes Bild des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus zu zeichnen sowie den Weg des Ausbruchs aus dem Spätkapitalismus zu erkunden. Und dies wären in meiner Sicht wichtige Schritte zur Formierung des subjektiven Faktors als der „Gretchenfrage“ für die Wiedergeburt einer politisch einflußreichen kommunistischen Partei in Deutschland. Warum sollte eigentlich sich offen-siv an dieser für unsere kommunistische lebenswichtige Sache nicht beteiligen? Und was hindert uns daran, unsere strittigen Fragen sachlich-argumentativ genossenschaftlich weiter zu diskutieren? An meinem Kampfgenossen Werner Roß und mir soll es gewiß nicht liegen.“³² Und: „Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten müssen diskutiert und theoretische Prämissen geklärt werden. Jedoch müssen diese Auseinandersetzungen auf gediegenem Niveau, fair und ohne Unterstellungen und persönliche Verunglimpfungen geführt werden.“³³

Aber wie verhält er sich selbst?

³² Ebenda, S.79f.

³³ Ebenda, S. 65

Über Kurt Gossweiler sagt er: „*Da er sich durch Stalinsche Parteilichkeit auszeichnet, habe ich mich schon seit langem entschlossen, keine Debatte mehr mit ihm zu führen.*“ (S. 71), Dieter Itzerott unterstellt er, „*ohne Kenntnis meiner umfangreichen Literatur*“ (S. 74) zu urteilen, zur Kommunistischen Initiative sagt er: „*Stalins langer Schatten gebar hier wahrhaft dämonisch Ungeheuerliches*“ (S. 74), über mich sagt er: „*...weil ich Deine Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklungsdialektik des Marxismus-Leninismus einfach nicht nachvollziehen kann.*“ (S.62), und bedauert, dass er mir „*keinen ausreichenden Nachhilfeunterricht geben*“ (S. 62) kann, zur offen-siv sagt er (neben dem oben schon behandeltem Vorwurf, die offen-siv wähnte sich im Besitz der absoluten Wahrheit) im Zusammenhang mit dem DKP-Parteiprogramm: „*Die Attacken von offen-siv auf dieses Programm, das als revisionistisch abgestempelt wird, sind abstrus*“ (S. 75).

Dass er den „genossenschaftlichen“ Umgang nur für sich reklamiert, selbst aber kräftig austeiilt, ist kein Wunder. Ich habe Ähnliches schon oft erlebt. Der Revisionismus beharrt einen freundlichen Ton ihm selbst gegenüber, er möchte nicht kritisiert und erst recht nicht als Revisionismus enttarnt und bezeichnet werden, was vollkommen selbstverständlich ist, denn nur, wenn er innerhalb der kommunistischen Bewegung geduldet wird, kann er sein Zerstörungswerk fortsetzen. Enttarnt und ausgeschieden zu werden aus den kommunistischen Kreisen ist für ihn der Super-Gau.

7-- Schlussbemerkung

Ich habe mir für die offen-siv die Arbeit gemacht, Ingo Wagner ausführlich zu kritisieren, um für unsere Leserinnen und Leser deutlich zu machen, in welcher recht klug getarnten Weise die Aufweichung der Grundlagen unserer Theorie vorgenommen wird.

Ingo Wagner bagatellisiert den Revisionismus, eine der größten Gefahren, der die revolutionäre Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren ausgesetzt ist, und er diskreditiert die ersten 70 Jahre der ersten Arbeitermacht und des ersten Sozialismus auf dieser Welt³⁴, - ja mehr noch, er stellt die positive Erinnerung an den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion³⁵, das Anknüpfen an die damaligen Erfahrungen und ihr Fruchtbarmachen für heute als schädlich dar. Wer das trotzdem tut, ist nach seiner Auffassung jemand, „der der kommunistischen Bewegung einen solchen neo-

³⁴ Man kann nur froh sein, dass Marx, Engels und Lenin mit der Pariser Kommune anders umgingen.

³⁵ ...der selbstverständlich mit Stalin verbunden ist.

stalinschen Holzweg aufzwingen (will), der ohne jede sozialistische Zukunftserhellung ist.“³⁶

Leute, die den Feind nicht sehen wollen, ja mehr noch: seine Konturen vernebeln (siehe Dogmatismus als Ursache des Revisionismus), stattdessen aber die eigene Identität zerstören, gehören zum gegnerischen Lager.

Mit solchen Leuten wird es kaum eine „genossenschaftliche“ Diskussion geben können, so wenig, wie es sie von solchen Leuten uns gegenüber gibt.

Und solange die kommunistische Bewegung es nicht versteht, sich von solchen Leuten und ihrem zerstörerischen Einfluss zu trennen, wird keine Zukunft zu gewinnen sein.

Frank Flegel

Die Türkische Kommunistische Partei (TKP)

Deutschlandkomitee der Kommunistischen Partei (der Türkei): Was ist in der TKP los?

In der kommunistischen Öffentlichkeit ist es weltweit bekannt geworden, dass die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) seit einigen Monaten mit einer internen Krise zu kämpfen hatte. Es war sicherlich nicht zu übersehen, dass diese interne Auseinandersetzung nicht nur die politischen Aktivitäten der TKP in der Türkei, sondern auch auf internationaler Ebene zum Stocken gebracht hat. Viele verschiedene schriftliche und mündliche Nachrichten und Kommentare kursierten darüber. Einige davon waren von Schadenfreude geprägt, manche brachten kaum verdeckte Freude zum Ausdruck. Aber alle unsere GenossInnen aus der ganzen Welt waren selbstverständlich sehr besorgt. Auch viele ehrliche SozialistInnen, die die Funktion der TKP im Klassenkampf schätzten, obwohl sie in vielen politischen Punkten sich von der TKP distanzieren, haben ihrem Bedauern Ausdruck gegeben.

Um unseren GenossInnen und alle FreundInnen aus erster Hand über die Ereignisse der letzten drei Monate und deren Resultate zu informieren, veröffentlichen wir hier eine verkürzte Version der Erklärung des ZK der neugegründeten Kommunistischen Partei (der Türkei) an die kommunistischen und Arbeiterparteien.

³⁶ Ingo Wagner: „Der Weg...“, offen-siv 3-2014, S. 73

Deutschlandkomitee der Kommunistischen Partei (der Türkei), www.kp-almanya.org, kontakt@kp-almanya.org

* * *

Die Kommunistische Partei der Türkei war in den letzten Monaten dazu gezwungen, sich mit einer internen Krise auseinander zu setzen, die von einem revisionistischen Angriff auf die leninistischen Grundprinzipien der Partei und ihre sozialistischen Ziele verursacht wurde.

Sichtbare Aktivitäten einer Fraktion

Das Problem wurde sichtbar, als es sich herausgestellt hatte, dass eine separatistische Clique inklusive eines Teils der Mitglieder des ZK systematisch daran arbeitete, die Parteiführung zu okkupieren. Dies zeigte sich zuerst dadurch, dass sie keine Bereitschaft mehr zeigten, die Entscheidungen des ZK zu realisieren, ferner angefangen hatten, dagegen Widerstand zu organisieren. Sie versuchten gleichzeitig, die Verbindung der Parteiführung mit einigen lokalen Parteiorganisationen zu unterbrechen. Die Krise wurde offenkundig, als der Genosse Kemal Okuyan aus dem ZK zurücktrat, weil einige ZK-Mitglieder seit einem Jahr ständig die wichtigsten Grundpositionen der Partei sabotierten und die Realisierung von Parteientscheidungen verhinderten.

Die Gründe der Krise

Am Anfang stellte diese Clique nur die Parteiführung in Frage, ohne eine plausible Kritik an der ideologischen, politischen bzw. traditionellen Linie der Partei zu üben. Sie fingen an, einzelne GenossInnen persönlich anzugreifen und verbreiteten Verleumdungen wie z.B. „Ein-Mann-Management“, „extreme Zentralisation der Parteiführung“ ...

Das Hauptziel dieser Angriffe war offensichtlich die Übernahme der Führung der Partei. Keine dieser Aussagen wurden in schriftlicher Form gefasst, sondern sie wurden immer wieder in Gesprächen in kleinen Gruppen artikuliert. Auf der anderen Seite behaupteten die politischen Führer der Clique in den Interviews, dass sie keine Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung über die allgemeine ideologische und politische Linie der Partei hätten. Somit sind sie in eine ziemlich widersprüchliche, sogar absurde Lage geraten.

Es war aber notwendig, ihre Angriffe auf die Parteiführung zu begründen, um eine gewisse Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Diese Gründe wurden später allmählich formuliert und veröffentlicht. So kamen die opportunistischen, revisionistischen Hintergründe Schritt für Schritt ans Tageslicht.

Ein Kritikpunkt, den sie zuerst hervorgehoben haben, umfasste einige organisatorische Probleme, für deren Lösung bereits Diskussionen geführt wurden. Das Dilemma lag aber in der Tatsache, dass die ZK-Mitglieder, die diese Clique führten und all diese Kritiken in die Welt setzten, seit über zehn Jahren innerhalb des ZK selbst für Fragen der Partei-Organisation verantwortlich gewesen waren. Sie haben kein Wort darüber verloren, dass die Lösung solcher Problemen vor allem ihre Aufgabe gewesen war.

Einer der schlimmsten und gefährlichsten Aspekte, der hinter diesen Angriffen versteckt gehalten wurde, betraf die leninistischen Partei-Prinzipien, die von der TKP als indiskutabler Grundsatz für eine kommunistische Partei angesehen wurden. Diese Clique hat aber eine Diskussion insbesondere unter den Jugendlichen in die Welt gesetzt, wodurch die leninistischen Partei-Prinzipien in Frage gestellt wurden. Es wurde darüber Zweifel verbreitet, „ob diese Partei-Prinzipien in unserem Zeitalter noch gültig wären?“ Parallel zu dieser Diskussion wollten sie die Partei in eine Organisation umwandeln, in der diverse Flügel und Fraktionen gemeinsam existieren könnten. Letztendlich wurde auch eine Kritik an der traditionellen politischen Linie der Partei artikuliert: „Die Partei sei zu sehr in die ideologische und politische Arbeit vertieft, so dass die Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat auf der Straße vernachlässigt wurde“. Darüber hinaus wurde die Jugend immer wieder - ungeachtet der Klassendefinitionen - als eine revolutionäre Kraft an sich genannt. Die Parteiführung kritisierte selbstverständlich solche anti-marxistischen Definitionen und hielt sie für nicht akzeptabel. Die Clique verbreitete extrem verleumderische Äußerungen unter den jungen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei wie „dass 'die mittlerweile alt gewordene Parteiführung' eine feindliche Haltung gegenüber den 'revolutionären' Jugendlichen in der Partei eingenommen hätte!“

Es ist eine Tatsache, dass all diese populistischen Aussagen ein Teil der unerfahrenen jungen Kader, Mitglieder und Freunde der Partei, die nicht in der Lage waren, die ideologischen Hintergründe dieser Argumentationslinie zu analysieren, beeinflussten.

Versuche, die Einheit der Partei zu bewahren

Die Parteiführung versuchte trotz aller persönlicher Angriffe der Clique, die Einheit der Partei zu bewahren. Trotz der außergewöhnlichen Bemühungen von mehreren GenossInnen, diese Krise ohne große Auseinandersetzungen zu lösen, ist ihnen dies leider nicht gelungen. Da die politische Führung dieser Clique in den Händen einiger ZK-Mitglieder lag, paralyisierten sie das Zentralkomitee. Gleich darauf sabotierten sie auch ein gemeinsam ausgewähltes Komitee, das angefangen hatte, einen außerordentlichen Kongress vorzubereiten, auf dem dieser Konflikt von allen Parteimitgliedern gemeinsam diskutiert und gelöst werden sollte.

Keine Basis mehr für ein gemeinsames Handeln

Diese Clique blieb keiner einzigen Vereinbarung treu, um diesen Konflikt gemeinsam zu lösen, obwohl sie diese Vereinbarungen selbst mitformuliert hatten. Deshalb distanzieren sich die GenossInnen, die große Energie, Zeit und Arbeit investierten, um die Einheit der Partei zu erhalten, von jeglichem weiteren Dialog mit dieser Clique. So blieb keine Basis mehr für ein gemeinsames Handeln. Unter diesen Umständen wurde die Entscheidung getroffen, zwei getrennte Kongresse zu organisieren. Es war jedem bewusst, dass mit dieser Entscheidung Tür und Tor zur Spaltung der Partei geöffnet wurden. Auf der anderen Seite war dies die einzige Möglichkeit, die Partei von dieser Clique zu befreien. So konnte man der Phase ein Ende setzen, in der die Partei von ihrem eigentlichen Kampf fern gehalten wurde und ständig politische Verluste erleiden musste.

Zwei Kongresse am selben Tag

Am 13. Juli 2014 wurden zwei Kongresse gehalten. Der als „Aufschwung“ bezeichnete Kongress, an dem nicht nur die Mehrheit der Parteimitglieder, sondern auch die zentralen Partei-Büros, alle verantwortlichen Komitees der Partei-Publikationen sowie Arbeiter-Komitees teilgenommen haben, wurde ein sehr großer Erfolg. Es hat sich bewiesen, dass die Clique nicht in der Lage war, die Mehrheit der Parteimitglieder zu beeinflussen. Nur eine begrenzte Zahl der Stadtteilorganisationen aus Istanbul und einige Sektionen der Jugendorganisation nahmen an ihrem Kongress teil.

Trotz allem wollte die Clique nicht aufhören, verschiedene nicht legitime Methoden zu benutzen, um die Führung der Partei in Anspruch zu nehmen. Unter diesen Umständen wurden alle Parteiaktivitäten unter dem Namen der „Kommunistischen Partei der Türkei“ (TKP) eingestellt, um die Partei vor mehr Schaden zu bewahren. Beide Seiten sollten unter anderem Namen arbeiten, bis zu einem Zeitpunkt, an dem ihre Arbeit und ihre Errungenschaften im Klassenkampf ihnen die Legitimation für den Anspruch auf den Namen TKP geben würde.

Kommunistische Partei hat bereits angefangen zu arbeiten

So hat die Partei die Entscheidung getroffen, einen neuen Start im Klassenkampf zu machen und alle Aktivitäten unter dem Namen „**Kommunistische Partei**“ zu führen.

Die Befreiung von der konfusen ideologischen Diskussion gab den GenossInnen neue Energien und unerwartete Kraft. Trotz all der energie-, zeit- und -hoffnungsraubenden Diskussionen der letzten Monate haben die GenossInnen nichts von ihrer Entschlossenheit verloren, für eine neue, sozialistische Türkei zu kämpfen. Jetzt organisieren sie die Partei von Grund auf neu an, um diesen Kampf fortzusetzen.

Deutschlandkomitee der Kommunistischen Partei (der Türkei)

Nachruf auf Wolfgang Leonhard

Horst Schneider: Wolfgang Leonhards Schwanengesang

Als Wolfgang Leonhard am 17. August 2014 starb, war er von mehr als 6.000 Büchern über die UdSSR und die DDR umgeben, teilte das „Neue Deutschland“ seinen Lesern am 23./24. August 2014 mit. Einige davon stammen aus seiner Feder.

Leonhard war bekanntlich bis 1945 in der Moskauer Emigration gewesen und nach der Befreiung Deutschlands mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin zurückgekommen. Zwischen 1945 und 1949 übte er Funktionen in der KPD/SED aus. Seitdem er ab 1949 in Jugoslawien, der BRD und den USA wirkte, hat er davon gezehrt, sein Wissen als „Insider“ phantasievoll als „Kreml-Experte“ zu vermarkten. Seinen Lebensabend verbrachte er in der Eifel. Dort schrieb er auch „Meine Geschichte der DDR“. Das Buch darf wohl als Schwanengesang Leonhards betrachtet werden, und so betrachteten es auch einige Rezensenten.

„Das Parlament“, die Wochenzeitung für Abgeordnete, schenkte in der Ausgabe 25/2007 vom 18. Juni 2007 dem damals 87-jährigen Wolfgang Leonhard, einem der wackersten Streiter gegen den „Stalinismus“, eine ganze Seite. Anlass war das Erscheinen des genannten Buches, aber das Interview, das Christiane Baumann mit ihm führte, ging weit über den Anlass hinaus und umfasste eine Art Bilanz der Ansichten und Absichten Leonhards.

Was den Buchtitel betrifft, so ist er irreführend.

Erstens hat Leonhard nicht in der DDR gelebt und gewirkt. Er ist nach seinen eigenen Angaben auf gefahrvollem, abenteuerlichem Wege – seine phantasievolle Beschreibung in „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, Ausgabe 1990, S. 660f. – (mit U- oder S-Bahn hätte er gefahrlos für 20 Pfennige nach Westberlin fahren können) 1949 nach Jugoslawien geflüchtet. Erst 1990 besuchte er – wieder nach eigenen Angaben – frühere Schulfreunde der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule, u.a. Markus Wolf, Peter Florin, Stefan Doernberg und Friedo Seydewitz, um aus den Gesprächen ein (fragwürdiges) Buch zu machen. (Ich hatte die Möglichkeit, mit Leonhards Schulfreunden nach dem Gespräch Leonhards mit ihnen zu sprechen. Ich kenne ihr Urteil.) Was Leonhard beanspruchen durfte war nur *seine Sicht* auf die DDR, die er jahrzehntelang mit Lügen und Verleumdungen verleumdet und bekämpft hat.

Zweitens: Selbst diejenigen, die an der Spitze des Aufbaus der DDR gestanden hatten, würden die DDR-Geschichte nicht als „meine“ Geschichte reklamieren. So selbstge-

fällig und eitel waren (und sind) die von Leonhard interviewten Moskauer Schulfreunde nicht.

„Das Parlament“ wählte als Titel des Interviews mit Leonhard: „Dennoch habe ich Hoffnung“. Das macht neugierig. Worauf hofft ein Mann, der seit 1950 kaum etwas anderes getan hat (seine Biographie beweist das), als die UdSSR und die DDR zu verunglimpfen? Als Untertitel wählte „Das Parlament“: „Einst gehörte er zu den Führungskadern des Sozialismus – doch seine Ideale konnte er in der stalinistischen DDR nicht verwirklichen“. Hier wird darauf angespielt, dass Leonhard das jüngste Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ gewesen war, die im Mai 1945 in Berlin den Neuaufbau organisierte. Diese Monate hatte Leonhard als „Insider“ bis in die jüngste Vergangenheit phantasievoll und lukrativ vermarktet, aber „Führungskader“ waren seine früheren Schulkameraden, die er bekämpft hatte. Was wollte Leonhard den Lesern mit Hilfe des Interviews in „Das Parlament“ aufschwätzen? Hat er an seinen Idealen im Westen festhalten können?

1-- Er habe mit seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ gezielt und erfolgreich in der DDR Diversion betrieben. Das Buch sei in zehn getarnten Ausgaben, eine als Stalin-Biographie, illegal in die DDR geschmuggelt worden. In etwa 3.000 Briefen sei er über die Wirkung rückinformiert worden. Man muss nicht Historiker sein, um zu fragen: Wem hat das genutzt? Wem geschadet? In wessen Auftrag ist das geschehen? Gehört Diversion zu den Aufgaben eines Historikers? Die „akademischen“ Pausen in Yale und Oxford und die Medien, die sich Leonhards bedienten, sprechen für sich.

2-- Nach 1990 hat Leonhard, wie erwähnt, alte Schulfreunde besucht. Er behauptete, er habe das in Abstimmung mit Willy Brandt getan: „In Ostberlin, in einem früheren Parteigebäude, konkrete, detaillierte Fragen zu stellen, das war mein Gesprächsstil.“ Das schätzbare Ergebnis kann jeder in „Spurensuche“ nachlesen. Im Unterschied zu Leonhard weiß ich, wie die damals Befragten über das Ergebnis seiner „Recherchen“ denken. Immerhin gibt Leonhard zu, dass die „Gespräche“ mit der Einheit endeten, aber erst danach hätten sie interessant und dramatisch werden können. Warum hatte er diese Gespräche nicht mehr gesucht?

3-- Zu Leonhards Schulfreunden und Gesprächspartnern von 1990 gehörte Markus Wolf. Zu den Legenden gehören auch angeblich geplante Entführungen, für die Markus Wolf verantwortlich gewesen sei. Leonhard glaubte das nicht und bedauerte den „Personenfanatismus“: „Aber ernsthaft zu glauben, dass man ins Gefängnis kommen konnte, weil irgendein Böser einen IM-Bericht geschrieben hat, halte ich für abwegig.“ Für eine solche Sicht auf „seine“ DDR-Geschichte hatte Leonhard triftige und verständliche Gründe.

4-- Ihm missfiel, wie die offizielle BRD-Politik mit den IM der Staatssicherheit umgeht. Man müsse an deren Führungsoffiziere und an die in der Politik Verantwortlichen ran. (Im Fall Ingo Steuer hatte er das schon im Fernsehen begründet.) Leonhard konnte sich die Gedanken der DDR-Obersten vorstellen: „Die dummen Wessis, auf die IM zielen sie ab, aber uns lassen sie in Frieden.“ Es bleibt u.a. die Frage, warum führende Politiker der BRD in diesem Falle dem Rat Leonhards nicht folgten und er sich an der Seite Dr. Hubertus Knabes („Die Täter sind unter uns“) befindet.

5-- Damit war das Interview bei der Frage nach Leonhards Meinung zur Versöhnung gelandet. Den Gedanken liebt der Befragte nicht, denn die „hohen SED-Funktionäre“ seien eindeutig „Repräsentanten eines diktatorischen Systems“ gewesen. Zwar habe er in Oxford erfahren, dass man dort „anderen Personen gegenüber toleranter und großzügiger ist“, die „Toleranz ist sogar Teil meiner selbst geworden“, aber gegenüber den „Führungskadern des Sozialismus“, zu denen er laut Titel ja selbst gehört hatte, kommt Versöhnung nicht in Frage.

6-- Leonhard war von der „friedlichen Revolution“ in der DDR begeistert. Er bedauerte, „dass die glänzende Gelegenheit vom Herbst 1989 wieder vorbei ist“. Allerdings sagte er nicht, wofür die Gelegenheit glänzend gewesen sein soll und wer sie warum vertan hat. Trotzdem war er von Hoffnung erfüllt. Leonhard beobachtete 2007 „hochinteressante Erscheinungen, denn der darin enthaltene Antikapitalismus ist unverkennbar“. Wenn er nur noch erklären könnte, worin die „antikapitalistischen“ Erscheinungen zu sehen sind. Und warum er erst sein Leben lang mit den Kapitalisten gegen den „Stalinismus“-Antikapitalismus gekämpft hat, um sich jetzt über „Erscheinungen“ des Antikapitalismus zu freuen. Das Interview schloss mit den Sätzen Leonhards: „Gewiss geht es nicht um den Sozialismus – dieser Begriff ist für die Mehrheit der Bevölkerung diskreditiert – wohl aber um soziale Gerechtigkeit. Das ist keineswegs wie früher eine linke Losung. Nein, das wollen heute die meisten Menschen in Deutschland – und das schafft Hoffnung.“ Da wäre zu fragen: Wer hat denn den Begriff Sozialismus diskreditieren helfen, wenn nicht er und seinesgleichen? Wenn Leonhard „Hoffnung“ auf eine antikapitalistische Bewegung und „soziale Gerechtigkeit“ hatte, müsste es in seinem Sinne gelegen haben, diese Bewegung zu stärken, auch wenn er selbst seit 1950 ein treuer Diener des Imperialismus gewesen ist und auf der anderen Seite der Barrikade gestanden hat.

Horst Schneider

Buchbesprechungen

Heinz-W. Hammer: Antifaschistischer Widerstand – Lehren aus der Geschichte

Zu Gerhard Feldbauers neuem Buch »Die Resistenza – Italien im II. Weltkrieg«

Der Faschismus erhebt, was lange Zeit undenkbar schien, seit einigen Jahren wieder sein Haupt in Europa. Die VVN/BdA analysierte bereits am 01.04.2011: *»Die politische Situation in Europa wird durch eine zunehmende Rechtsentwicklung geprägt. Ausdruck davon sind Wahlergebnisse offen rassistischer und faschistischer Parteien in Europa und eine ideologische Offensive der Rechtskräfte, die mit Totalitarismus-Doktrin das historische Gedächtnis verändern und neue geschichtspolitische Orientierungspunkte setzen wollen. In verschiedenen baltischen Republiken erleben wir die Umdeutung der faschistischen Kollaboration in „Freiheitskampf“. Insbesondere in Lettland und Estland können SS-Verbände ungehindert bzw. mit gerichtlicher Erlaubnis ihre Aufmärsche durchführen. In der West-Ukraine gilt Stepan Bandera, der Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die mit der faschistischen Wehrmacht kollaborierten und an Massenverbrechen in Lwow/ Lemberg beteiligt waren, als „Nationalheld“.*« [1]

Die VVN/BdA kommentierte dann drei Jahre später die EU-Wahlen im Mai 2014:

»Schockierende Spitzenwerte erzielten dabei die Parteien der äußersten Rechten in Frankreich (Front National mit 24,9 %), Dänemark (Dansk Folkeparti mit 26,6 %) und Großbritannien (UKIP 26,7 %). Deutlich verbessert oder auf hohem Niveau stabilisiert haben sich die Rechtsparteien in Österreich (FPÖ 19,7 %), Schweden (Schwedendemokraten 9,7%), Griechenland (Goldene Morgenröte 9,4 %), Finnland (Wahre Finnen 12,9 %) und Ungarn (Jobbik 14,7 %) (...) werden im Gesamtergebnis die Faschisten, Neonazis, Rechtspopulisten und wohlstandchauvinistischen Europaskeptiker in großer Zahl zukünftig die Ressourcen, die ihnen das Europäische Parlament zur Verfügung stellt, nutzen, um von innen heraus anzugreifen, was als Antwort auf die katastrophale Politik ihrer ideologischen Vorväter und Vormütter entstanden ist.«[2]

Der jüngste Tabubruch, bei dem die NATO, EU und ausgerechnet der deutsche, sozialdemokratische Außenminister Steinmeier ein von Faschisten durchgesetztes Putschregime in der Ukraine installierten, verweist darauf, dass es sich hier nicht um ein

»zeitweiliges Phänomen«, sondern wieder um eine strategische Machtvariante des Imperialismus handelt.

Als zentrales Element sieht die VVN/BdA in ihrer o.g. Analyse aus dem Jahr 2011 hierbei eine »*Veränderung des historischen Gedächtnisses*« der Völker.

Diese Einschätzung wird geteilt von dem in italienischer Geschichte habilitierten Dr. phil. Gerhard Feldbauer, der in der verdienstvollen Reihe »*Basiswissen*« des Papy-Rossa-Verlages soeben das Buch »*Die Resistenza – Italien im II. Weltkrieg*« veröffentlicht hat. Der Autor sieht auch in Italien die Geschichtsfälscher am Werk und beschreibt im Vorwort seine Motivation:

»Sich dem Thema der Resistenza zu widmen, erweist sich auch unter dem Gesichtspunkt als zwingend geboten, als reaktionäre und rechtsextreme Kräfte versuchen, sie als wichtigste Wurzel der Italienischen Republik aus den Seiten der Geschichte zu löschen. Diese Angriffe haben zugenommen, seit 1994 der faschistoide Medienmonopolist Silvio Berlusconi, einst Mitglied des Dreierdirektoriums der faschistischen Putschloge P 2, dreimal Ministerpräsident (1994/95, 2001-2006, 2008-2011) wurde. Auch nach seiner Entmachtung haben diese aus antikommunistischer Hysterie gespeisten Angriffe nicht aufgehört.« (S. 10). Feldbauer behandelt die Resistenza, also den bewaffneten Widerstand gegen die Okkupation Nord- und Mittelitaliens durch die deutsche Wehrmacht am 8. September 1943, als Befreiungskrieg mit antifaschistischem, nationalen Charakter, der sich über einen Zeitraum von über zwei Jahrzehnten zu einer einheitlich handelnden Front bereits ab 1922 entwickelte, in acht Kapiteln [3]

In seiner Abhandlung, in der die IKP als führende Kraft der Resistenza herausgestellt wird, wertet der Autor, der auf eine sich über vier Jahrzehnte erstreckende Beschäftigung mit Italien zurückblicken kann, zahlreiche Originalquellen aus, von denen einige auch für jene Leser, die seine bisherigen Veröffentlichungen [4] kennen, neu sind.

Wie gewohnt wird den interessierten Leserinnen und Lesern konzentriertes Wissen, gepaart mit präzisen, klassenmäßigen Analysen geboten, ohne dass der Autor »*sich anmaßt, damit ein Urteil zu fällen*« (S. 10).

Die historischen Wurzeln und der Kern des Kampfes der Resistenza werden im Risorgimento (Wiedererstehung, Erneuerung der nationalen Bewegung von 1789 bis 1870) verortet. Mit dem Bezug der IKP auf diese nationalen Traditionen »*konnten sich die großbourgeois Kreise mit keinem wie auch immer gearteten Argument kaum entziehen, wollten sie nicht ihren Einfluss in der Bevölkerung ernsthaft gefährden.*« (S. 12).

Die Herausbildung eines auch bürgerlichen antifaschistischen Lagers in Italien im Unterschied zu Deutschland wird am Beispiel des bürgerlichen Politikers Alcide de

Gaspari dokumentiert. Während dieser vier Jahre im Zuchthaus verbrachte und sich anschließend erneut in der antifaschistischen Opposition engagierte, hatte sein bürgerliches deutsches Pendant in Person des Kölner OB Adenauer sich von Beginn an mit den Nazis und den italienischen Faschisten arrangiert (*»Der Name Mussolini wird in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen«*). (S. 12/13). Solche hilfreichen Vergleiche zwischen der italienischen und deutschen Entwicklung jener Jahre werden an zahlreichen Stellen des Buches dokumentiert.

Gegen die proletarischen Massenkämpfe 1919/1920 entfesselten die von Mussolini geschaffenen Kampfbünde einen bis dahin beispiellosen Terror, unter dem *»2.500 Italiener getötet, 20.000 von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, insgesamt 15 Millionen Italiener des ganzen Landes ständig dem Terror bewaffneter faschistischer Banden ausgesetzt waren«* (S. 15).

Die im Januar 1921 gegründete IKP hatte daher unmittelbar eine von ihrem großen marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci herausgearbeitete antifaschistische Bündiskonzeption (die auf den Seiten 17 ff. detailliert beschrieben wird) umzusetzen.

Der Aufstieg Mussolinis, seine Rettung in der »Matteotti-Krise« (S. 25ff.) und die Errichtung der offen terroristischen Diktatur (S. 29ff.) konnte – und hier gibt es deutliche Parallelen zum Hitlerfaschismus in Deutschland – nur dank der aktiven Unterstützung des Großindustriellenverbandes Confindustria erfolgen. Als italienische Besonderheit kommt jedoch noch die maßgebliche Beteiligung des Vatikans hinzu, die einen entscheidenden Anteil an der Schaffung einer Massenbasis des Faschismus hatte. Hierzu werden in der vorliegenden Abhandlung zahlreiche Belege geliefert.

Geschildert wird der opferreiche, aber zugleich kluge und Wirksamkeit entfaltende Kampf der illegalen IKP unter diesen schwierigen Bedingungen (S. 32 ff.), der schließlich 1941/42 in der Gründung eines Komitees der Nationalen Einheit (mit den Partner Sozialistische Partei [ISP] und Gruppe Gerechtigkeit und Freiheit [GeL]) mündete, *»ein Vorläufer des Nationalen Befreiungskomitees CLN, das nach der Okkupation Italiens durch die Hitlerwehrmacht gebildet wurde«* (S. 39). Einen *»unwiderstehlichen Schwung«* erhielt die Bewegung durch die Antikriegsstreiks im März 1943, bei deren Aktionen *»überall die illegal kämpfenden Kommunisten als Organisatoren an der Spitze standen«* (S. 40/41).

Im 3. Kapitel (S. 42 ff.) wird die Palastrevolte gegen Mussolini, dessen Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen (*»Bruch mit der faschistischen Achse«*) beschrieben. Auch bei diesem Vorgang wird ein Vergleich zu Hitlerdeutschland gezogen:

»Spätestens hier drängt sich ein Vergleich mit dem im Juli 1944 in Deutschland unternommenen Attentat gegen Hitler auf. Doch im Gegensatz zu Italien musste der

mutige Einsatz des Obersten Graf Schenk von Stauffenberg und weiterer Generäle und Offiziere scheitern, nicht zuletzt deshalb, weil sie keinen Rückhalt unter den herrschenden Kreisen der Wirtschaft hatten. Seitens der faschistischen Partei und ihrer Gliederungen regte sich jedoch keinerlei Widerstand. Der Sturz des »Duce« wurde von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. In einigen Großstädten des Nordens stürmten Gegner des Regimes faschistische Parteisitze und Zeitungsredaktionen, in Turin das deutsche Konsulat. Eine beträchtliche Zahl faschistischer Parteigrößen floh nach Deutschland (...) Die Palastrevolte spiegelte den Realitätssinn der herrschenden Kreise Italiens wider, die über 20 Jahre Träger der faschistischen Diktatur waren, aber nicht in die sich abzeichnende Niederlage Hitlerdeutschlands hineingezogen werden wollten. Ein fast noch wichtigeres Motiv war die Furcht dieser Kräfte vor einem Volksaufstand, der das faschistische Regime stürzen und eine antifaschistische Volksregierung hätte an die Macht bringen können. Die angloamerikanischen Alliierten teilten diese Ängste.« (S. 45/46).

Es folgten der »Waffenstillstand und Kriegserklärung an Hitlerdeutschland« einschließlich strategischer Differenzen innerhalb der Linken (S. 46ff.), und der unrühmlichen Rolle des US-Generals Eisenhower nicht nur gegenüber der verbündeten Sowjetunion, sondern auch gegenüber dem italienischen antifaschistischen Widerstand. Auf die »zwiespältige Haltung der angloamerikanischen Alliierten« wird später nochmal auf den Seiten 74ff. detailliert eingegangen.

Nach dem Beginn der Okkupation erfolgte am 9. September 1943 auf Initiative der IKP die Konstituierung des CLN, die zugleich den Beginn des Befreiungskrieges markierte (S. 50ff.) und der bei den italienischen Streitkräften starken Widerhall fand.

Nach der Kapitulation Italiens nahm der ehemalige Partner Deutschland fürchterliche Rache und entfesselte einen erbarmungslosen Besatzungsterror (S. 53ff.): »Wie Schreiber festhielt, wurden in der Salò-Republik im statistischen Mittel – ohne die gefallenen Partisanen und regulären Soldaten einzubeziehen – täglich 165 Kinder, Frauen und Männer jeden Alters umgebracht« (S.59).

Zugleich entfaltete die »IKP als führende Kraft der Resistenza« (S. 60ff.) eine Massenbasis, u.a., indem sie sich gezielt an die Jugend, die Frauen und Gewerkschafter wandte. Es war auch die IKP, die als erste Partei bewaffnete Abteilungen aufstellte (S.65): »Die Partisanentruppen wuchsen zu einer schlagkräftigen, nach regulären militärischen Grundsätzen aufgebauten Armee an. Bereits im November 1943 wurde auf Initiative der IKP ein einheitliches Generalkommando gebildet, dem alle Partisaneneinheiten unterstellt wurden. Es nahm seinen illegalen Sitz in Mailand. Das Kommando verfügte über einen Aufklärungs- und Sicherheitsdienst, eine Militärgerichtsbarkeit und ein Polizeikorps. Ein „Sicherheitsbericht“ des Wehrmachtsskommandos gab im Juni 1944 an, dass im Mai des Jahres 2.035 und im Juni ungefähr 2.200 Par-

tisanenaktionen stattfanden, dabei im Juni 17 Munitionsdepots und 24 Kasernen und Garnisonen des republikanischen Heeres (die faschistischen Hilfstruppen Mussolinis) sowie eine deutsche Kommandantur angegriffen wurden.» (S. 67)

Als Beispiel für die Hingabe, mit der die antifaschistischen Patrioten kämpften, wird aus dem Abschiedsbrief zitiert, den der kommunistische Arbeiter Eusebio Giambone vor der Hinrichtung durch ein Wehrmachtsskommando an seine Frau schrieb: *»Ich sterbe ungern, aber ich fürchte mich nicht zu sterben. (...) Ich bin ruhig, denn ich bin mir dessen bewusst, dass ich während meines kurzen Lebens Gutes getan habe, nicht nur in den engen Schranken der Nächstenliebe, sondern indem ich mich ganz, all meine Kräfte, waren sie auch nur bescheiden, pausenlos im Kampf für die große heilige Sache eingesetzt habe, für die Befreiung der unterdrückten Menschheit« (S. 73/74).*

Im Kapitel *»Die Wende von Salerno«* (S. 74ff.) wird die komplizierte internationale und nationale Gemengelage analysiert, unter der es dazu kam, dass die IKP eine Beteiligung an der vom König eingesetzten Regierung zustimmte, was sowohl bei den Bündnispartnern wie auch der eigenen Mitgliedschaft nicht unwidersprochen blieb. In der Folge *»brachen zu diesem Zeitpunkt im CLN die Auseinandersetzungen über den politischen und sozialen Charakter der Nachkriegsordnung offen aus«* (S. 86). Die für eine Regierungszusammenarbeit eintretenden DC-Protagonisten *»Mattei und Moro fielen 1962 bzw. 1978 von der CIA inszenierten Mordanschlägen zum Opfer«* (S.87).

Im 6. Kapitel *»Der Sieg über den Faschismus«* (S. 91ff.) wird über den *»Generalstreik und Aufstand im Norden«* im April 1945 berichtet sowie die *»letzte Offensive der Partisanenarmee«* und *»die Hinrichtung des „Duce“«* geschildert.

Das 7. Kapitel *»Die ausgefallene Revolution«* analysiert die desolate ökonomische und soziale Situation Italiens nach der Befreiung, wobei der Autor zu dem Schluss kommt: *»Ende April 1945 bestand in Italien eine klassische revolutionäre Situation, die bis zum Spätherbst anhielt: Der italienische Imperialismus war militärisch geschlagen, seine ökonomischen und politischen Positionen ernsthaft erschüttert. Er verfügte über keine ihm hörige Regierung mehr. Die großbourgeois Vertreter in der antifaschistischen Einheitsregierung befanden sich in der Minderheit und mussten lavieren. Kommunisten und Sozialisten arbeiteten auf der Basis des 1934 geschlossenen Aktionseinheitsabkommens zusammen. Das 1937 in Spanien und im September 1943 erneuerte Abkommen hatte zum Ziel, unter Führung der Arbeiterklasse eine demokratische Republik zu errichten, in der die ökonomischen Grundlagen der Reaktion und des Faschismus durch „Nationalisierung des Monopolkapitals in der Industrie und im Bankwesen“ und „die Vernichtung jeder Art von Feudalismus auf dem Lande“ beseitigt werden sollten (...) Eine zu Beginn des bewaffneten Aufstandes von Togliatti vorgeschlagene Vereinigung beider Parteien, um der Reaktion den „einheit-*

lichen Block der Arbeiterklasse“ entgegenzustellen, war an der Ablehnung des sich herausbildenden rechten Flügels der ISP gescheitert (...)»

Während zu diesem Zeitpunkt IKP und ISP auf jeweils 40% der Stimmen zählten, fanden die Kommunalwahlen im März 1946 und die im Juni folgenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung »bereits im restaurativen antikommunistischen Klima der zum Gegenangriff übergegangenen Konterrevolution statt« (S. 98). Einer »kampfentschlossenen Basis« standen »unterschiedliche Meinungen in der IKP-Führung« entgegen (S. 99ff.) Zeitgleich erfolgte eine »Umgruppierung der Klassenkräfte« innerhalb der antifaschistischen Einheitsfront: »Aus einem Teil der Verbündeten im Kampf gegen Hitlerdeutschland und seine italienischen Handlanger — das waren vor allem großbourgeoise Kreise, Großagrarien und Monarchisten — wurden in der neuen Etappe Gegner. Sie suchten und erhielten von Anfang an die Unterstützung der angloamerikanischen Besatzungsmacht.« (S. 102). Obwohl die internationalen Faktoren zu diesem Zeitpunkt für die Linke durchaus noch günstig waren (S. 103 – 105), sollte sich die »problematische Kompromissbereitschaft Togliattis gegenüber dem Alliierten Militärkommando (Römisches Protokoll) und dem offen agierenden rechten Flügel des CLN« bitter rächen. Denn die Alliierte Militärregierung der besetzten Territorien (Amgot) verhängte nun rigorose Verbote gegen das Nationale Befreiungskomitee in Norditalien (CLNAI) und untersagte politische Versammlungen und öffentliche Reden vor den Arbeitern in den Fabriken.

Feldbauer kommt in Zusammenhang mit der »Entwaffnung der Partisanen« schließlich zu der Einschätzung: »Gegen die Priorität eines parlamentarischen Weges, kombiniert mit einer Massenmobilisierung zur Durchsetzung revolutionär-demokratischer, wohlgemerkt noch nicht sozialistischer, Veränderungen, wäre nichts einzuwenden gewesen. Die IKP schwächte jedoch die eigenen Positionen durch immer neue problematische Zugeständnisse an die großbürgerlichen Rechtskräfte, womit sie deren restaurative Ambitionen zu beschwichtigen suchte, ihnen aber tatsächlich weiteren Auftrieb gab. Parallel dazu fehlte es an einer Mobilisierung der Basis der Partei und der Linken überhaupt, um den parlamentarischen Weg mit revolutionären Massenaktionen zu unterstützen und den Machenschaften der von der Besatzungsmacht begünstigten inneren Konterrevolution zu begegnen. Diese Zugeständnisse wurden in ihrer vollen Tragweite verschwiegen oder verharmlost. Bereits im Mai/Juni 1945 wurde diese Haltung von der Basis als Zurückweichen kritisiert, was Finanzminister Mauro Scoccimarro in der »Rinascita« (Nr. 5/6—1945) zurückwies.« (S. 107ff.) Auf den Folgeseiten wird diese Schlussfolgerung mit weiteren Fakten untermauert.

Im letzten Kapitel »8. Was erreicht wurde« wird zunächst konstatiert, dass, nachdem die revolutionäre Chance verpasst wurde, somit auch die sozialökonomischen Wur-

zeln des Faschismus nicht beseitigt, die Macht des Großkapitals nicht beschnitten und die des Grundbesitzes der Latifundistas nicht eliminiert wurden. Bei dem im Juni 1944 stattgefundenen Referendum über die Staatsform (also die Beseitigung »der Monarchie als einen Träger der faschistischen Diktatur von 1922 bis 1943«) fand laut Feldbauer mit 54,3% der Stimmen für die Republik der »letzte Sieg der Resistenza« statt (S.115). In der Folge »wurde die Verfassungsgebende Versammlung zu einem entscheidenden Terrain des Kampfes um demokratische Veränderungen« (S. 116/117). Auch hier rächte sich die ambivalente Haltung der IKP-Führung: »Wie bereits ausgeführt, stimmte die IKP den zwischen Mussolini und dem Vatikan 1929 geschlossenen Lateranverträgen zu, was eine nachträgliche Rehabilitierung der über 20jährigen Mussolini-Diktatur darstellte. Dieses Zugeständnis widersprach allen Erfahrungen, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung seit ihrer Geburt mit dem katholischen Klerus und der Kurie als ihrem entschiedenen Feind und Verbündetem der kapitalistischen Ordnung gemacht hatte. Die antikommunistische Kampagne des Vatikans zur Unterstützung der DC bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1948 verdeutlichte, wie verhängnisvoll das Zugeständnis der IKP war. Die katholische Kirche rückte keinen Fußbreit von ihrem Hass gegen Sozialisten und Kommunisten ab. Pius XII. ließ Kommunisten und Sozialisten massenhaft exkommunizieren, um von der Wahl der Arbeiterparteien abzuschrecken. Aus dem Vatikan wurde gefordert, die im Dezember 1946 wiedergegründete Mussolini-Nachfolgepartei MSI in ein „nationales Bündnis“ einzuschließen.« (S. 117/118)

Gleichwohl wird den Linken attestiert, durchaus Erfolge bei der Verankerung antifaschistisch-demokratischer und politisch-sozialer Grundsätze in der Costituzione erungen zu haben, was an einige Beispielen erläutert wird. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass man zwar keine Illusionen haben dürfe, die italienische Verfassung aber als Ergebnis des Kampfes der Resistenza »insgesamt zu den fortschrittlichsten Grundgesetzen westeuropäischer Staaten dieser Zeit« zu zählen ist.

Das vorliegende Buch bietet in seinem komprimierten Format einen sehr guten Überblick über die Entwicklung unseres südlichen Nachbarlandes in jener Zeit, aber auch grundsätzliche Anregungen zu Fragen des antifaschistischen Kampfes und der Bündnispolitik in unserer Zeit, in der die antifaschistische Herausforderungen ebenso zwingend werden wie der Kampf gegen neue Kriege.

Formal sehr hilfreich sind die Fußnoten auf den jeweiligen Seiten mit knapp zusammengefassten Vorstellungen der handelnden Personen ebenso wie der Anhang mit häufig verwendeten Abkürzungen, Literaturhinweisen und einem Personenregister. Weiterführende und vertiefende Literatur zum Thema Italien siehe Fußnote [4]

Gerhard Feldbauer, »Die Resistenza – Italien im II. Weltkrieg«, PapyRossa Verlag, Köln, 2014, ISBN 978-3-89438-559-0, www.papyrossa.de

Fußnoten

[1] »Europäische Erinnerungspolitik in Europa im 21. Jahrhundert«, <http://vvn-bda.de/europaische-erinnerungspolitik-in-europa-im-21-jahrhundert/>

[2] Martin Schirdewan in: »antifa – Magazin der VVN/BdA«, Ausgabe 07-14 (Juli 2014), <http://antifa.vvn-bda.de/2014/07/25/rechtsruck-in-europa/>

[3] 1. Historische Wurzeln, 2. Die antifaschistische Einheitsfront, 3. Bruch mit der faschistischen Achse, 4. Der Befreiungskrieg, 5. Die Wende von Salerno, 6. Der Sieg über den Faschismus, 7. Die ausgefallene Revolution, 8. Was erreicht wurde

[4] siehe u.a.:

»Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien«, Elefantpress, Berlin 1996.

»Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo. Moro, Rote Brigaden und CIA«, PapyRossa, Köln 2000;

»Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien«, PapyRossa, Köln 2002;

»Berlusconi ein neuer Mussolini?«, 2. Auflage. Neue Impulse, Essen 2003;

»Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre. Aldo Moro gewidmet«, Neue Impulse, Essen, 2003;

»Zum Opportunismus in der kommunistischen und sozialistischen Bewegung Italiens. Von den Anfängen bis zur Gegenwart«, zwei Teile, Offensiv-Verlag, Hannover 2003;

»Mussolinis Überfall auf Äthiopien. Eine Aggression am Vorabend des Zweiten Weltkrieges«, Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 2006;

»Benedikt XVI. und das Bündnis der Kurie mit Reaktion und Faschismus«, Offensiv-Verlag, Hannover 2007;

»Warum Aldo Moro sterben musste – Die Recherchen des Commisario Pallotta« , Kriminalerzählung, Juni 2008 als Sonderheft 4/2008 der Zeitschrift »offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden« (Rezension siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Rezension%20Moro.pdf>); überarbeitete und erweiterte Ausgabe , Dezember 2011, in der Reihe »Literaturbeiträge in der Erich-Weinert-Bibliothek der DKP Berlin«;

»Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute«, Papyrossa. Köln 2008 (Rezension siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Italien%20-%20Rezension%20Geschichte%20Italiens,%20Sonja%20Ryll,%20jW,%2011.08.08.pdf>);

»Benedikt XVI. - Ein Papst und seine Traditionen - Streiflichter aus der Geschichte des Vatikans«, Januar 2010. PapyRossa-Verlag;

»Wie Italien unter die Räuber fiel – Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde«, PapyRossa Verlag, 2011 (Rezension siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Vermischtes/Versch.,%20Literatur,%202011-11-30,%20NRhZ%20-%20Rezension%20Italien-Raeuber.pdf>);

»1945 fiel in Italien die Revolution aus«, offen-siv-Sonderheft 6/2012, Juli 2012);

Weitere Veröffentlichungen/Artikel siehe:

<http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Internationale%20Solidaritaet.html#Italien>

Heinz-W. Hammer

Gerhard Feldbauer: Ralph Rudolf / Uwe Markus: Die verratene Armee. Eine neue Publikation über das Ende der Nationalen Volksarmee der DDR

Unter dem Titel „Die verratene Armee“ haben zwei Insider, Ralf Rudolph und Uwe Markus, im Berliner Phalanx Verlag in der Edition Militärgeschichte und Sicherheitspolitik eine Publikation (ihre sechste) zum Ende der Nationalen Volksarmee der DDR veröffentlicht. Zu den im Verlagstext vorgestellten Autoren heißt es: Rudolph, Jg. 1938, Oberst a. D. und Diplom-Ing., studierte am Institut für Luft- und Raumfahrt in Moskau, war langjähriger Betriebsdirektor des Raketeninstandsetzungswerkes Pinnow, danach Abteilungsleiter für Spezielle Produktion (Rüstungsproduktion) im Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, 1990 Abteilungsleiter für technische Abrüstung im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, schließlich Unternehmensberater für ein Schweizer Consultingunternehmen mit Arbeitsschwerpunkt Rüstungskonversion. Markus, Jg. 1958, promovierter Soziologe, war bis 1990 am Institut für Sozialwissenschaftliche Studien in Berlin tätig, seither arbeitet er als Marktforscher, Marketingberater und Dozent. Seinen Militärdienst leistete der Oberleutnant a. D. als Zugführer eines Panzerzuges in der 9. NVA-Panzerdivision.

Die Autoren vermitteln umfangreiche Informationen zur Rolle der NVA in der letzten Etappe der Existenz der DDR, die bisher weitgehend nur Insidern bekannt sind, so

auch zur hochmodernen konventionellen Ausrüstung und ihrer qualifizierten Beherrschung durch Soldaten und Offiziere. Schon das dürfte einen breiten Kreis interessierter Leser ansprechen. Die Verfasser verdeutlichen den gesellschaftlich-politischen Hintergrund der Entwicklung 1989/90, der durch folgende Faktoren charakterisiert wurde: Der Übergang Gorbatschows auf sozialdemokratische Positionen und sein Verrat am Sozialismus und an den Mitgliedern des Warschauer Vertrages wirkten sich verheerend aus, darunter auf die DDR als den engsten Verbündeten. Orientiert an Gorbatschow riss mit Gregor Gysi an der Spitze eine revisionistische Gruppe in einem Parteiputsch die Führung der SED an sich und leitete deren Umwandlung in eine nichtkommunistische sozialdemokratisch orientierte „Partei des demokratischen Sozialismus“ ein (aus der die heutige Partei „Die Linke“ hervorging). Ihr bis März 1990 amtierender Ministerpräsident Hans Modrow wich angesichts der Haltung Moskaus vor dem wachsenden Druck der Bundesregierung unter Kanzler Kohl zurück. Die unter mysteriösen Umständen am 9. November 1989 geöffnete Grenze nach Westberlin wie danach zur Bundesrepublik wurde nicht mehr kontrolliert, was der Konterrevolution Tür und Tor öffnete. Im Todeskampf, der für die DDR begann, wäre eine Staatssicherheit dringend erforderlich gewesen. Stattdessen löste Modrow das Ministerium für Staatssicherheit auf und verzichtete auf Forderung des „Runden Tisches“, der objektiv und von den meisten seiner Teilnehmern her auch subjektiv konterrevolutionäre Positionen vertrat, auf ein geplantes Amt für Nationale Sicherheit.

Parallel zur Liquidierung der Sicherheitsstrukturen wurden die SED-Basis-Organisationen in den Betrieben beseitigt, die Kampfgruppen aufgelöst und die NVA ruhiggestellt bzw. durch erste Generalsverhaftungen eingeschüchert. Ähnlich wurde in der NVA mit der Beseitigung der Parteistrukturen der SED verfahren, der die Auflösung der Politabteilungen folgte. Das erwies sich, halten die Autoren fest, „angesichts noch wenig ausgereifter Vorstellungen über Inhalte und Strukturen der staatsbürgerlichen Arbeit als Auftakt nicht nur für die Entpolitisierung der Armee, sondern auch für die Zerstörung der historisch gewachsenen politischen Identität vor allem des Offizierskorps.“ Die Modrow-Regierung ließ zu, dass in der NVA auf allen Ebenen mit dem Oppositionsgremium des „Runden Tisches“ zusammengearbeitet und diesem ein Mitspracherecht über die die Armee betreffenden Reformen eingeräumt wurde, womit - wie auf Regierungsebene - auch in der Armee eine „Doppelherrschaft“ installiert wurde. Hier wie an anderen Stellen sprechen die Autoren Klartext, wenn sie festhalten: „Es dürfte ein historisches Novum sein, dass eine Armeeführung, die verfassungsrechtlich ausschließlich der noch amtierenden Regierung unterstand, freiwillig militärpolitische Konzeptionen mit oppositionellen Kräften diskutierte, die teilweise eben die Streitkräfte ausschalten wollten“, und „die neuen Gesprächspartner wollten erkennbar Macht und versuchten, ihr Gremium als Instanz mit politischer Weisungsbefugnis zu etablieren.“ Im Ministerium der NVA war „die Neigung ausgeprägt,

sich im vorseilenden Gehorsam den Forderungen der verschiedenen Interessengruppen und Parteien auf der politischen Bühne des Landes“ anzupassen.

Unter dem gezielten Einfluss der Opposition brachen im Januar 1990 in 40 Kasernen bzw. Truppenteilen der NVA Soldatenstreiks aus und in einigen Dienststellen wurden Soldatenräte gebildet, die den Strafbestand der Meuterei erfüllten (§ 259 Militärgerichtsordnung der NVA). Der Minister, Admiral Theodor Hoffmann, begab sich zu einer Versammlung der Streikenden in Beelitz und stimmte ihren Forderungen im Wesentlichen zu. Die Forderungen von Kommandeuren, das Fallschirmjägerbattalion gegen die Meuterer einzusetzen, lehnte er ab, da er das, wie er begründete, „für altes Denken“ hielt und er damit „den friedlichen Charakter der Wende in der NVA verletzt“ hätte.

Die Autoren verdeutlichen auch, dass die DDR, als sie von Gorbatschow fallen gelassen wurde, den wichtigsten außen- und militärpolitischen Faktor ihrer Existenzsicherung verlor, und sie damit nicht mehr zu retten war. Doch ihr Anschluss an die BRD hätte nicht in jene kampf- und bedingungslose Kapitulation münden müssen, die von der letzten DDR-Regierung unter De Maizière vollzogen wurde, aber bereits unter der Regierung Modrow und der PDS unter Gysi einsetzte. Die Autoren treffen hier eine Kernaussage: „In dem Maße, wie die staatlichen Strukturen sukzessive zerstört und die verfassungsrechtlichen Grundlagen der DDR mit kräftiger Unterstützung von außen in Frage gestellt wurden, wäre es Aufgabe der politisch Verantwortlichen gewesen, der Armee einer aktiven Rolle bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung zuzuweisen, statt sie durch Stillhaltebefehle als Machtfaktor zu paralysieren“. Das wäre „kein Staatsstreich gewesen“, sondern hätte, so Markus/Rudolph weiter, „mit hoher Wahrscheinlichkeit viele erhitzte Gemüter beruhigt und zur Relativierung radikaler Machtambitionen mancher Oppositionspolitiker beigetragen. Außerdem hätte ein solches Statement der Militärführung all jenen DDR-Bürgern den Rücken gestärkt, die für ihr Land eine sozialistische Perspektive befürworteten.“

Ausführlich wird auf die Situation im Spätherbst in der DDR eingegangen, in der sich die Unzufriedenheit eines Teils der DDR-Bürger mit ihrem Staat und seiner Führung in Protestdemonstrationen äußerte und sich die Frage stellte, die NVA gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Die DDR-Führung wurde in dieser Situation Opfer ihrer eigenen Propaganda, die immer von sich gab, das „ganze Volk“ stehe hinter ihr. Völlig übersehen wurde hier, dass in den Klassenkämpfen der Jahrhunderte es den Ausbeutern und Unterdrückern immer gelang, Teile des Volkes für ihre Interessen zu missbrauchen. Das hätte stärker herausgearbeitet werden können. So auch, dass auf diese Proteste der Gegner, in vorderster Linie die USA mit ihrem Headquarter CIA in Westberlin, massiv Einfluss nahm. In Washington hatte man frühzeitig erkannt, dass der „Verkauf“ der DDR durch Gorbatschow an die Bundesrepublik beschlossene

Sache wurde. Monate bevor die Unruhen in der DDR ausbrachen, schickten die USA ihren wichtigsten Mann der CIA, Drei-Sterne-General Vernon A. Walters, bereits im April 1989 als Botschafter getarnt nach Bonn, um auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen. Wie Walters in seinem Buch „Die Vereinigung war voraussehbar“ (Siedler-Verlag 1994) offenbarte, habe ihn Präsident Bush (Senior) klar gesagt, dass es darum gehe, den Hauptstoß gegen die DDR zu führen, um „dem sowjetischen Sicherheitssystem das Herz herauszureißen“.

War es im Spätherbst 1989 gerechtfertigt, die NVA nicht gegen die Proteste einzusetzen, so stand diese Frage, wie die Autoren verdeutlichen, spätestens nach dem Amtsantritt der Regierung Lothar De Maizière anders. Markus/Rudolph widmen sich der bis heute nicht untersuchten Frage, ob und welche Möglichkeiten es im Militärbereich gab, dem nun massiv einsetzenden Vormarsch der Konterrevolution entgegenzutreten und ihn aufzuhalten und gehen auch auf die Frage ein, ob die Militärs der DDR einen Putsch gewagt hätten. Immerhin standen für den „Tag X“ in der DDR bereit: 365.000 Mann der Westgruppe der Sowjetarmee, 172.000 Mann der NVA, Volkspolizei und Staatssicherheit mit je 90.000 Mann Bewaffneter und (bevor sie aufgelöst wurden) 400.000 Mann der Betriebskampfgruppen. Der Innenminister De Maizières, Peter Michael Diestel, äußerte später, dass die Uniformträger gezielt mit Zuversicht geradezu zugepflastert wurden, um das zu verhindern und gab zu: „Wenn man ihnen von vornherein gesagt hätte, liebe Freunde, ihr müsst jetzt eure Waffen abgeben, und mit dem Beitritt (zur BRD) werdet ihr dann völkerrechtlich diskriminiert, werdet strafverfolgt, werdet auch in der öffentlichen Bewertung deklassiert, dann hätte es den Putsch gegeben.“ Markus/Rudolph schlussfolgern: „Gegen den Widerstand einer strategisch denkenden und entschlossen auftretenden NVA-Militärführung, die sich aus dem politischen Entscheidungsprozess nicht hätte verdrängen lassen, wäre die Durchsetzung der in Bonn erdachten Auflösungsstrategie nicht möglich gewesen“.

Unter anderem äußern sich die Autoren zur Rolle des letzten Dienstherrn der NVA, dem früheren Pfarrer Rainer Eppelmann, der sich Minister für Abrüstung und Verteidigung nannte und dessen Heuchelei keinerlei Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Generalität fand sich unter dem neuen NVA-Chef, Admiral Theodor Hoffmann, auch damit ab, dass mit Ausnahme der ersten Beratung, „keine Vertreter der Militärführung bei den Verhandlungen der die NVA betreffenden Teile des Einigungsvertrages zugegen“ waren. „Und die Generale gehorchten“. Allerdings meinen die Verfasser, Eppelmann könnte eine Zeit lang selbst an die von ihm verbreiteten Illusionen von der Existenz zweier Armeen im „vereinigten Deutschland“ geglaubt haben. Wie weit das zutreffen könnte, muss hier dahin gestellt bleiben. Fest steht, dass Eppelmann als ein übler Heuchler agierte, was soweit ging, die NVA als „Machtinstrument des stalinistischen Unrechtsregimes der SED“ zu diffamieren, sie am 20. Juli 1990 gleichzeitig den Eid für den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik schwö-

ren zu lassen. Nachsprechend lautete der Schlusssatz: „Ich schwöre, meine ganze Kraft zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.“ Hier hätte es also eine auch rechtliche Grundlage gegeben, seitens der NVA gegen die Einverleibung der DDR durch die BRD Widerstand zu leisten.

Der Journalist der „jungen Welt“, Peter Wolters, der als Aufklärer der HVA selbst zu seinen Überzeugungen mutig bis zum bitteren Ende und auch im Gefängnis der Klassenjustiz gestanden hat, stellte die Kernfrage: „Objektiv gesehen war der Anschluss der DDR eine Konterrevolution – hätte die NVA sich ihr nicht entgegenstellen müssen“ und fragte: „wie hat sich die politische Führung verhalten?“ (jW, 2. Dezember 2013). Markus/Rudolph schätzen ein, „dass die noch in Amt und Würden befindliche Führungsspitze der NVA den Herausforderungen der System- und Staatskrise nicht gewachsen war“. Das Verhalten einiger ihrer Generäle und Admiräle mit Theodor Hoffmann an der Spitze - Ende September 1990 waren das noch 24 - ging so weit, dass sie selbst bereit waren, in den Dienst der Bundeswehr, nachgewiesener Maßen seit ihrer Geburtsstunde als eine Aggressionsarmee des deutschen Imperialismus aufgebaut, zu wechseln.

Ein angefügter Beitrag des Oberstleutnants Ingo Höhmann, Jg. 1953, 1989/90 Kommandeur eines Mot.-Schützenbattalions, belegt, dass es durchaus genügend Offiziere und Soldaten gab, die bereit waren, die DDR zu verteidigen. Er schreibt: „Es gab offensichtlich bei jenen DDR-Bürgern, die noch loyal zu ihrem Staat standen, die Hoffnung, dass die Armee sich der völligen Auflösung der staatlichen und politischen Ordnung entgegenstellt. Das war in meinen Augen eine Legitimation für ein stabilisierendes Eingreifen der Streitkräfte. Die DDR-Regierung hätte in der damaligen Situation jedes Recht der Welt gehabt, den Ausnahmezustand auszurufen.“ Leute wie Höhmann wurden jedoch im Stich gelassen und wie der Titel des Buches aussagt, verraten. Dass zahlreiche DDR-Bürger darauf warteten, dass die NVA Position bezieht, zeigte sich auch, als im Januar 1990 250.000 Menschen an einer Protestdemonstration gegen Hakenkreuzschmierereien am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin Treptow teilnahmen und die in Uniform kommenden Soldaten und Offiziere lebhaft, u. a. mit Rufen „Da seid ihr ja endlich“ begrüßt wurden.

Markus/Rudolph leisten mit ihrer souveränen Abhandlung einen gelungenen und tiefgehenden Beitrag zu einer immer noch ausstehenden Gesamtanalyse der Rolle der NVA in der letzten Phase der Existenz der DDR. Es ist zu wünschen, dass ihr Buch dazu Anlass gibt. Bei dieser Analyse wird man nicht umhin kommen, einen Blick auf das zu werfen, was die Klassiker zu solchen Augenblicken der Klassenauseinandersetzungen sagten, um Schlüsse für 1989/90 zu ziehen. Darunter, was Marx zur Machtergreifung des Pariser Proletariats im März 1871 sagte (Brief an Ludwig Ku-

gelmann, MEW (DDR-Ausgabe), Bd. 33, S. 209) oder das Vorwort Lenins zur russischen Übersetzung der Briefe von Marx an Kugelmann, Werke, Bd. 12 (DDR-Ausgabe), S. 103).

Uwe Markus/Ralf Rudolph: Die verratene Armee. Phalanx. Edition Militärgeschichte und Sicherheitspolitik. Berlin 2013. ISBN 978-3-00-041734-4. Lieferbar über den Buchhandel, die jW-Ladengalerie oder direkt beim Verlag. Mail: Markus-Berlin@t-online.de.

Gerhard Feldbauer

Erich Buchholz: Brigitte Queck: Die Ukraine im Focus der NATO; Russland das eigentliche Ziel

Vorbemerkung der Redaktion: Im Heft Juli-August 2014 hatten wir einen Hinweis der „Mütter gegen den Krieg“ auf das Buch von Brigitte Queck gebracht. Der Genosse Erich Buchholz geht nun etwas genauer auf das Buch ein.

Deutschland wurde Weltmeister (im Fußball), die Medien gehen zur Tagesordnung über: viele Tote in Palästina usw.

Und was passierte in der Ukraine? Falsch. Es ist zu fragen, was ist in diesem Jahr in der Ukraine - oder mit ihr? - geschehen?

Auch wenn man, wie der Rezensent, sich dessen bewusst wurde, dass die USA unter Truman durch den ersten Abwurf von Atombomben im Sommer 1945 den "Kalten Krieg" gegen die Sowjetunion zu dem Zweck eröffnete, die Weltherrschaft zu erlangen, ist solche Erkenntnis auch für die Vorgänge in der, vor allem mit der Ukraine, bedeutsam, aber nicht ausreichend.

Gebotene Hilfestellung gibt uns Brigitte Queck. Es sind nicht nur die sorgfältigen Recherchen, sondern nicht zuletzt haben wir in ihr eine diplomierte Staatswissenschaftlerin für das Gebiet Außenpolitik, die über die für das von ihr bearbeitet Thema erforderlichen völkerrechtlichen Voraussetzungen verfügt und die gebotenen Zusammenhänge in der aktuellen internationalen Politik herzustellen weiß, z. B. den drohenden Staatsbankrott der USA, den "Krieg" um das Erdöl, "Entmachtungen" im Nahen Osten usw...

Das Buch ist anschaulich - mit fast zu vielen Fotos - und übersichtlich gestaltet. Eine knappe Zusammenfassung hilft dem Leser, sich zu vergewissern, dass er ihren Er-

kenntnissen zu folgen r, insbesondere denen, die in dem Titel des Buches mitgeteilt sind. Ein Anhang (mit 270 S. mehr als die Hälfte des Buches) gibt dem Leser die Möglichkeit, detailliert in die Vorgänge einzusteigen.

Wie begann alles? Die Ukraine war bis dato ein für die Medien wenig interessantes Land.

Es war die "Junge Welt", die (m.W. als erste deutsche Tageszeitung) den Sturz der legalen Regierung der Ukraine als faschistisch kennzeichnete. Er kam nicht von ungefähr, sondern war - wie viele militärische Vorgänge - von langer Hand durch die US/NATO/Israel vorbereitet worden. Da Russland in besonderem Maße solchem Weltherrschaftsstreben der USA vermittels der NATO und der "bundesdeutschen" EU (wie die JW treffend formuliert) auf die Finger schaut, wurde es unter Putin (wie früher die SU) zum Hauptfeind der USA, das deshalb "zum eigentlichen Ziel" der weltweiten, sich über mehr als ein halbes Jahrhundert erstreckenden, auf die Weltherrschaft der USA gerichteten Bestrebungen wurde.

Vom Buchdeckel der Zweiten Auflage des Buches tief beeindruckt, möchte ich noch hinzufügen:

Das Andenken an die am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus von Odessa bestialisch Ermordeten, über 100 verbrannten, verstümmelten und erschossenen ukrainischen Bürger durch den faschistischen Mob, die Dutzenden von Toten in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol, sowie der Widerstand gegen die selbst ernannte, durch einen von der US/NATO unterstützten Putsch zur Macht gekommene Regierung in Kiew, die im Osten und Südosten der Ukraine die Häuser der Aufständischen bombardieren und aufständische Zivilisten erschießen ließ, wird in die Analen der Geschichte eingehen als heroischer Widerstand des Volkes gegen Faschismus und Krieg.

Professor Chossudovsky schreibt dazu: *„Der Neo-Nazi Mob in Odessa wurden mit Unterstützung des Kiewer Regimes einbezogen in eine Terroristenoperation, die darauf zielte, unschuldige Zivilisten zu ermorden.*

Da ging nichts spontan oder zufällig vonstatten bei dieser teuflischen und kriminellen Unternehmung, die bei dem Massenmord von föderalen Aktivisten innerhalb des Gewerkschaftshauses stattfand.“

Das Gebäude wurde in Brand gesetzt als Teil einer sorgfältig geplanten paramilitärischen Operation.

Tatsachenmaterial belegt, dass Vertreter der USA und der NATO direkt an dieser Niederschlagung der so genannten „pro-russischen“ Aktivisten beteiligt waren und dass sie sowohl den Rechten Sektor als auch die Nationalgarde der Kiewer Regierung beraten haben.

Von Historikern bestätigt, jedoch der Öffentlichkeit nicht bekannt, ist die langfristige und heimtückische Unterstützung der Organisation der OUN der Ukraine durch die USA, die diese Neo-Nazis nach dem 2. Weltkrieg als ein Mittel, die Sowjetunion zu destabilisieren, für ihre Zwecke benutzten. Diese Unterstützung war ein integraler Bestandteil der „Truman Doktrin“, die vom US-Außenministerium unter George Kennan formuliert worden ist.

Als die deutschen Faschisten von der Roten Armee aus der Ukraine vertrieben wurden, sind viele OUN- Mitglieder („Nachtigall Batallion“), die in Nazi-Polizeiformationen gedient und sich an SS-Exekutionsaktionen beteiligt hatten, mit ihnen geflohen, aber einige Tausend zogen sich in die Karpaten zurück, um eines Tages gegen die verhasste Sowjetregierung zu kämpfen.

Diese übrig gebliebene Nightingale-Gruppe faszinierte die CIA und wurde im Wesentlichen rekrutiert. Man brachte deren Führer zum Training und zum Zwecke der Indoktrinierung in die Vereinigten Staaten. Nach diesem Training in den Vereinigten Staaten wurden die Nightingale-Führer in der Ukraine per Fallschirm abgesetzt, damit sie sich mit ihren Compagnons verbinden und subversive Tätigkeiten, Agitation und Sabotage, einschließlich Anschlägen, gegen die Sowjetunion verüben sollten.

Erich Buchholz

Brigitte Queck: „Die Ukraine im Fokus der NATO – Russland das eigentlich Ziel“, Zambon-Verlag; Frankfurt am Main 2014, ISBN: 9 783889 75231 4

Leserinnen-Brief

Gudrun Elisabeth Huhn: Ich würde doch ganz gerne wissen, was andere dazu meinen

Die „Linken“ im weitesten Sinne haben in den letzten Monaten die Vorgänge im Osten des derzeitigen Staates Ukraine aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, immer aber mit der Fragestellung „Was will Kiew“ oder „Was will Moskau“. Ich frage mich: „Was will Lugansk?“

Und da ich darüber keine unwiderlegbaren Aussagen machen kann, bin ich gezwungen zu theoretisieren.

Wir sind uns in der Linken hier in Deutschland (in der Theorie) recht einig darüber, dass jeder Bürger das Recht hat, einen Staat, dem er durch Geburt oder frühere Entscheidungen angehört, auch dauerhaft zu verlassen.

Auch besteht Einigkeit darüber, dass es ihm möglich sein muss, persönliche Habe und tragbares Vermögen in einem gewissen Umfang mit sich zu führen. Ob er ein Recht auf Veräußerung seines privaten und wirtschaftlichen Grundeigentums zu einem marktüblichen Preis und Überweisung des Erlöses an seinen zukünftigen Aufenthaltsort hat, machen viele Betrachter von ihrem eigenen Verhältnis zum Grundeigentum in Privatbesitz abhängig.

Aber auch wer sein gesamtes juristisches Eigentum mit sich davontragen kann, verliert viel, und er verliert umso mehr, wenn dieses Eigentum klein ist. Er verliert die Stammkneipe an der Ecke, Kirche und Gemeindehaus am Ende der Straße, den Stadtpark und das ruhige Angelplätzchen am Flussufer und das Amt, in dem man für seine Probleme ein gewisses Verständnis hatte, weil für Verständnis das Verstehen der eigenen Sprache oder des eigenen Dialektes wichtig ist. Und natürlich verliert er in jedem Falle seinen Arbeitsplatz, wie immer der auch im Einzelnen ausgesehen hat, und das ist für Viele so schlimm, dass sie sich nie von dem Verlust erholen.

Doch wem gehören Stammkneipe und Kirche und Stadtpark und Amt?

Doch wohl denjenigen, da sollten wir uns als „Linke“ einig sein, die das alles finanziert und erbaut und erhalten haben, also den Anwohnern. Und ihnen mit Sicherheit mehr als irgendeiner Regierung einige Hundert Kilometer weiter westlich, selbst wenn diese Regierung sich zufällig „demokratisch“ schimpfen sollte.

Und wenn sich diese Anwohner nun in ihrer weit überwiegenden Mehrheit entschließen, einen Staat, in dem sie sich gedemütigt und diskriminiert und vernachlässigt fühlen und in dem sie keine Zukunft für sich und ihre Kinder sehen, zu verlassen und neben dem individuellen auch ihr gemeinsames Eigentum mitzunehmen, wenn sie so nicht jeder einzeln fliehen, sondern gemeinsam mit ihrem Territorium, der Stammkneipe, der Kirche, dem Stadtpakt und dem Amt diesen Staat verlassen, dann sollte man alles tun, um sie in der Ausübung ihres Rechtes zu unterstützen.

Diese Überlegungen habe ich mir seit der Lektüre des Mai-Juni-Heftes gemacht. Es hat ein bisschen gedauert. Ich würde doch ganz gerne wissen, was andere dazu meinen.

Gudrun Huhn

<h2>In letzter Minute</h2>

Red. offen-siv: Ein Beispiel für die aktuelle Kriegshetze

Am 4. 9. brachte die „junge Welt“ einen Bericht von Peter Wolter über den Westdeutschen Rundfunk (WDR).

Wir fassen die Ergebnisse hier kurz zusammen.

Beim WDR wird in einer Dreistigkeit gelogen und ein Kriegsgerassel veranstaltet, wie wir es sonst nur von der „Bild“ kennen.

Die Fakten: Auf der Internetseite von WDR 5 veröffentlichte der WDR ein Foto mit der Bildunterschrift: *„Russische Kampfpanzer fahren am 19. 08. 2014 noch unter Beobachtung von Medienvertretern in der Ukraine“*. Das Foto allerdings stammte von einem Manöver namens „Kaukasus 2009“, ist als 5 Jahre alt und mitnichten in der Ukraine aufgenommen.

Darauf hingewiesen, wurde das Foto ausgetauscht und der WDR entschuldigte sich: *„Wir haben bei der Erstellung dieser Seite ursprünglich ein Archivbild statt eines aktuellen Bildes verwendet. Trotz unseres Anliegens, Bild und Textmaterial stets sorgfältig zu verwenden, ist uns dabei ein Fehler unterlaufen. Wir bitten das zu entschuldigen.“*

Dass es sich hier nicht um einen bedauerlichen Fehler, sondern um absichtliche Täuschung handelte, zeigte das Ersatzfoto, das auf die Internetseite kam: Dieses neue Foto zeigte einen ver mummten russischen Soldaten mit Maschinengewehr und die Bildunterschrift: *„Russische Soldaten in der Ukraine“*. Das Foto zeigt aber keinen russischen Soldaten im August dieses Jahres in der Ukraine, sondern einen russischen Soldaten im März dieses Jahres auf der Krim, wie die Fotoagentur, von der der WDR das Bild gekauft hatte, mitteilte.

Erstaunlich ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung trotz solcher Skandale die lügnerische Kriegshetze der bürgerlichen Medien glaubt. Man kann diese Hetze gar nicht oft genug als Lüge demaskieren, um das Vertrauen in diese Medien zu erschüttern.

Red. offen-siv (Bericht aus: „junge Welt“, 04.09.2014).

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt